

Sperrfrist: Dienstag 22. Sep. 2020, 13:30

Integrierter Aufgaben - und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates

an den Kantonsrat von Solothurn

vom 15. Sep. 2020, RRB Nr. 2020/1345



2021 – 2024

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2021 - 2024

Inhaltsverzeichnis

	Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat	3
I.	Einleitung	12
1.	Was ist der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	12
2.	Zielhierarchie der Planungsinstrumente	12
3.	Zeitliche Koordination	12
4.	Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?	12
5.	Neuerungen gegenüber dem IAFP 2020 - 2023	12
6.	Planungsgrundlagen	13
7.	Zukunftsrisiken	14
II.	Finanzielle Übersichten	15
1.	Gesamtschau	15
2.	Ergebnisse	16
3.	Finanzkennzahlen	24
4.	Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2020 – 2023	26
5.	Eingeschränkte Handlungsautonomie	29
III.	Verwaltungseinheiten	30
1.	Behörden und Staatskanzlei	30
2.	Bau- und Justizdepartement	33
3.	Departement für Bildung und Kultur	48
4.	Finanzdepartement	55
5.	Departement des Innern	61
6.	Volkswirtschaftsdepartement	77
7.	Gerichte	82

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2021 – 2024

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 15. September 2020, RRB Nr. 2020/1345

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1. Ausgangslage	7
1.1 Finanzplanvorgaben	7
1.1.1 Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung.....	7
1.2 Zukunftsrisiken.....	9
1.3 Gesetzliche Grundlagen	9
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates	9
3. Rechtliches.....	10
4. Antrag.....	10
5. Beschlussesentwurf	11

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2021 - 2024

Finanzkennzahlen 2019 - 2024 per 27. August 2020

in Mio. Franken	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Operativer Cash Flow (+) / Cash Loss (-)	180.7	76.9	65.4	-14.6	-48.7	-100.5
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-120.5	-16.9	-3.1	81.0	121.0	175.7
Wertberichtigungen Finanzvermögen	-8.7					
Operatives Ergebnis	-129.2	-16.9	-3.1	81.0	121.0	175.7
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis	-101.9	10.4	24.2	108.2	148.2	203.0
Nettoinvestitionen	137.5	148.9	113.9	118.1	118.0	138.4
Finanzierungsfehlbetrag (+)	-51.9	72.0	48.5	132.7	166.6	238.9
Nettoverschuldung ¹⁾	1'346.1	1'418.1	1'466.6	1'599.3	1'765.9	2'004.8
Nettoverschuldung je Einwohner in Franken	4'869	5'096	5'229	5'657	6'198	6'983
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	131%	52%	57%	-12%	-41%	-73%

¹⁾ Die Zahlen im Vorschlag 2020 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2019 aktualisiert.

Die Gesamtrechnung 2019 schloss mit einem Ertragsüberschuss von 101,9 Mio. Franken um 85,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Das operative Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit wies einen Ertragsüberschuss von 120,5 Mio. Franken aus und fiel um 76,6 Mio. Franken besser aus als geplant. Das frei verfügbare Kapital erhöhte sich um 76,2 Mio. Franken und beträgt neu 537,0 Mio. Franken.

Mit der Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung ab dem 01.01.2020 sowie der Berücksichtigung von Mehrkosten sowie Mindererträgen im Zusammenhang mit COVID-19 weist das Planjahr 2021 des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes (IAFP) einen Aufwandüberschuss von 24,2 Mio. Franken aus. Die tieferen Steuererträge, die höheren Kosten im Bereich der Gesundheit (Spitalbehandlungen gem. KVG, Mehrkosten im Zusammenhang mit COVID-19) und der Bildung können durch die höhere Ausschüttung der Nationalbank teilweise kompensiert werden. Der Kanton Solothurn profitiert in den Jahren 2020 und 2021 von der „Zusatzvereinbarung über die Nationalbankgewinnausschüttung“, welche für die beiden Jahre maximal eine viermal höhere Ausschüttung ermöglicht als ursprünglich vorgesehen.

Ab dem Planjahr 2022 wird mit einer dreifach erhöhten Ausschüttung der Nationalbank gerechnet. Die tieferen Ausschüttungsbeträge, der auslaufende Motorfahrzeugsteuerzuschlag von 15% für die Gesamtverkehrsprojekte Solothurn/Olten, die höheren Gesundheits- und Bildungskosten (wegfallende Beteiligung der Einwohnergemeinden an den andersschulischen Angeboten) führen zu einer weiteren Verschlechterung der Ergebnisse in den Folgejahren 2022 bis 2024. Die Klärung der Entflechtung und Aufgabenzuweisung wird mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) gemeinsam angegangen. Sofern keine konsensfähige Lösung vorgelegt werden kann, kann der Kantonsrat die Geltungsdauer für die Beteiligung der Einwohnergemeinden bis 31.07.2026 verlängern. Aufgrund der Reform des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) per 01.01.2020 (STAF) erhält der Kanton Solothurn ab 2024 tiefere Beiträge aus dem Ressourcenausgleich (- 32,5 Mio. Franken). Die vorliegenden Finanzplanzahlen weisen somit für das Jahr 2024 einen Aufwandüberschuss von 203,0 Mio. Franken aus. Die Nettoverschuldung wächst bis Ende 2024 auf 2,0 Mrd. Franken an.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2021 - 2024 zur Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

Die vergangene Legislaturperiode war prioritär vom Ziel der Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts geprägt. Die zwei Massnahmenpläne 2013 und 2014 haben mitgeholfen, den Finanzhaushalt zu stabilisieren. Im neuen Legislaturplan 2017 - 2021 (SGB 0188/2017) wurde die Erhaltung des Gleichgewichts des Finanzhaushaltes weiterhin als eines der wichtigsten Ziele für die Stärkung der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn definiert.

Die Rechnungen der Vorjahre zeigen, dass die Anstrengungen für die Sanierung des Finanzhaushaltes ihre Wirkungen nicht verfehlten. Im Jahr 2017 schloss die operative Rechnung aus der Verwaltungstätigkeit mit einem Ertragsüberschuss von 48,3 Mio. Franken ab. In den Rechnungen 2018 und 2019 konnte das operative Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit sogar gesteigert werden (2018: 84,9 Mio. Franken, 2019: 120,5 Mio. Franken).

Der Voranschlag 2020 verschlechterte sich jedoch gegenüber der Rechnung 2019 aufgrund Mehraufwendungen im sozialen Bereich (Ergänzungsleistungen IV, Prämienverbilligung KVG), tieferem Staatssteuerertrag JP aufgrund der STAF und höherem Staatsbeitrag an den Finanzausgleich der Einwohnergemeinden. Es wird ein Aufwandüberschuss von 10,4 Mio. Franken prognostiziert (inkl. Abschreibung des Finanzfehlbetrages PKSO von 27,3 Mio. Franken), das Ergebnis aus der operativen Verwaltungstätigkeit zeigt einen Ertragsüberschuss von 16,9 Mio. Franken. Aufgrund der „Zusatzvereinbarung über die Nationalbankgewinnausschüttung“ wird für den Kanton Solothurn das laufende Jahr trotz erwarteten erheblichen Mehrkosten sowie Mindererträgen im Zusammenhang mit COVID-19 (+ 22,1 Mio. Franken) finanziell wahrscheinlich besser verlaufen, als ursprünglich mit dem Voranschlag 2020 geplant. Durch die um rund 64,0 Mio. Franken höhere Ausschüttung der Nationalbank wird per Ende Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet (Stand Semesterabschluss: Ertragsüberschuss von 4,5 Mio. Franken). Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass in einigen Bereichen wie zum Beispiel dem Öffentlichen Verkehr und bei den Spitalbehandlungen die finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zurzeit noch nicht abschätzbar und deshalb auch nicht in den Halbjahreszahlen enthalten sind.

1.1 Finanzplanvorgaben

Die am 14. Januar 2020 (RRB-Nr. 2020/50) den Departementen kommunizierten Finanzplanvorentscheide I gelten auch für den vorliegenden IAFP. Dabei wurden die Departemente beauftragt, für die Erfolgsrechnung Massnahmen zu entwickeln und zu realisieren, die es erlauben sollten, für die Jahre 2021 - 2024 das beeinflussbare Ausgabenniveau des Jahres 2020 einzuhalten.

Der aktuelle Finanzplan 2021 - 2024 zeigt den Trend der Haushaltsentwicklung und enthält keine Massnahmen, um die finanzielle Situation zu verbessern.

1.1.1 Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung

Mit der Annahme der Vorlage zur Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung durch das Stimmvolk vom 9. Februar 2020 wurden die Steuersenkungen für die Unternehmensgewinne sowie die Entlastung für die tiefen und mittleren Einkommen rückwirkend auf den 1. Ja-

nuar 2020 in Kraft gesetzt. Die Umsetzung der Erhöhung der Vermögenssteuer sowie der Erhöhung der Teilbesteuerung der Dividenden erfolgt auf den 1. Januar 2021. Dasselbe gilt für die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge für die Finanzierung der Ergänzungsleistungen für Familien.

Gegenüber den Gemeinden erfolgt der Ausgleich der erwarteten Steuerausfälle rückwirkend per 01.01.2020 über neu geschaffene, zusätzliche Gefässe im innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleich. Den Gemeinden fliessen in den ersten acht Jahren gegen 200 Mio. Franken aus dem Kantonshaushalt zu. 50% davon sind im IAFP 2021 - 2024 abgebildet.

Die wichtigsten Eckpunkte der Vorlage, die am 9. Februar 2020 angenommen wurde:

- Entlastung der Einkommenssteuern bei tieferen und mittleren Einkommen
- Verdoppelung des Abzuges für die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung
- Massvolle Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge bei den juristischen Personen: Finanzierung der Ergänzungsleistungen für Familien
- Senkung der Gewinnsteuer auf 15,38% (Basis Steuerfuss der Stadt Solothurn, Stand 2019)
- Erhöhung der Vermögenssteuer auf 1,3 Promille bei Vermögen ab 3 Millionen Franken
- Die flankierenden Massnahmen und die Gegenfinanzierung der zu erwartenden Ausfälle werden gutgeheissen.

Der Kantonsrat hat der Volksinitiative „Jetzt si mir draa“ am 2. September 2020 zugestimmt. Gleichzeitig wird der Regierungsrat beauftragt, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Im vorliegenden IAFP 2021 - 2024 ist weder die Initiative noch der Gegenvorschlag finanziell abgebildet, da die entsprechenden Vorlagen erst für das Jahr 2022 geplant sind.

Das Planjahr 2021 des IAFP 2021 - 2024 zeigt einen Aufwandüberschuss von 24,2 Mio. Franken, dies trotz der „Zusatzvereinbarung über die Nationalbankgewinnausschüttung“. Für 2021 ist eine viermal höhere Gewinnausschüttung berücksichtigt (+ 64,0 Mio. Franken). Die Hauptgründe für die Verschlechterung gegenüber dem Voranschlag 2020 liegen vor allem bei den tieferen Steuereinnahmen (- 56,4 Mio. Franken), den höheren Gesundheitskosten (+ 29,6 Mio. Franken, davon höhere Kosten Spitalbehandlungen + 10,0 Mio. Franken und Mehrkosten COVID-19 + 10,0 Mio. Franken) und den höheren Kosten im Bereich Bildung (+ 5,0 Mio. Franken, davon 2,0 Mio. Franken Heilpädagogische Schulzentren (HPSZ) aufgrund von mehr Sonderpädagogischen Massnahmen).

Für das Finanzplanjahr 2022 ist eine dreifach erhöhte Gewinnausschüttung der Nationalbank berücksichtigt. Die tieferen Ausschüttungsbeträge können jedoch voraussichtlich durch den höheren Ressourcenausgleich (NFA) kompensiert werden. Die Kostensteigerung im Planjahr 2022 begründet sich insbesondere durch tiefere Steuereinnahmen (15,7 Mio. Franken), höhere Gesundheitskosten (Spitalbehandlungen gemäss KVG + 15,0 Mio. Franken) sowie höhere Bildungskosten. Die Einwohnergemeinden beteiligen sich vorläufig bis zum 31.07.2022 mit einem Schulgeld an den andersschulischen Angeboten gemäss Volksschulgesetz (VSG) § 37bis. In Zukunft sollen für das ganze Leistungsfeld die zu erbringenden Leistungen und die daraus resultierenden Kosten aus einer (kantonalen) Hand erfolgen. Diese Umstellung umfasst ein Transfervolumen von den Einwohnergemeinden zum Kanton von rund 20 Mio. Franken. Die Klärung der Entflechtungen und Aufgabenzuweisung wird mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) gemeinsam angegangen. Eine konsensfähige Lösung dazu wird innerhalb einer Frist von vier Jahren erwartet. Sollte innert der vierjährigen Frist dem Kantonsrat keine solche

Lösung zur Beschlussfassung vorgelegt werden, kann der Kantonsrat die Geltungsdauer der „Sunset Clause“ § 44quater, Absatz 1bis VSG einmalig um weitere vier Jahre, d.h. bis 31.07.2026 verlängern, was den Anreiz aufrechterhält, eine politische Lösung für die angestrebte Finanzierungsentflechtung im Bereich der Sonderschulung zu finden. Mehr Schülerinnen und Schüler in den integrativen sonderpädagogischen Massnahmen (ISM) und mehr Klassen an den Mittelschulen führen zu Mehraufwand (Total Mehrkosten Bildung 12,6 Mio. Franken). Weitere Kostensteigerungen sind in den Bereichen Grundstücke und Liegenschaften (Gewinn aus Verkauf von Sachanlagen - 5,0 Mio. Franken), im Bereich Soziale Sicherheit (Ergänzungsleistungen IV + 4,1 Mio. Franken, Prämienverbilligung + 2,1 Mio. Franken und Mehrkosten im Bereich Behinderung + 1,1 Mio. Franken) sowie bei der Öffentlichen Sicherheit (GB Amt für Justizvollzug + 1,6 Mio. Franken, GB Kantonspolizei + 2,7 Mio. Franken) zu verzeichnen.

Für die Planjahre 2023 und 2024 setzt sich die Kostensteigerung fort. Im Weiteren läuft im Jahr 2023 der Motorfahrzeugsteuerzuschlag von 15% für die Gesamtverkehrsprojekte Solothurn/Olten aus. Für das Planjahr 2024 wird ein Aufwandüberschuss von 203,0 Mio. Franken abgebildet.

1.2 Zukunftsrisiken

In den nächsten Jahren zeichnen sich erhebliche Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab. Zusätzlich zu den finanziellen Auswirkungen der Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung (RRB 2020/265) und den jährlich steigenden Kosten in den Bereichen Gesundheit und Bildung sowie den Mehrkosten im Bereich Umwelt aufgrund der Bearbeitung von Altlasten, ergeben sich im vorliegenden IAFP 2021 - 2024 ab dem Jahr 2024 Planungsrisiken beim Finanzausgleich und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Aufgrund der Reform des Finanz- und Lastenausgleichs (STAF) per 01.01.2020 erhält der Kanton Solothurn ab 2024 tiefere Beiträge aus dem Ressourcenausgleich. Zudem wird die Initiative „Jetzt si mir draa“ bzw. der geplante Gegenvorschlag zu weiteren Einnahmenverlusten führen.

Weiter ist mit beträchtlichen Steuerausfällen aufgrund der COVID-19 Pandemie zu rechnen. Die Entwicklung in den Jahren 2022 - 2024 ist stark vom Ausmass der Erholung der Wirtschaftskraft abhängig. Zusätzlich sind in den Bereichen Öffentlicher Verkehr und Spitalbehandlungen die finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zurzeit noch nicht abschätzbar.

1.3 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglements des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Brigit Wyss
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

5. Beschlussesentwurf

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2021 - 2024

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 15. September 2020 (RRB Nr. 2020/1345), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2021 - 2024 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Staatskanzlei
Gerichtsverwaltung
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

1. Einleitung

1.1. Was ist der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert. Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen. Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauffolgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen/ Projekten beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die

gleichen Strukturen aufweisen.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannten Finanzgrössen zugewiesen.

1.3. Zeitliche Koordination

Der IAFP wird grundsätzlich jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Aufgrund der Corona-Krise und der damit verbundenen Unsicherheit hinsichtlich der finanziellen Entwicklung war dies im Geschäftsjahr 2020 nicht möglich. Die Erstellung des IAFP wurde deshalb auf den Herbst verschoben. Die Finanzkommission konnte somit in ihrer Sitzung vom 22. April 2020 keine Vorgaben für die Erstellung des Voranschlags 2021 verabschieden. Grundsätzlich erstellt die Finanzkommission die Budgetvorgaben auf der Basis der letzten Rechnung und des aktuellen IAFP.

Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den Legislaturplan 2017 - 2021.

Ab 2021 wird der IAFP wieder im Frühjahr zusammen mit dem Geschäftsbericht vorgelegt.

1.4. Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?

Im Grundsatz werden die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen abgebildet, welche auf einen rechtskräftigen Erlass, Absichtserklärung, Finanzbeschluss, Vernehmlassungsvorlage oder verabschiedeten Botschaften basieren. Die finanzielle Ausprägung ist gemäss den genehmigten Beschlüssen darzustellen, insbesondere bei befristeten Geschäften.

Viele Projekte vom Parlament oder von der Regierung sind indessen noch nicht so weit gediehen. Somit werden nicht spruchreife kantonale Geschäfte, bei denen eine unzureichende Planungssicherheit besteht, im Finanzplan nicht aufgeführt.

Um der Verknüpfung von Sach- und Finanzpolitik trotzdem gerecht zu werden, sind die wesentlichsten Abgrenzungen der bundespolitischen und kantonalen Geschäfte auf dem aktuellen Stand transparent dargestellt.

1.5. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2020 – 2023

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2020 – 2023 sind im neuen IAFP 2021 – 2024 die folgenden zusätzlichen Mehrbelastungen und Mindererträge dazugekommen:

Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung (STAF)

Am 19. Mai 2019 wurde die STAF auf Bundesebene angenommen. Die Änderungen im Bundessteuerrecht traten per 1. Januar 2020 definitiv in Kraft.

Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung (STAF) im Kanton Solothurn

Im Kanton Solothurn hingegen wurden die Vorschläge für die kantonale Umsetzung der Steuervorlage (STAF)

am 19. Mai 2019 vom Stimmvolk abgelehnt. Am 12. November 2019 hat der Kantonsrat die neue Vorlage des Regierungsrates mit einigen Änderungen beschlossen (RG 0142/2019). Diese wurde vom Souverän am 9. Februar 2020 angenommen. Mit der Annahme wurden die Steuersenkungen für die Unternehmensgewinne sowie die Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen rückwirkend auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt. Die Umsetzung der Erhöhung der Vermögenssteuer sowie die Erhöhung der Teilbesteuerung der Dividenden erfolgt auf den 1. Januar 2021. Dasselbe gilt für die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge für die Finanzierung der Ergänzungsleistungen für Familien. In der neuen Vorlage fällt die steuerliche Entlastung der juristischen Personen nicht mehr so markant aus, somit sind weniger Gegenleistungen der Wirtschaft vorgesehen. Für natürliche Personen sind steuerliche Entlastungen in der Höhe von insgesamt 10,0 Mio. Franken vorgesehen. Im IAFP 2021-2024 ist deshalb die vom Volk beschlossene Vorlage abgebildet (RG 0142/2019). Die wichtigsten Eckpunkte der Vorlage, die 9. Februar 2020 angenommen wurden, sind:

- Senkung der Einkommenssteuern bei tieferen und mittleren Einkommen
- Verdoppelung des Abzuges für die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung
- Massvolle Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge bei den juristischen Personen: Finanzierung der Ergänzungsleistungen für Familien
- Senkung der Gewinnsteuer auf 15,38% (Basis Steuerfuss der Stadt Solothurn 2019)
- Erhöhung der Vermögenssteuer auf 1,3 Promille bei Vermögen ab 3 Millionen Franken
- Die flankierenden Massnahmen und die Gegenfinanzierung der zu erwartenden Ausfälle werden gutgeheissen.

Steuerertrag

Der IAFP 2021 – 2024 berücksichtigt bei den natürlichen Personen einen Steuerfuss von 104% und bei den juristischen Personen 100%.

Aufgrund der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform STAF II sowie der im Frühling 2020 aufgetretenen COVID-19-Pandemie werden sich die Steuererträge in den Planjahren 2021 – 2024 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich vermindern.

Der Kantonsrat hat der Initiative "jetz si mir draa" am 2. September 2020 zugestimmt. Gleichzeitig wird der Regierungsrat mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlages beauftragt. Im vorliegenden IAFP 2021 – 2024 ist weder die Initiative noch der Gegenvorschlag enthalten, da die entsprechenden Vorlagen erst für das Jahr 2022 geplant sind.

1.6. Planungsgrundlagen

Der aktuelle Finanzplan 2021 – 2024 zeigt den Trend der Haushaltsentwicklung und enthält keine Massnahmen, um die finanzielle Situation zu verbessern.

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Die Expertengruppe des Bundes erwartet aufgrund der COVID-19-Pandemie den stärksten Rückgang des BIP

seit 1975. Der errechnete Rückgang des Sportevent-bereinigten BIP liegt für das Jahr 2020 bei -6,2% (Stand Juni 2020). Für den weiteren Jahresverlauf wird nur mit begrenzten Aufholeffekten gerechnet. Dies aufgrund der grossen wirtschaftlichen Unsicherheit, Einkommensverlusten bei den privaten Haushalten (höhere Kurzarbeits- und Arbeitslosenzahlen) sowie den Schutzmassnahmen zur Vermeidung von Ansteckungen, welche die Konsumausgaben der privaten Haushalte zusätzlich begrenzen dürften.

Für das Jahr 2021 sollte sich die Erholung der Schweizer Wirtschaft moderat fortsetzen. Der weitere Konjunkturverlauf hängt jedoch entscheidend von der Entwicklung der Pandemie ab. Die Prognoseunsicherheit bleibt somit aussergewöhnlich hoch.

Teuerung

Der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) blieb im Dezember 2019 im Vergleich zum Vormonat unverändert. Die durchschnittliche Jahresteuierung in der Schweiz belief sich im Jahr 2019 auf 0,5%. Im Juli 2020 sank der LIK gegenüber dem Vormonat um 0,2% und erreichte den Stand von 101,2 Punkten. Im Vergleich zum Vorjahresmonat betrug die Teuerung – 0,9%.

Lohnmassnahmen

Die Lohnmassnahmen werden jährlich von den Sozialpartnern (GAVKO) ausgehandelt. Deshalb sind im IAFP keine enthalten.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in wird für die Bestimmung des Bevölkerungswachstums das mittlere Szenario der Kantonalen Bevölkerungsprognose 2040 verwendet. Dieses ist auf dem Kantonalen Statistikportal aufgeschaltet.

Gewinnausschüttung SNB

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) weist für das Geschäftsjahr 2019 einen Gewinn von 48,9 Mrd. Franken aus (Vorjahr: Verlust von 14,9 Mrd. Franken). Gemäss Vereinbarung mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) für die Geschäftsjahre 2016 bis 2020 stehen dem Bund und den Kantonen eine ordentliche Gewinnausschüttung von 1 Mrd. Franken zu. Da die Ausschüttungsreserve der Nationalbank nach Gewinnverwendung den Betrag von 20 Mrd. Franken übersteigt, wird eine Zusatzausschüttung von 1 Mrd. Franken ausgerichtet (1/3 Bund und 2/3 Kantone). Aufgrund der hohen Ausschüttungsreserve hat die Nationalbank mit dem EFD im Februar 2020 eine Zusatzvereinbarung für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 abgeschlossen ("Zusatzvereinbarung über die Nationalbankgewinnausschüttung"). Für das Jahr 2019 ergibt sich daraus eine Ausschüttung von weiteren 2 Mrd. Franken. Die Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und der Nationalbank vom 9. November 2016 muss im Herbst 2020 erneuert werden.

Aufgrund des guten Halbjahresabschlusses der SNB und der verfügbaren Ausschüttungsreserven von 83,9 Mia. Franken, ist im IAFP 2021 – 2024 für das Jahr 2021 eine vierfache (84 Mio. Franken) und für die Folgejahre jeweils eine dreifache Ausschüttung (64 Mio. Franken) des regulären Anteils am Gewinn der SNB berücksichtigt.

Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Nach dem Volksentscheid vom 28. September 2014 wurde die Pensionskasse Kanton Solothurn für 1,1 Mrd. Franken ausfinanziert. Die Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages von jährlich 27,3 Mio. Franken während den nächsten 40 Jahren sind im IAFP 2021 – 2024 enthalten. Die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG (soH) und der Schulgemeinden sind entsprechend mitberücksichtigt (4,5% der Arbeitgeberbeiträge an die Ausfinanzierungskosten).

Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2021 – 2024 hat der Finanz- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen (NFA). Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau.

Mit der Änderung des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA), welche per 1.01.2020 in Kraft tritt, werden die Geberkantone entlastet. Die Mindestausstattung wird bis 2022 schrittweise auf 86,5% des Schweizerischen Durchschnitts gesenkt. Diese wird nicht mehr alle vier Jahre zwischen ressourcenstarken und ressourcenschwachen Kantonen ausgehandelt, sondern wird als fixe Grösse in der Verordnung festgeschrieben. Mit dieser Systemänderung reduziert sich der Beitrag des Bundes an den Ressourcenausgleich um rund 280 Mio. Franken pro Jahr. Dieser Betrag soll aber im System bleiben. Die eine Hälfte davon soll während einer Übergangszeit für die Unterstützung der Nehmerkantone verwendet werden (Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich, Art. 19c Temporäre Abfederungsmassnahmen zugunsten der ressourcenschwachen Kantone), von dem der Kanton Solothurn eventuell auch profitieren könnte, mit der anderen Hälfte soll der soziodemografische Ausgleich aufgestockt werden.

Für den IAFP 2021 – 2024 basieren die Zahlen aufgrund der Reform aus dem aktualisierten Prognosemodell für den NFA-Ressourcenausgleich der BAK Economics (Stand Juni 2020), welches im Auftrag der Fachgruppe für kantonale Finanzfragen (FkF) erstellt wird.

Sanierung Stadtmist-Deponien Solothurn

Ende 2019 hat das AfU beim Bundesamt für Umwelt (BAFU) das Gesuch um Zusicherung einer Abgeltung für die Deponie Spitelfeld eingereicht. Zuvor hatte das BAFU für die beiden anderen Stadtmist-Deponien Unterhof und Oberer Einschlag in Aussicht gestellt, einer Totaldekontamination zuzustimmen und entsprechende Beiträge an die Sanierungskosten auszurichten. Bei der Deponie Spitelfeld hingegen stand das BAFU einer Totaldekontamination aufgrund der vermeintlich höheren Kosten bislang kritisch gegenüber. Nach Prüfung von zusätzlich eingereichten Gesuchsunterlagen

hat das BAFU der Totaldekontamination der Deponie Spitelfeld Mitte August 2020 zugestimmt. Damit liegen nun für alle drei Deponien die Abgeltungszusicherung für die Totaldekontamination vor. Nach der Vertragsunterzeichnung mit dem Auftragnehmer (ARGE Vision Solothurn) im Herbst 2020 kann mit der Detailplanung der Sanierungen und den Bewilligungsverfahren begonnen werden. Der eigentliche Sanierungsbeginn dürfte dann ab Frühjahr 2022 erfolgen. Für den Kanton ist mit Kosten von netto rund 1 Mio. Franken im Jahr 2021, 8 Mio. Franken im Jahr 2022 und in den Jahren 2023 bis 2024 von 6 Mio. Franken jährlich zu rechnen.

Sanierung der Kugelfänge von Schiessanlagen

2019 wurde die Sanierung von 13 Anlagen in der Pilotregion Wasseramt abgeschlossen. Ab 2021 werden das Los 2 (Dorneck-Thierstein) und in den Folgejahren weitere Lose saniert.

In den folgenden Jahren (über 2024 hinaus) ist, unter Einbezug der Beiträge des Bundes, mit Kosten von jeweils netto rund 3 Mio. Franken pro Jahr zu rechnen.

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 27. August 2020. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsberichts 2019 (RRB Nr. 2020/517 vom 24. März 2020) und des Voranschlags 2020 (KRB Nr. 0168/2019 vom 18. Dezember 2019).

Legislaturplan

Der Regierungsrat hat den Legislaturplan 2017 – 2021 am 31. Oktober 2017 zu Händen des Kantonsrates verabschiedet (RRB Nr. 2017/1803). Der Legislaturplan 2017 – 2021 orientiert sich am Machbaren. Ein stabiler Finanzhaushalt ist nach wie vor ein zentrales Ziel.

1.7. Zukunftsrisiken

In den nächsten Jahren zeichnen sich nebst den bekannten Kostentreibern erhebliche Risiken für den Finanzhaushalt des Kantons ab, auch beim NFA. Der NFA-Ressourcenausgleich dürfte ab dem Jahr 2024 nachhaltig durch die STAF beeinflusst werden. Zudem wird die Initiative "jetz si mir draa" bzw. der geplante Gegenvorschlag zu weiteren Einnahmenverlusten führen.

Nicht berücksichtigt und auch nicht planbar sind die weiteren Auswirkungen der Coronavirus-Krise auf die Konjunktur und auf die Staatsfinanzen. Im Besonderen in den Bereichen des Öffentlichen Verkehrs und der Spitalbehandlungen sind die finanziellen Auswirkungen zurzeit nicht abschätzbar und deshalb auch nicht in den Planwerten enthalten.

Weiter ist mit beträchtlichen Steuerausfällen aufgrund der COVID-19 Pandemie zu rechnen. Die Entwicklung in den Jahren 2022 – 2024 ist stark vom Ausmass der Erholung der Wirtschaftskraft abhängig.

2. Finanzielle Übersichten

2.1 Gesamtschau

Leistungen

Die Sicht auf die Leistungen mit den entsprechenden Aufgaben, Massnahmen und Projekten ist in den einzelnen Departementen im Kapitel 3 aufgelistet und wird hier nicht weiter kommentiert.

Finanzen

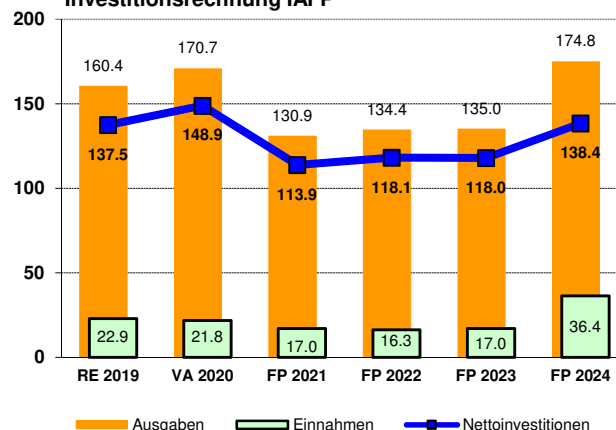
Die Rechnung 2019 konnte mit einem Ertragsüberschuss von 101,9 Mio. Franken um 85,3 Mio. Franken besser als geplant abgeschlossen werden. Der Voranschlag 2020 weist jedoch einen Aufwandüberschuss von 10,4 Mio. Franken aus.

Mit der Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung ab dem 01.01.2020 sowie der Berücksichtigung von Mehrkosten und Mindererträgen im Zusammenhang mit COVID-19 zeigt das Planjahr 2021 einen Aufwandüberschuss von 24,2 Mio. Franken. Die tieferen Steuererträge sowie die höheren Kosten im Bereich der Gesundheit und Bildung können durch die höhere Ausschüttung der Nationalbank teilweise kompensiert werden (Jahr 2021: viermal höhere Ausschüttung, + 64,0 Mio. Franken). Ab dem Planjahr 2022 wird lediglich noch mit einer dreifach erhöhten Gewinnausschüttung der Nationalbank gerechnet. Die tieferen Ausschüttungsbeiträge und Steuereinnahmen, die höheren Gesundheits- und Bildungskosten sowie der ab dem Jahr 2023 wegfallende Motorfahrzeugsteuerzuschlag von 15% führen zu einer weiteren Verschlechterung der Ergebnisse in den Folgejahren 2022 bis 2024.

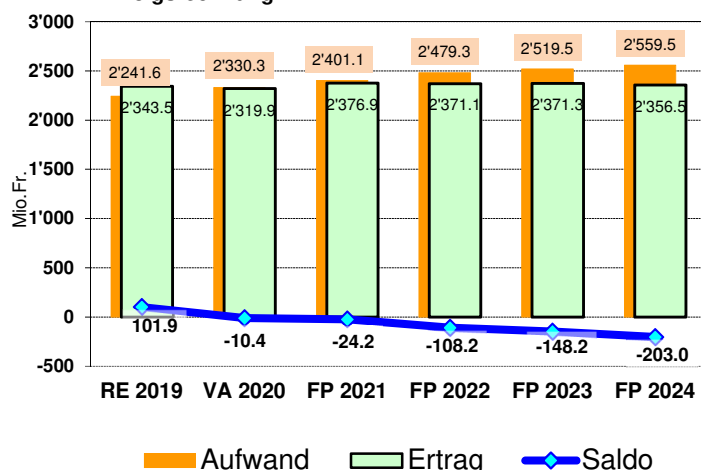
Grossprojekte

Die Investitionsrechnung ist geprägt von den Grossprojekten im Hochbau. Die Reduktion der Nettoinvestitionen ab 2021 ist bedingt durch den Abschluss der ersten Etappe des Neubaus Bürgerspital Solothurn im Jahr 2020 und den Abschluss der Sanierung der Kantonsschule Olten im Jahr 2022. Die zweite Etappe des Neubaus Bürgerspital Solothurn startet im 2022. Der Anstieg der Investitionen im Jahr 2024 begründet sich damit, dass mehrere Vorhaben, welche sich zurzeit in der Planung befinden, erst dann zur Realisierung gelangen.

Investitionsrechnung IAFP



Erfolgsrechnung IAFP



2.2 Ergebnisse

in Mio. Franken	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Erfolgsrechnung						
Betriebsaufwand	2'189.1	2'278.2	2'347.9	2'424.4	2'462.8	2'499.8
Betriebsertrag	-2'307.5	-2'289.1	-2'346.3	-2'345.5	-2'345.8	-2'331.1
Betriebsergebnis	-118.3	-10.9	1.7	78.9	116.9	168.7
Finanzaufwand	25.2	24.8	25.8	27.6	29.5	32.4
Finanzertrag	-27.4	-30.8	-30.6	-25.6	-25.4	-25.3
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-120.5	-16.9	-3.1	81.0	121.0	175.7
Wertberichtigung Finanzvermögen	-8.7					
Aufwertung Alpiq-Aktien						
Operatives Ergebnis	-129.2	-16.9	-3.1	81.0	121.0	175.7
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis	-101.9	10.4	24.2	108.2	148.2	203.0
Investitionsrechnung						
Investitionsausgaben	160.4	170.7	131.0	134.4	135.0	174.8
Investitionseinnahmen	-22.9	-21.8	-17.0	-16.4	-17.1	-36.4
Nettoinvestitionen	137.5	148.9	113.9	118.1	118.0	138.4
Finanzierung						
Nettoinvestitionen	137.5	148.9	113.9	118.1	118.0	138.4
- Abschreibungen Verw.vermögen/Inv.beiträge	-87.4	-87.3	-89.6	-93.6	-99.6	-102.5
+ Entnahme aus Eigenkapital	-101.9	10.4	24.2	108.2	148.2	203.0
Finanzierungsfehlbetrag (+)	-51.9	72.0	48.5	132.7	166.6	238.9
Für Defizitbremse relevantes Kapital						
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12.	537.0	<i>n.a.*</i>	<i>n.a.</i>	<i>n.a.</i>	<i>n.a.</i>	<i>n.a.</i>
Nettoverschuldung	1'346.1	1'418.1	1'466.6	1'599.3	1'765.9	2'004.8
Nettoverschuldung je Einwohner in Franken	4'869	5'096	5'229	5'657	6'198	6'983
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	131%	52%	57%	-12%	-41%	-73%

Eigenkapital

Mit den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital, dem Bilanzfehlbetrag Ausfinanzierung PKSO sowie den Rücklagen (AFU-Wasserrechnung und Globalbudget-reserven) beträgt das Eigenkapital am 31.12.2019 gesamthaft 330,6 Mio. Franken. Das frei verfügbare Kapital beträgt 537,0 Mio. Franken.

*Prognosen für die Entwicklung des verfügbaren Kapitals sind schwierig, da die Entwicklung der Spezialfinanzierungen nicht verlässlich planbar ist.

Nettoverschuldung

Die Höhe der Nettoverschuldung ist einerseits auf die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO, Stand des Bilanzfehlbetrages Ausfinanzierung PKSO per 31.12.2019: 955,2 Mio. Franken) und die hohen Investitionen zurückzuführen. Andererseits sind die Auswirkungen der Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung (STAF) ab 2020 spürbar.

Erfolgsrechnung nach Departementen

in Mio. Franken

1. Behörden und Staatskanzlei	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Aufwand	19.6	19.8	19.9	20.0	20.1	20.0
Ertrag	-3.1	-2.9	-3.0	-2.9	-2.9	-2.9
Verrechnungen	-8.4	-8.3	-8.3	-8.4	-8.4	-8.4
Saldo	8.1	8.6	8.7	8.6	8.7	8.7
2. Bau- und Justizdepartement	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Aufwand	246.1	248.1	258.3	283.5	281.9	286.2
Ertrag	-176.9	-177.4	-177.1	-184.2	-168.0	-168.5
Verrechnungen	-33.5	-31.4	-32.5	-39.0	-38.3	-38.3
Saldo	35.7	39.4	48.6	60.3	75.6	79.3
3. Bildung und Kultur	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Aufwand	471.4	476.0	481.7	489.6	497.7	499.1
Ertrag	-65.6	-65.8	-66.5	-61.7	-55.6	-55.6
Verrechnungen	27.1	27.2	27.9	27.3	27.4	27.5
Saldo	433.0	437.5	443.2	455.2	469.5	471.1
4. Finanzdepartement	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Aufwand	153.9	159.8	160.7	162.4	165.6	169.5
Ertrag	-1'565.5	-1'509.4	-1'551.9	-1'532.1	-1'544.6	-1'520.0
Verrechnungen	15.2	9.4	5.7	13.3	12.8	13.0
Saldo	-1'396.5	-1'340.1	-1'385.5	-1'356.3	-1'366.2	-1'337.4
5. Departement des Innern	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Aufwand	1'086.6	1'135.6	1'188.5	1'226.7	1'257.2	1'287.2
Ertrag	-369.4	-401.3	-413.6	-423.2	-432.1	-441.4
Verrechnungen	1.6	1.8	3.0	2.5	2.9	3.3
Saldo	718.8	736.1	777.9	806.1	828.1	849.1
6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Aufwand	236.8	265.0	266.1	271.3	271.2	271.6
Ertrag	-157.8	-157.9	-159.6	-161.7	-162.8	-162.8
Verrechnungen	-4.6	-0.9	2.1	2.1	1.4	0.7
Saldo	74.5	106.2	108.6	111.8	109.8	109.5
7. Gerichte	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Aufwand	27.1	25.9	25.8	25.8	25.7	25.7
Ertrag	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3
Verrechnungen	2.6	2.1	2.1	2.1	2.2	2.3
Saldo	24.4	22.8	22.7	22.7	22.7	22.8
Gesamttotal	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Aufwand	2'241.6	2'330.3	2'401.1	2'479.3	2'519.5	2'559.5
Ertrag	-2'343.5	-2'319.9	-2'376.9	-2'371.1	-2'371.3	-2'356.5
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-101.9	10.4	24.2	108.2	148.2	203.0

Investitionsrechnung nach Departementen

in Mio. Franken

1. Behörden und Staatskanzlei	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
2. Bau- und Justizdepartement	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Ausgaben	140.4	148.3	107.3	112.8	115.6	155.4
Einnahmen	-19.4	-16.8	-11.6	-10.9	-11.6	-30.8
Nettoinvestitionen	121.0	131.5	95.7	101.9	104.0	124.6
3. Bildung und Kultur	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Ausgaben	1.2	2.0	2.2	2.0	2.0	2.0
Einnahmen	-1.4	-1.6	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	-0.2	0.4	0.2	0.0	0.0	0.0
4. Finanzdepartement	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Ausgaben	11.9	11.0	9.0	10.0	9.0	9.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	11.9	11.0	9.0	10.0	9.0	9.0
5. Departement des Innern	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Ausgaben	2.1	3.0	5.9	3.1	1.9	1.3
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.1	3.0	5.9	3.1	1.9	1.3
6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Ausgaben	4.8	6.3	6.7	6.5	6.5	7.1
Einnahmen	-2.1	-3.4	-3.5	-3.5	-3.5	-3.6
Nettoinvestitionen	2.7	2.9	3.2	3.0	3.0	3.5
7. Gerichte	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamttotal	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Ausgaben	160.4	170.7	130.9	134.4	135.0	174.8
Einnahmen	-22.9	-21.8	-17.0	-16.3	-17.0	-36.4
Nettoinvestitionen	137.5	148.9	113.9	118.1	118.0	138.4

Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Franken	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	157.8	164.5	166.8	167.9	169.4	170.5
Ertrag	-74.7	-73.5	-72.9	-72.9	-72.8	-72.8
Verrechnung	-65.3	-67.1	-69.8	-68.2	-69.1	-69.9
Saldo	17.8	23.9	24.1	26.8	27.5	27.7
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	223.4	227.5	232.9	236.5	239.4	241.0
Ertrag	-94.5	-98.1	-95.7	-94.9	-94.4	-94.6
Verrechnung	13.9	14.8	11.3	10.6	10.4	10.8
Saldo	142.8	144.2	148.4	152.2	155.3	157.2
2 Bildung						
Aufwand	466.8	471.7	477.2	485.0	493.2	494.6
Ertrag	-66.6	-66.8	-67.8	-63.3	-57.5	-57.5
Verrechnung	29.1	29.2	30.0	29.3	29.4	29.5
Saldo	429.2	434.1	439.4	451.0	465.1	466.6
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	16.0	16.2	16.1	16.2	16.3	16.7
Ertrag	-4.4	-4.3	-3.6	-3.3	-3.1	-3.1
Verrechnung	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Saldo	12.8	13.1	13.8	14.1	14.4	14.8
4 Gesundheit						
Aufwand	370.4	378.5	407.8	423.9	434.9	445.9
Ertrag	-1.9	-1.6	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Verrechnung	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
Saldo	369.6	378.0	406.9	423.0	434.0	445.1
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	569.7	607.3	625.4	644.0	660.6	677.8
Ertrag	-322.1	-351.5	-365.2	-375.4	-384.1	-393.2
Verrechnung	-1.8	-1.6	3.2	2.8	2.8	2.9
Saldo	245.9	254.3	263.4	271.3	279.3	287.5
6 Verkehr						
Aufwand	116.6	119.9	125.0	128.5	131.4	133.7
Ertrag	-25.8	-24.3	-25.0	-25.9	-26.5	-26.9
Verrechnung	-73.0	-72.5	-73.0	-79.5	-67.5	-67.6
Saldo	17.7	23.2	26.9	23.2	37.5	39.2
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	35.7	34.0	36.9	54.5	47.7	49.5
Ertrag	-24.3	-20.8	-20.8	-32.4	-27.6	-27.8
Verrechnung	0.2	0.3	0.5	0.4	1.0	1.0
Saldo	11.5	13.5	16.7	22.5	21.1	22.8
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	125.5	128.7	133.7	134.7	136.3	136.2
Ertrag	-151.4	-131.8	-198.7	-178.4	-179.5	-179.5
Verrechnung	2.7	2.8	2.9	3.1	2.7	2.8
Saldo	-23.2	-0.2	-62.1	-40.7	-40.6	-40.5
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	159.7	182.0	179.2	188.2	190.4	193.5
Ertrag	-1'577.8	-1'547.3	-1'525.2	-1'522.6	-1'523.9	-1'499.1
Verrechnung	91.9	91.8	92.7	99.3	88.1	88.2
Saldo	-1'326.1	-1'273.6	-1'253.3	-1'235.1	-1'245.4	-1'217.4
Gesamttotal						
Aufwand	2'241.6	2'330.3	2'401.1	2'479.3	2'519.5	2'559.5
Ertrag	-2'343.5	-2'319.9	-2'376.9	-2'371.1	-2'371.3	-2'356.5
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-101.9	10.4	24.2	108.2	148.2	203.0

Funktionale Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Franken	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	14.8	23.7	26.2	32.5	24.4	38.1
Einnahmen	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.7	-4.9
Nettoinvestitionen	14.8	23.6	26.1	32.4	23.6	33.2
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	3.0	7.6	13.2	14.1	2.5	1.4
Einnahmen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.9	7.6	13.2	14.1	2.5	1.4
2 Bildung						
Ausgaben	27.2	20.9	18.9	14.8	13.5	27.0
Einnahmen	-3.1	-2.3	-2.9	-2.8	-3.9	-8.8
Nettoinvestitionen	24.1	18.6	16.1	11.9	9.6	18.1
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	61.0	45.4	7.5	10.5	23.5	24.5
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	61.1	45.4	7.5	10.5	23.5	24.5
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	34.8	52.1	50.0	50.0	60.0	65.0
Einnahmen	-6.0	-5.3	-6.8	-6.8	-6.6	-13.0
Nettoinvestitionen	28.7	46.8	43.2	43.2	53.4	52.0
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	14.8	14.7	8.5	6.1	4.8	11.8
Einnahmen	-11.7	-10.7	-3.8	-3.1	-2.3	-6.0
Nettoinvestitionen	3.2	4.0	4.8	3.0	2.5	5.8
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	4.0	6.3	6.7	6.5	6.5	7.1
Einnahmen	-2.1	-3.4	-3.5	-3.5	-3.4	-3.7
Nettoinvestitionen	1.9	2.9	3.2	3.0	3.0	3.5
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamttotal						
Ausgaben	160.4	170.7	130.9	134.4	135.0	174.8
Einnahmen	-22.9	-21.8	-17.0	-16.3	-17.0	-36.4
Nettoinvestitionen	137.5	148.9	113.9	118.1	118.0	138.4

Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Franken	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
3 Aufwand	2'241.6	2'330.3	2'401.1	2'479.3	2'519.5	2'559.5
30 Personalaufwand	451.7	463.7	476.1	481.9	485.0	486.6
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.5	7.8	7.9	8.1	8.0	8.0
301 Löhne des Verwaltungs-u.Betriebspersonal	289.0	298.0	305.1	308.7	311.0	311.9
302 Löhne der Lehrpersonen	82.9	83.0	85.5	86.5	87.3	87.5
303 Temporäre Arbeitskräfte	0.1	0.1	1.8	1.8	1.8	1.8
304 Zulagen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
305 Arbeitgeberbeiträge	63.9	66.9	68.2	69.3	69.5	69.7
306 Arbeitgeberleistungen	3.1	3.1	2.9	2.9	2.9	2.9
309 Übriger Personalaufwand	5.2	4.8	4.6	4.7	4.6	4.7
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	182.3	182.0	188.2	208.5	202.2	203.9
310 Material- und Warenaufwand	15.9	17.6	17.2	17.3	17.3	17.4
311 Nicht aktivierbare Anlagen	9.8	10.5	10.9	10.6	10.5	10.7
312 Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	5.4	5.4	5.5	5.7	5.7	5.7
313 Dienstleistungen und Honorare	71.7	70.2	73.8	93.4	87.3	89.2
314 Baulicher und betrieblicher Unterhalt	20.0	20.2	21.1	20.8	20.9	20.9
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	11.6	12.5	13.6	13.8	14.3	13.8
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	12.4	12.5	12.8	13.7	13.0	13.0
317 Spesenentschädigungen	3.9	4.1	4.3	4.3	4.3	4.4
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	24.0	22.9	22.9	22.9	22.9	22.9
319 Verschiedener Betriebsaufwand	7.6	6.1	6.1	6.1	6.1	6.1
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	56.6	56.7	58.7	62.9	68.9	71.4
330 Sachanlagen VV	56.6	56.7	58.7	62.9	68.9	71.4
34 Finanzaufwand	25.2	24.8	25.8	27.6	29.5	32.4
340 Zinsaufwand	20.4	19.9	19.8	21.1	22.4	26.3
341 Realisierte Kursverluste	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	-0.2	0.0	0.4	0.3	0.6	0.1
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	1.4	1.6	1.8	2.0	2.1	2.2
344 Wertberichtigungen Anlagen FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
349 Verschiedener Finanzaufwand	3.6	3.2	3.9	4.3	4.3	3.8
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung	4.6	1.3	7.5	5.5	5.7	5.7
350 Einlagen in Fonds+SF im Fremdkapital	4.6	1.3	7.5	5.5	5.7	5.7
36 Transferaufwand	1'403.8	1'471.5	1'511.2	1'558.3	1'593.7	1'624.9
360 Ertragsanteile an Dritte	0.9	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	108.0	106.5	108.8	110.5	110.7	111.2
3611 Entschädigungen an Kantone und Konkordat	85.8	85.5	85.8	86.8	87.0	87.5
3612 Entschädigungen an Gemeinde und Zweckver	22.2	21.0	23.0	23.7	23.7	23.7
362 Finanz- und Lastenausgleich	79.6	104.4	98.0	105.0	102.5	102.5
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'211.9	1'256.5	1'300.0	1'338.5	1'376.2	1'406.5
3630 Beiträge an den Bund	20.7	21.5	22.1	22.5	22.8	23.2
3631 Beiträge an Kantone und Konkordate	8.6	8.6	8.9	8.8	8.8	8.8
3632 Beiträge an Gemeinden u.Gem.Zweckverb.	171.2	184.2	175.0	174.3	175.3	176.4
3634 Beiträge an öffentliche Unternehmungen	473.2	482.3	502.7	524.6	543.0	553.7
3635 Beiträge an private Unternehmungen	77.9	105.3	113.3	115.4	116.8	118.5
3636 Beiträge an priv.Org.ohne Erwerbszweck	4.7	4.7	4.8	4.7	4.7	4.7
3637 Beiträge an private Haushalte	455.5	449.9	473.2	488.1	504.8	521.3
364 Wertberichtigungen Darlehen VV	0.3	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	3.2	3.2	3.6	3.4	3.4	3.8
37 Durchlaufende Beiträge	89.9	103.0	106.3	107.3	107.3	107.3
370 Durchlaufende Beiträge	89.9	103.0	106.3	107.3	107.3	107.3
3700 Bund	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
3702 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	19.4	34.3	37.1	38.1	38.1	38.1
3705 Private Unternehmungen	0.4	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
3707 Private Haushalte	70.0	68.5	69.0	69.0	69.0	69.0
38 Ausserordentlicher Aufwand	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
383 Zusätzliche Abschreibungen	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3

in Mio. Franken	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
4 Ertrag	-2'343.5	-2'319.9	-2'376.9	-2'371.1	-2'371.3	-2'356.5
40 Fiskalertrag	-1'007.2	-972.0	-916.3	-900.9	-886.8	-891.0
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-720.7	-728.8	-705.5	-691.4	-685.1	-679.3
401 Direkte Steuern juristische Personen	-122.5	-86.4	-55.0	-53.9	-57.2	-67.1
402 übrige direkte Steuern	-89.8	-82.9	-81.6	-81.6	-81.6	-81.6
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-74.1	-74.0	-74.2	-74.0	-62.9	-62.9
41 Regalien und Konzessionen	-52.6	-31.2	-95.0	-73.7	-73.0	-73.0
410 Regalien	-2.1	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
411 Schweiz.Nationalbank	-42.7	-21.3	-85.3	-64.0	-64.0	-64.0
412 Konzessionen	-7.9	-7.8	-7.7	-7.7	-7.0	-7.0
42 Entgelte	-174.7	-176.2	-174.1	-173.3	-172.8	-172.9
420 Ersatzabgaben	-1.3	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
421 Gebühren für Amtshandlungen	-86.1	-86.7	-85.1	-85.3	-85.0	-85.0
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-14.9	-15.6	-15.7	-14.7	-14.7	-14.7
423 Schul- und Kursgelder	-3.6	-3.6	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-13.9	-12.9	-12.8	-12.8	-12.8	-12.8
425 Erlös aus Verkäufen	-7.3	-6.9	-7.1	-7.1	-7.1	-7.2
426 Rückerstattungen	-7.4	-8.3	-8.6	-8.7	-8.5	-8.5
427 Bussen	-37.5	-38.1	-37.0	-37.0	-37.0	-37.0
429 übrige Entgelte	-2.6	-2.6	-2.7	-2.7	-2.6	-2.6
43 Verschiedene Erträge	-17.1	-15.9	-16.7	-16.7	-17.2	-17.2
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-17.1	-15.9	-16.7	-16.7	-17.2	-17.2
44 Finanzertrag	-36.1	-30.8	-30.6	-25.6	-25.4	-25.3
440 Zinsertrag	-8.5	-7.7	-7.6	-7.6	-7.6	-7.6
441 Realisierte Gewinne FV	0.0	-5.0	-5.0	0.0	0.0	0.0
443 Liegenschaftenertrag FV	-3.3	-3.2	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1
444 Wertberichtigungen Anlagen FV	-8.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
445 Finanzertrag aus Darlehen und Bet.des VV	-0.7	-0.4	-0.5	-0.6	-0.6	-0.6
446 Finanzertrag von öffentl.Unternehmungen	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
447 Liegenschaftenertrag VV	-14.2	-14.1	-13.7	-13.6	-13.5	-13.4
449 Übriger Finanzertrag	-0.4	-0.2	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
45 Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzieru	-6.5	-2.5	-1.9	-1.9	-1.5	-1.5
450 Ent.aus Fonds und Spezialfinanz.im FK	-6.5	-2.5	-1.9	-1.9	-1.5	-1.5
46 Transferertrag	-959.5	-988.3	-1'036.1	-1'071.9	-1'087.3	-1'068.3
460 Ertragsanteile	-122.9	-129.7	-137.1	-137.2	-140.8	-144.6
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-25.6	-25.6	-27.6	-27.5	-27.5	-27.6
4610 Entschädigungen vom Bund	-5.8	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1
4611 Entsch.von Kantonen und Konkordaten	-14.5	-13.8	-15.3	-15.1	-15.1	-15.1
4612 Entsch.von Gemeinden und Gem.Zweckverb.	-5.2	-5.6	-6.1	-6.2	-6.2	-6.3
4613 Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462 Finanz- und Lastenausgleich	-397.9	-402.6	-428.3	-446.0	-457.3	-424.8
4620 vom Bund	-367.4	-372.0	-398.8	-415.4	-426.7	-394.2
4622 von Gemeinden und Gemeindezweckverbänden	-30.5	-30.6	-29.5	-30.6	-30.6	-30.6
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-412.6	-429.9	-442.6	-460.6	-461.1	-470.8
4630 Beiträge vom Bund	-246.6	-256.0	-256.4	-270.4	-273.9	-279.6
4631 Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-5.4	-4.6	-3.3	-2.9	-2.6	-2.6
4632 Beiträge von Gemeinden	-150.7	-165.5	-170.7	-174.7	-172.0	-176.0
4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-2.7	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
4635 Beiträge von privaten Unternehmungen	-3.8	-1.2	-9.6	-10.0	-10.0	-10.0
4637 Beiträge von privaten Haushalten	-3.6	-2.3	-2.3	-2.3	-2.3	-2.3
469 Verschiedener Transferertrag	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
47 Durchlaufende Beiträge	-89.9	-103.0	-106.3	-107.3	-107.3	-107.3
470 Durchlaufende Beiträge	-89.9	-103.0	-106.3	-107.3	-107.3	-107.3
4700 Durchlaufende Beiträge vom Bund	-71.0	-69.0	-69.5	-69.5	-69.5	-69.5
4702 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamttotal						
3 Aufwand	2'241.6	2'330.3	2'401.1	2'479.3	2'519.5	2'559.5
4 Ertrag	-2'343.5	-2'319.9	-2'376.9	-2'371.1	-2'371.3	-2'356.5
Saldo	-101.9	10.4	24.2	108.2	148.2	203.0

Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Franken		RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
5 Ausgaben		160.4	170.7	130.9	134.4	135.0	174.8
50 Sachanlagen		153.3	161.7	121.2	124.9	125.6	164.7
500 Grundstücke		0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
501 Strassen/Verkehrswege		34.7	52.0	50.0	50.0	60.0	65.0
502 Wasserbau		13.6	13.7	7.4	5.1	3.8	10.8
504 Hochbauten		90.6	81.5	48.7	56.6	50.8	78.6
506 Mobilien		14.2	14.5	15.0	13.2	10.9	10.3
509 Übrige Sachanlagen		0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
54 Darlehen		1.0	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
544 Öffentliche Unternehmungen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
545 Private Unternehmungen		-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
547 Private Haushalte		1.2	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
55 Beteiligungen und Grundkapitalien		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
554 Öffentliche Unternehmungen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
555 Private Unternehmungen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
56 Eigene Investitionsbeiträge		3.4	3.2	3.6	3.3	3.3	3.7
562 Gemeinden und Gemeindezweckverb.		1.4	0.3	0.8	0.7	0.6	0.6
564 Öffentliche Unternehmungen		1.6	2.4	2.3	2.2	2.2	2.5
567 Private Haushalte		0.3	0.5	0.5	0.5	0.5	0.6
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge		2.7	4.1	4.5	4.5	4.5	4.7
572 Gemeinden und Gemeindezweckverbände		1.1	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
574 Öffentliche Unternehmungen		1.3	2.5	2.5	2.5	2.5	2.7
575 Private Unternehmungen		0.0	0.1	0.5	0.5	0.5	0.5
577 Private Haushalte		0.3	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
6 Einnahmen		-22.9	-21.8	-17.0	-16.3	-17.0	-36.4
60 Übertragung von Sachanlagen an FV		-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
600 Übertragung von Grundstücken		-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
604 Übertragung von Hochbauten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
606 Übertragung von Mobilien		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-17.6	-15.2	-10.1	-9.4	-10.3	-29.6
630 Bund		-14.5	-9.5	-3.5	-3.2	-3.9	-15.4
631 Kantone und Konkordate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
632 Gemeinde und Gemeindezweckverbände		-2.5	-5.6	-6.5	-6.1	-6.3	-14.1
634 Öffentliche Unternehmungen		0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
635 Private Unternehmungen		-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
64 Rückzahlungen von Darlehen		-2.5	-2.6	-2.5	-2.5	-2.3	-2.1
644 Öffentliche Unternehmungen		-1.1	-1.0	-1.0	-1.0	-0.8	-0.6
645 Private Unternehmungen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
647 Private Haushalte		-1.4	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge		-2.7	-4.1	-4.5	-4.5	-4.5	-4.7
670 Bund		-2.7	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0	-4.2
671 Kantone und Konkordate		0.0	-0.1	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Gesamttotal							
5 Ausgaben		160.4	170.7	130.9	134.4	135.0	174.8
6 Einnahmen		-22.9	-21.8	-17.0	-16.3	-17.0	-36.4
Nettoinvestitionen		137.5	148.9	113.9	118.1	118.0	138.4

2.3 Finanzkennzahlen

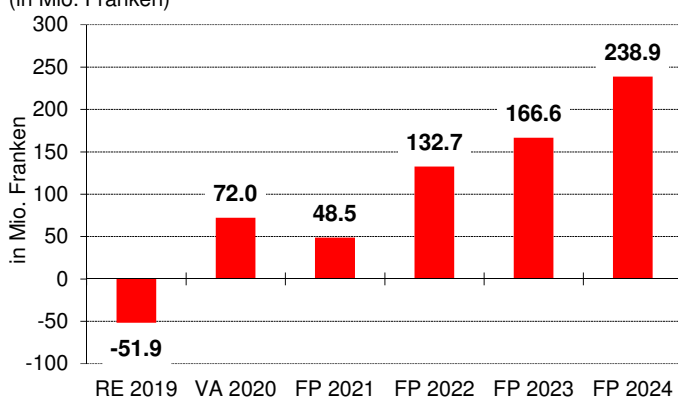
Finanzkennzahlen

in Mio. Franken bzw. %	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Operativer Cash Flow (+) / Cash Loss (-)	180.7	76.9	65.4	-14.6	-48.7	-100.5
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	-120.5	-16.9	-3.1	81.0	121.0	175.7
Wertberichtigung Finanzvermögen	-8.7					
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-101.9	10.4	24.2	108.2	148.2	203.0
Nettoinvestitionen	137.5	148.9	113.9	118.1	118.0	138.4
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	-51.9	72.0	48.5	132.7	166.6	238.9
operativer Selbstfinanzierungsgrad	131%	52%	57%	-12%	-41%	-73%
Nettoverschuldung ¹	1'346.1	1'418.1	1'466.6	1'599.3	1'765.9	2'004.8
Dito, in Franken pro Einwohner	4'869	5'096	5'229	5'657	6'198	6'983
Frei verfügbares Eigenkapital per 31.12.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.

1) Die Zahlen im Voranschlag 2020 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2019 aktualisiert.

Finanzierungsfehlbetrag

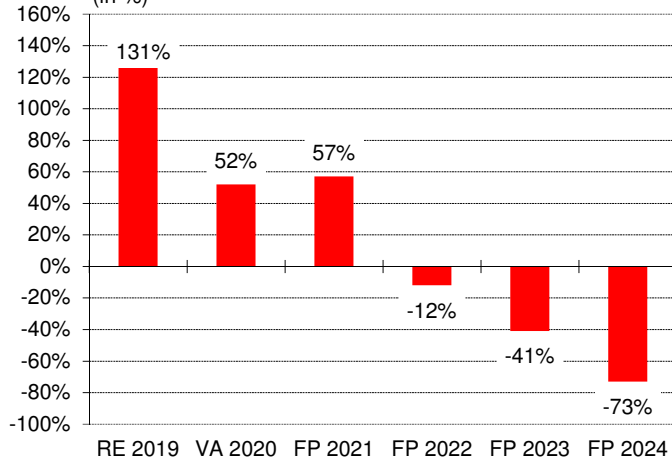
(in Mio. Franken)



In der Rechnung 2019 konnte ein Finanzierungsüberschuss von 51,9 Mio. Franken ausgewiesen werden. Aufgrund der Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung ab dem 1.01.2020 wird ab dem Planjahr 2021 ein Finanzierungsfehlbetrag ausgewiesen. Durch die «Zusatzvereinbarung über die Nationalbankgewinnausschüttung» wird das Jahr 2020 dank der um 64,0 Mio. Franken höheren Ausschüttung finanziell wesentlich besser verlaufen.

Operativer Selbstfinanzierungsgrad

(in %)



Der operative Selbstfinanzierungsgrad zeigt an, in welchem Ausmass Investitionen durch selbst erwirtschaftete Mittel (Operativer Cash-Flow) finanziert werden können. Bei einem positiven Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 – 100% können zumindest die laufenden Konsumausgaben vollständig sowie ein Teil der Investitionen aus den Erträgen finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt mit Ausnahme des Finanzplans 2021 von 131% ab der Rechnung 2019 und wird ab dem Jahr 2022 negativ; d.h. die Investitionen müssen vollständig fremdfinanziert werden.

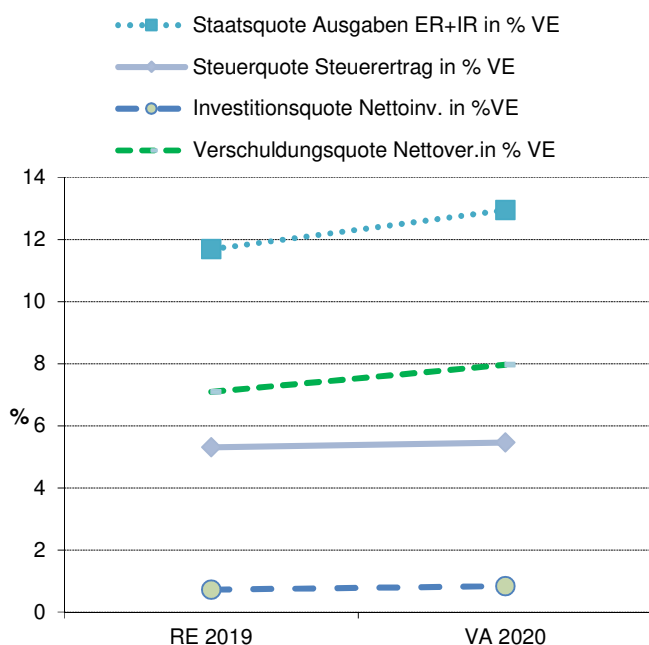
Kennzahlen in % vom Volkseinkommen*

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen (VE)

in Mio. Franken bzw. %	RE 2019	VA 2020
Geschätzte Zunahme VE in % ¹	2.6	-6.2
Volkseinkommen VE	18'970	17'794
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	11.7	13.0
Steuerertrag (Konto 40 inkl. MfZ-Steuer)	1'007.2	972.0
Steuerquote Steuerertrag in % VE	5.3	5.5
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	137.5	148.9
Investitionsquote Nettoinv. in % VE	0.7	0.8
Nettoverschuldung	1'346.1	1'418.1
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	7.1	8.0

¹ Geschätzte Veränderungen des kantonalen Volkseinkommens gegenüber dem Vorjahr (SECO).

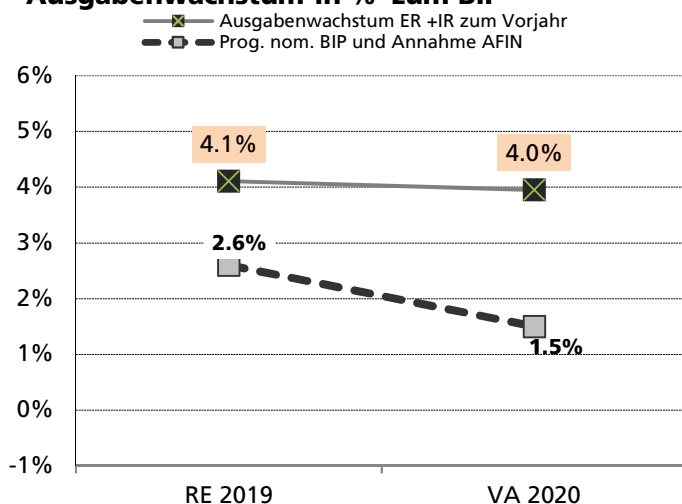
Kennzahlen in % vom Volkseinkommen*



Aufgrund der ausserordentlich hohen Prognoseunsicherheit (COVID-19) wird im IAFP 2021 - 2024 auf die Abbildung von Kennzahlen im Zusammenhang mit dem Volkseinkommen verzichtet.

* Keine Weiterführung der Werte 2021 - 2024

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP-Wachstum ist.

Wie bereits im oberen Abschnitt bemerkt, wird aufgrund der ausserordentlich hohen Prognoseunsicherheit (COVID-19) im IAFP 2021 – 2024 auf die Abbildung von Kennzahlen im Zusammenhang mit dem BIP verzichtet.

2.4 Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2020 – 2023

2.4.1 Erfolgsrechnung

	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
Gesamttotal												
Aufwand	2'241.6	2'330.3	2'382.6	2'401.1	18.4	2'410.2	2'479.3	69.1	2'448.1	2'519.5	71.5	2'559.5
Ertrag	-2'343.5	-2'319.9	-2'324.1	-2'376.9	-52.7	-2'333.4	-2'371.1	-37.6	-2'348.3	-2'371.3	-23.0	-2'356.5
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-101.9	10.4	58.5	24.2	-34.3	76.8	108.2	31.4	99.8	148.2	48.5	203.0

Der Finanzplan 2021 weist gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung von 34,3 Mio. Franken aus. Der Kanton Solothurn profitiert in den Jahren 2020 und 2021 von der „Zusatzvereinbarung über die Nationalbankgewinnausschüttung“, welche für die beiden Jahre maximal eine viermal höhere Ausschüttung vorsieht, als ursprünglich geplant. Ab dem Finanzplanjahr 2022 wird mit einer dreifach erhöhten Ausschüttung gerechnet.

	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
1. Behörden und Staatskanzlei												
Aufwand	19.6	19.8	20.0	19.9	-0.1	20.0	20.0	0.0	20.1	20.1	0.0	20.0
Ertrag	-3.1	-2.9	-2.9	-3.0	0.0	-2.9	-2.9	0.0	-2.9	-2.9	0.0	-2.9
Verrechnungen	-8.4	-8.3	-8.5	-8.3	0.2	-8.5	-8.4	0.1	-8.5	-8.4	0.1	-8.4
Saldo	8.1	8.6	8.6	8.7	0.0	8.6	8.6	0.0	8.7	8.7	0.0	8.7

Gegenüber dem letztjährigen IAFP ist der Nettoaufwand praktisch unverändert.

	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
2. Bau- und Justizdepartement												
Aufwand	246.1	248.1	262.2	258.3	-3.9	265.2	283.5	18.3	268.3	281.9	13.6	286.2
Ertrag	-176.9	-177.4	-188.9	-177.1	11.8	-178.9	-184.2	-5.2	-169.7	-168.0	1.7	-168.5
Verrechnungen	-33.5	-31.4	-39.1	-32.5	6.6	-39.3	-39.0	0.3	-39.2	-38.3	0.9	-38.3
Saldo	35.7	39.4	34.1	48.6	14.5	47.0	60.3	13.3	59.4	75.6	16.1	79.3

Der per Saldo höhere Aufwand gegenüber dem letzten Finanzplan ist hauptsächlich auf Mehraufwand beim Personal (u.a. Staatsanwaltschaft) und höheren Abschreibungen im Strassenbau sowie auf Mindererträge bei den Beiträgen von Bund und Gemeinden zurückzuführen. Weiter wurde auch die Annahme im Bereich des Verkaufes von Liegenschaften um die Hälfte reduziert.

	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
3. Bildung und Kultur												
Aufwand	471.4	476.0	477.8	481.7	3.9	479.7	489.6	9.9	489.6	497.7	8.2	499.1
Ertrag	-65.6	-65.8	-64.2	-66.5	-2.2	-63.7	-61.7	2.1	-59.4	-55.6	3.8	-55.6
Verrechnungen	27.1	27.2	27.8	27.9	0.1	27.8	27.3	-0.5	27.9	27.4	-0.5	27.5
Saldo	433.0	437.5	441.4	443.2	1.8	443.7	455.2	11.5	458.1	469.5	11.4	471.1

Mehr Studierende an den Universitäten und mehr Klassen an den Mittelschulen, höhere Beiträge an die Fachhochschule Nordwestschweiz aufgrund des neuen vierkantonalen Leistungsauftrags sowie Mehraufwand für die sonder-schulischen Angebote führen zum Anstieg in den Finanzplänen 2021-2024.

Die Einwohnergemeinden beteiligen sich vorläufig bis zum 31.7.2022 mit einem Schulgeld an den sonderschulischen Angeboten gemäss Volksschulgesetz (VSG) § 37^{bis}. In Zukunft sollen für das ganze Leistungsfeld die zu erbringenden Leistungen und die daraus resultierenden Kosten aus einer (kantonalen) Hand erfolgen. Diese Umstellung umfasst ein Transfervolumen von den Einwohnergemeinden zum Kanton von rund 20 Mio. Franken. Die Klärung der Entflechtungen und Aufgabenzuweisung wird mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) gemeinsam angegangen. Eine konsensfähige Lösung dazu wird innerhalb einer Frist von vier Jahren erwartet. Sollte innert der vierjährigen Frist dem Kantonsrat keine solche Lösung zur Beschlussfassung vorgelegt werden, kann der Kantonsrat die Geltungsdauer der "Sunset Clause" § 44^{quater}, Absatz 1^{bis} VSG einmalig um weitere vier Jahre, d.h. bis 31.7.2026 verlängern, was den Anreiz aufrechterhält, eine politische Lösung für die angestrebte Finanzierungsentflechtung im Bereich der Sonderschulung zu finden.

Weiter soll der Sockelbeitrag aus dem Lotteriefonds zugunsten des Amtes für Kultur und Sport ab 2021 gesenkt werden. Die Erträge sinken entsprechend.

4. Finanzdepartement	RE 2019	VA 2020	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2024
			FP 2021	FP 2021		FP 2022	FP 2022		FP 2023	FP 2023		
Aufwand	153.9	159.8	156.3	160.7	4.4	156.2	162.4	6.2	157.7	165.6	8.0	169.5
Ertrag	-1'565.5	-1'509.4	-1'511.0	-1'551.9	-40.9	-1'519.8	-1'532.1	-12.4	-1'537.0	-1'544.6	-7.6	-1'520.0
Verrechnungen	15.2	9.4	14.2	5.7	-8.5	14.7	13.3	-1.4	14.2	12.8	-1.4	13.0
Saldo	-1'396.5	-1'340.1	-1'340.4	-1'385.5	-45.1	-1'348.8	-1'356.3	-7.5	-1'365.2	-1'366.2	-1.0	-1'337.4

Im IAFP 2021-2024 wird gegenüber dem IAFP des Vorjahres mit deutlichen Mehrerträgen beim NFA und beim Anteil am Reingewinn der SNB gerechnet. Demgegenüber wird bei den Steuerträgen der natürlichen und juristischen Personen von einem starken Rückgang der Steuererträge ausgegangen. Bei den natürlichen Personen sind die Mindererträge auf die Covid19-Pandemie zurückzuführen und bei den juristischen Personen sind es einerseits ebenfalls die Covid19-Pandemie und andererseits die Auswirkungen der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF II). Ausgabenseitig werden bei den Zinsen sowie den Abschreibungen und Wartungskosten im Informatikbereich gegenüber dem letzten IAFP höhere Kosten ausgewiesen.

5. Departement des Innern	RE 2019	VA 2020	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2024
			FP 2021	FP 2021		FP 2022	FP 2022		FP 2023	FP 2023		
Aufwand	1'086.6	1'135.6	1'162.0	1'188.5	26.6	1'194.7	1'226.7	32.0	1'226.6	1'257.2	30.7	1'287.2
Ertrag	-369.4	-401.3	-399.5	-413.6	-14.1	-410.6	-423.2	-12.5	-421.9	-432.1	-10.2	-441.4
Verrechnungen	1.6	1.8	1.8	3.0	1.2	1.6	2.5	0.9	1.9	2.9	1.0	3.3
Saldo	718.8	736.1	764.3	777.9	13.6	785.7	806.1	20.4	806.6	828.1	21.5	849.1

Die Gründe für die Saldoerhöhung von 13,6 Mio. Franken zwischen dem FP 2021 des Vorjahres und dem aktuellen FP 2021 liegen in den Bereichen Gesundheit +10,3 Mio. Franken (COVID-19 +10 Mio. Fr.) und Öffentliche Sicherheit +3,3 Mio. Franken.

Der FP 2022 liegt um 20,4 Mio. Franken höher als der FP 2022 des Vorjahres. Hauptgründe sind die Gesundheitsversorgung mit +14,7 Mio. Franken (COVID-19 +10 Mio. Fr.), die Soziale Sicherheit mit -1,3 Mio. Franken sowie die Öffentliche Sicherheit +6,1 Mio. Franken (GB Polizei +3,2 Mio. Franken, Kostgelder Vollzug +1,7 Mio. Franken).

Der FP 2023 liegt um 21,5 Mio. Franken höher als der FP 2023 des Vorjahres. Hauptgründe sind die Gesundheitsversorgung mit +14,7 Mio. Franken (COVID-19 +10 Mio. Fr.), die Soziale Sicherheit mit -2,8 Mio. sowie die Öffentliche Sicherheit +8,7 Mio. Franken (GB Polizei +4,8 Mio. Franken, Kostgelder Vollzug +1,7 Mio. Franken, GB Justizvollzug +1,1 Mio. Franken).

6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2019	VA 2020	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2024
			FP 2021	FP 2021		FP 2022	FP 2022		FP 2023	FP 2023		
Aufwand	236.8	265.0	279.0	266.1	-12.9	269.2	271.4	2.2	260.4	271.2	10.7	271.6
Ertrag	-157.8	-157.9	-152.3	-159.6	-7.3	-152.2	-161.7	-9.5	-152.1	-162.8	-10.6	-162.8
Verrechnungen	-4.6	-0.9	1.3	2.1	0.7	1.2	2.1	0.9	1.3	1.4	0.1	0.7
Saldo	74.5	106.2	128.0	108.6	-19.4	118.2	111.8	-6.4	109.6	109.8	0.2	109.5

Gegenüber dem letztjährigen IAFP geht der Kantonsbeitrag an den Finanzausgleich Einwohnergemeinden markant zurück. Dies aufgrund der Ablehnung von STAFI und der Annahme von STAFII in der Volksabstimmung.

7. Gerichte	RE 2019	VA 2020	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2024
			FP 2021	FP 2021		FP 2022	FP 2022		FP 2023	FP 2023		
Aufwand	27.1	25.9	25.3	25.8	0.6	25.3	25.8	0.4	25.4	25.7	0.3	25.7
Ertrag	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3	-5.3	0.0	-5.3
Verrechnungen	2.6	2.1	2.4	2.1	-0.3	2.4	2.1	-0.2	2.4	2.2	-0.2	2.3
Saldo	24.4	22.8	22.4	22.7	0.3	22.5	22.7	0.2	22.6	22.7	0.1	22.8

Gegenüber dem letztjährigen IAFP liegt der Aufwand um 0,3 Mio. Franken höher. Hauptgrund: Ausbau personelle Ressourcen gemäss Globalbudget 2020-2022. Der Aushilfskredit der Gerichte wurde ab 2021 um 0,1 Mio. Franken reduziert.

2.4.2 Investitionsrechnung

Gesamttotal	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
Ausgaben	160.4	170.7	138.1	130.9	-7.2	157.2	134.4	-22.8	172.0	135.0	-37.0	174.8
Einnahmen	-22.9	-21.8	-19.2	-17.0	2.2	-20.5	-16.3	4.2	-21.0	-17.0	4.0	-36.4
Nettoinvestitionen	137.5	148.9	118.9	113.9	-5.0	136.8	118.1	-18.7	151.0	118.0	-33.0	138.4

Die grösseren Veränderungen gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres sind in den Details des Bau- und Justizdepartements erläutert. Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

2. Bau- und Justizdepartement	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
Ausgaben	140.4	148.3	116.6	107.3	-9.3	137.0	112.8	-24.2	154.3	115.6	-38.7	155.4
Einnahmen	-19.4	-16.8	-14.0	-11.6	2.4	-15.4	-10.9	4.5	-15.9	-11.6	4.3	-30.8
Nettoinvestitionen	121.0	131.5	102.6	95.7	-6.9	121.7	101.9	-19.8	138.4	104.0	-34.4	124.6

Projektverschiebungen und weniger optimistische Annahmen im Projektfortschritt gegenüber dem Vorjahresfinanzplan einerseits und nahende Fertigstellungen von Grossprojekten andererseits führen zu tieferen Nettoinvestitionen in den kommenden Jahren.

3. Bildung und Kultur	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
Ausgaben	1.2	2.0	1.6	2.2	0.6	1.6	2.0	0.4	1.6	2.0	0.4	2.0
Einnahmen	-1.4	-1.6	-1.6	-2.0	-0.4	-1.6	-2.0	-0.4	-1.6	-2.0	-0.4	-2.0
Nettoinvestitionen	-0.2	0.4	0.0	0.2	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Der Anstieg bei den Investitionen im Vergleich zu den Vorjahresfinanzplänen ist auf höhere Investitionsbeiträge an Ausbildungszentren für überbetriebliche Kurse zurückzuführen.

4. Finanzdepartement	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
Ausgaben	11.9	11.0	7.5	9.0	1.5	7.5	10.0	2.5	7.5	9.0	1.5	9.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	11.9	11.0	7.5	9.0	1.5	7.5	10.0	2.5	7.5	9.0	1.5	9.0

Im Informatikbereich führt das Digitalisierungsprogramm zu einem höheren Investitionsbedarf.

5. Departement des Innern	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
Ausgaben	2.1	3.0	5.6	5.9	0.3	4.4	3.2	-1.2	1.9	1.9	0.0	1.3
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.1	3.0	5.6	5.9	0.3	4.4	3.2	-1.2	1.9	1.9	0.0	1.3

Bei den Investitionen gibt es im Vergleich zum Vorjahresfinanzplan keine grossen Abweichungen.

Volkswirtschaftsdepartement	RE 2019	VA 2020	Vorjahr FP 2021	FP 2021	Diff.	Vorjahr FP 2022	FP 2022	Diff.	Vorjahr FP 2023	FP 2023	Diff.	FP 2024
Ausgaben	4.8	6.3	6.8	6.7	-0.1	6.8	6.5	-0.3	6.8	6.5	-0.3	7.1
Einnahmen	-2.1	-3.4	-3.6	-3.5	0.1	-3.6	-3.5	0.1	-3.5	-3.5	0.0	-3.6
Nettoinvestitionen	2.7	2.9	3.2	3.2	0.0	3.2	3.0	-0.2	3.3	3.0	-0.3	3.5

Bei den Investitionen gibt es im Vergleich zum letzten Finanzplan nur unwesentliche Veränderungen.

2.5 Eingeschränkte Handlungsautonomie

Langfristig gebundene Gelder

Viele finanziellen Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationsverträge mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig über mehrere Jahre gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kantons Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben.

Differenzierte Ressourcenbindung

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen mit einem unterschiedlichen Grad der Handlungsautonomie zugeordnet:

- 1. hoch: Kanton Solothurn**, direkt beeinflussbare Gelder durch die kantonalen Behörden.
- 2. neutral: Spezialfinanzierungen** stellen eine gesetzliche Zweckbindung der Gelder dar.
- 3. geteilt: Kooperationen** mit anderen Kantonen oder Institutionen, in denen die kantonalen Behörden die alleinige Entscheidungskompetenz abgegeben haben.
- 4. niedrig: Dritte** (Bund, Gemeinden). Der Kanton hat kaum Einflussmöglichkeiten.

Zusätzlich wurden die Profitcenter nach **Globalbudgets** und Finanzgrössen unterschieden. Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre

Leistung direkt beeinflussen können, den **Finanzgrössen** zuzuweisen.

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der Handlungsautonomie aufzeigen.

Aufwand RE 2019 – 35% hoch beeinflussbar

Betrachtet man den Aufwand der Rechnung 2019 und teilt diesen prozentual diesen acht Feldern zu, ist festzustellen, dass 35% direkt durch die kantonalen Behörden gesteuert werden (28% GB Kanton + 7% FG Kanton).

Ertrag RE 2019 – 55% hoch beeinflussbar

Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 55% des Gesamtertrages, welche eher langfristig (verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder –senkung) veränderbar sind (44% FG Kanton + 11% GB Kanton).

Beurteilung und Konsequenz

Es ist weiterhin so, dass die zuständigen Gremien des Kantons Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 35% des Gesamtaufwandes (inklusive Finanzgrössen) beeinflussen können. Der Kanton kann jedoch einen deutlich höheren Anteil (54-56%) der Erträge direkt bestimmen.

Wesentliche Veränderungen RE 2019 zu FP 2021-2024

in % zum Gesamtaufwand* und Ertrag

	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
	RE 19	FP 24	Diff.	RE 19	FP 24	Diff.	RE 19	FP 24	Diff.	RE 19	FP 24	Diff.
Finanzgrössen												
Aufwand	7%	8%	1%	3%	5%	2%	12%	12%	1%	39%	40%	1%
Ertrag	44%	39%	-5%	5%	4%	-1%	3%	3%	0%	33%	39%	6%
Globalbudgets												
Aufwand	28%	27%	-1%	1%	1%	0%	9%	7%	-2%	1%	1%	0%
Ertrag	11%	11%	0%	1%	1%	0%	2%	2%	0%	1%	1%	0%
Autonomie KTSO	hoch			neutral			geteilt			gering		
Aufwand RE 19	35%			4%			21%			40%		
Ertrag RE 19	55%			6%			5%			34%		

1 Behörden und Staatskanzlei

1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit.

Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

- Staatskanzlei (inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Medien, E-Government, Legistik und Justiz)
- Parlamentsdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)
- Drucksachenverwaltung / Lehrmittelverlag

Der Staatskanzlei obliegt zudem die administrative Verantwortung für die Finanzen der kantonalen Behörden Regierungs- und Kantonsrat (Finanzgrössen ausserhalb der Globalbudgets).

1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.5 Leistungsfähigkeit der Verwaltungstätigkeit garantieren

- 1.5.2 E-Government ausbauen
- 1.5.3 Einführung E-Voting
- 1.5.4 Elektronische Langzeitarchivierung sicherstellen

1.6 Open Government weiterentwickeln

- 1.6.1 Kommunikation in das Zeitalter der Digitalisierung überführen

1.3 Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Kosten der Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich.

Damit die kantonale Verwaltung den gesellschaftlichen Entwicklungen, den Anforderungen der Einwohnerinnen und Einwohner und der Wirtschaft optimal gerecht werden kann, muss eine hohe Leistungsfähigkeit der Verwaltungstätigkeit garantiert werden können. E-Government verfolgt das Ziel, die Verwaltungstätigkeit mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) kundenfreundlich und wirtschaftlich zu gestalten, indem medienbruchfreie elektronische Behördenleistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft und unter den Gemeinwesen aller drei Staatsebenen erbracht werden. In der Legislatur 2017–2021 liegt der Schwerpunkt in der Umsetzung der technischen und rechtlichen Voraussetzungen für E-Government. So soll die Wirtschaft zukünftig den Amtsverkehr und die Bevölkerung die wichtigsten Amtsgeschäfte elektronisch abwickeln können. Zudem verlangt die starke Zunahme an digitalen Amtsgeschäften und elektronischen Unterlagen der Verwaltung eine Lösung für die elektronische Langzeitarchivierung, um die verlustlose Übernahme der digitalen Unterlagen ins Endarchiv gewährleisten zu können.

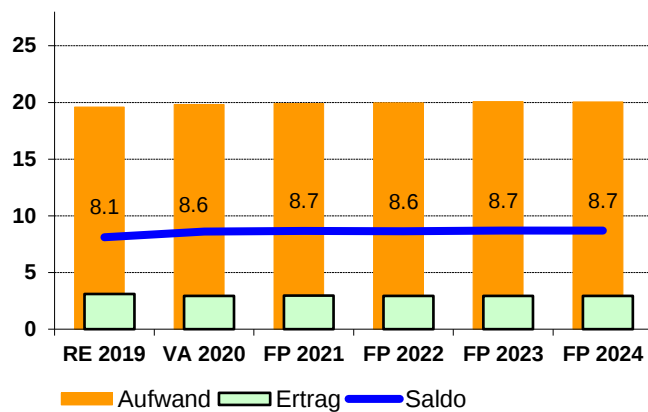
Ein offenes und transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government) dient dem Ziel, die Arbeit von Regierung und Verwaltung noch offener, transparenter, partizipativer und kooperativer zu gestalten. Durch die Nutzung der neuen Medien können mehr Leute erreicht und mit ihnen ein politischer Dialog geführt werden.

1.4 Massnahmen Behörden und Staatskanzlei

1444	Elektronische Archivierung					Ziel LP	B.1.5.4
Einführung elektronische Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen						Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Jul 2021		
Amt	Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
478	Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen	31. Dez 2009	31. Aug 2009				
2941	Initialisierung	31. Dez 2016	19. Jun 2017	Die Vorstudie lag im Juni 2016 vor.			
6567	Konzept	1. Jan 2019	28. Nov 2019	2018/19 erfolgte die Konzeption des digitalen Langzeitarchivs in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik (interner Partner) sowie zwei weiteren Kantonen, der Betreiberin und der Softwareentwicklungsgemeinschaft (externe Partner).			
6967	Realisierung	1. Jan 2021			Die Realisierung erfolgt als Verbundlösung.		
5556	E-Voting 2018					Ziel LP	B.1.5.3
Aufbau eines Systems für die flächendeckende Einführung von E-Voting im ganzen Kanton Solothurn							
Status	Sistiert	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	1. Jan 2021		
Amt	Staatskanzlei					Kategorie	IT-Programm
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6280	Evaluation	31. Aug 2017			Die E-Voting Landschaft in der Schweiz befindet sich im Umbruch. Die Entwicklungen und Entscheide des Bundes und der Kantone zum Thema E-Voting werden auch weiterhin beobachtet.		
5615	Open Government					Ziel LP	B.1.6.1
Kommunikation in das Zeitalter der Digitalisierung führen.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2021		
Amt	Staatskanzlei					Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6558	Aktualisierung Kommunikationskonzept	1. Jun 2018	31. Dez 2018	Konzeptarbeiten sind im 2018 erfolgt, mit RRB 2019/2036 vom 17.12.19 wurde die Kommunikationsstrategie 2019 beschlossen.			
6559	Aufbau und Ausbau Interaktive Medienkanäle	1. Aug 2019	1. Jul 2019	Neu geschaffene 90%-Stelle "Verantwortlicher Online-Kommunikation" konnte ab 1.Juli 2019 besetzt werden.			
6961	Konzept Onlinekommunikation	31. Dez 2020			Erarbeitung und Implementierung erfolgt bis Ende 2020.		
5616	E-Government ausbauen					Ziel LP	B.1.5.2
E-Government ausbauen							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2021		
Amt	Staatskanzlei					Kategorie	IT-Programm
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6560	Behördenportalgesetz (neu)	1. Jan 2020			RRB 2019/2035 vom 17.12.19 (Botschaft & Entwurf). Inkraftsetzung erfolgt voraussichtlich ab 1.10.2020.		
6966	Behördenportal	31. Dez 2020			Inbetriebnahme / Aufschaltung Behördenportal. Für das IT-Projekt "Einführung iGovPortal" wurde mit KRB 0068/2019 ein Verpflichtungskredit von 1,8 Mio. Franken bewilligt.		

Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Globalbudgets						
Aufwand	13.7	14.4	14.6	14.6	14.7	14.7
Ertrag	-2.7	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8
Globalbudgetsaldo	11.0	11.6	11.8	11.8	11.9	11.9
Verrechnung	-6.6	-6.5	-6.5	-6.7	-6.7	-6.7
Saldo	4.4	5.1	5.3	5.1	5.2	5.2
Finanzgrössen						
Aufwand	5.9	5.4	5.2	5.4	5.4	5.4
Ertrag	-0.4	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	-1.8	-1.8	-1.7	-1.8	-1.8	-1.8
Saldo	3.7	3.5	3.4	3.5	3.5	3.5
Saldo total	8.1	8.6	8.7	8.6	8.7	8.7



In der Planperiode 2021-2024 ergeben sich im Vergleich mit dem Voranschlag 2020 keine wesentlichen finanziellen Veränderungen.

2 Bau- und Justizdepartement

2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen. Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs wie auch die Entwicklung des Immobilienportfolios im Finanzvermögen zum langfristigen Gedeihen des Wirtschaftsstandortes. Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.2 Attraktivität zum Leben und Investieren stärken

1.2.3 Liegenschaften im Finanzvermögen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes nutzen

1.4 Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

1.4.1 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr optimieren

1.4.2 Grossräumige Verkehrsplanung

2.1 Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

2.1.1 Siedlungsentwicklung gegen innen lenken

2.1.2 Ökologische Ausgleichsflächen fördern

2.1.3 Wertvolles Kulturland (Fruchtfolgefläche) erhalten

2.2 Gefahrenpotentiale vermindern

2.2.1 Siedlungs- und Kulturräume vor Naturgefahren schützen

2.2.2 Altlasten systematisch sanieren

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

3.3.6 Neues Zentralgefängnis planen und bauen

3.3.7 Erneuerung und Erweiterung der Infrastruktur der Motorfahrzeugkontrolle

3.5 Informatische Bildung ausbauen

3.5.3 Zweckmässige Infrastrukturen für die kantonalen Schulen sichern

2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar. Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden. Die Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs soll mit Optimierungen, sowie mit einer verstärkten Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf das ÖV-Angebot, angestrebt werden. Das Ziel soll insbesondere mit der Umsetzung der vom Bund mitfinanzierten Agglomerationsprogramme erreicht werden.

Damit ein qualitativ hochstehendes Angebot des öffentlichen Verkehrs auch in Zukunft gewährleistet werden kann, müssen die hierzu notwendigen kantonalen gesetzlichen Grundlagen überprüft werden. Seit der letzten grundlegenden Revision der ÖV-Erlasse sind nicht nur mehr als zwanzig Jahre vergangen, auch haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene geändert. Eine erste Auslegeordnung hat ergeben, dass eine Totalrevision des Gesetzes über den Öffentlichen Verkehr (BGS 732.1) angezeigt ist. Das Revisionsvorhaben soll bis im Jahr 2023 abgeschlossen werden.

Die in den 60er und 70er Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben. Die Verkehrsplanung soll vermehrt regional und übergeordnet koordiniert erfolgen (vor allem im Gäu, im Niederamt und im Wasseramt). Die fortgeschrittenen Planungen und Projekte werden weitergeführt und nach Möglichkeit abgeschlossen (insbesondere die Verkehrsanbindung Thal sowie der Anschluss H18 Dornach).

Die Siedlungsentwicklung soll gestützt auf das revidierte Raumplanungsgesetz und den neuen kantonalen Richtplan an geeigneten Standorten und nach innen erfolgen und dem Kulturlandverlust Einhalt gebieten. Massnahmen: Siedlungen nach innen verdichten, Verfügbarkeit von Bauland erhöhen, unverbaute und naturnahe Landschaftsräume erhalten.

Als Kompensation des Verlustes von Kultur- und Naturraum sollen vermehrt naturnahe Lebensgrundlagen für Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Die Massnahmen erfolgen namentlich im Rahmen des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft, der verstärkten Ökologisierung der Landwirtschaft, der Bewilligung von Grossprojekten (Ersatzmassnahmen), in der nächsten Generation der Ortsplanungen sowie mit gezielten Revitalisierungsprojekten von Gewässern gemäss Revitalisierungsplanung nach der Gewässerschutzgesetzgebung.

Jahrhundertbauwerke wie die Flussverbauungen an Aare und Emme müssen erneuert werden. Lokale Engpässe bei den anderen Fliessgewässern sind nach Prioritäten zu beseitigen. Als Grundlage dienen die Gefahrenkarten der Gemeinden.

Gefahren für Umwelt und Menschen aufgrund der nicht fachgerechten Abfallentsorgung in der Vergangenheit müssen weiter gebannt werden. Belastete Standorte und Altlasten sind nach Prioritäten zu sanieren (insgesamt ca. 200 Standorte in der Legislaturperiode). Die technischen Untersuchungen und Sanierungsprojekte sind zu genehmigen und zu begleiten.

2.4 Massnahmen Bau- und Justizdepartement

5386	Neue Finanzierungsformen Verkehr prüfen				Ziel LP	B.1.1
Haushaltgleichgewicht wieder herstellen und Handlungsspielraum zurück gewinnen						
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2014	Soll-Termin	31. Dez 2019	Ist-Termin 25. Feb 2020
Amt	Departementssekretariat BJD					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5652	Bericht an Regierung, Variantenentscheid	31. Dez 2014	15. Feb 2015			
5653	RRB Mitwirkungsvorlage	31. Dez 2015	21. Jun 2016			
5989	Vernehmlassung	1. Jun 2016	30. Sep 2016			
5654	B+E z. Hd. KR	31. Dez 2019	25. Feb 2020	RRB 2020/271		
5614	Überprüfung Gesetzgebung ÖV					
Überprüfung der Gesetzgebung über den öffentlichen Verkehr						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2023	
Amt	Departementssekretariat BJD					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6549	RRB zu Stossrichtungen	31. Mär 2020	24. Apr 2020	RRB 2020/588		
6550	Vernehmlassung B+E	31. Dez 2020				
6551	Inkrafttreten	31. Dez 2023				
5711	Einführung elektronisches Baugesuchswesen					
Einführung einer Lösung zur elektronischen Abwicklung von Baugesuchen						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2020	Soll-Termin	31. Dez 2023	
Amt	Departementssekretariat BJD					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6965	KRB über Investitionen und Vorgehen	31. Dez 2020				

5387	Agglomerationsprogramme 3. Generation					Ziel LP	B.2.1
Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (3. Generation)							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Dez 2025		
Amt	Amt für Raumplanung						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5780	Massnahmen entwickeln	30. Jun 2015	30. Jun 2015				
5783	Vernehmlassung	31. Mai 2016	31. Mai 2016				
5784	RRB	30. Nov 2016	15. Nov 2016				
5785	Einreichung beim Bund	31. Dez 2016	15. Nov 2016	RRB Nr. 2016/1720 vom 27. Sept. 2016 (Basel) RRB Nr. 2016/1964 vom 15. Nov. 2016 (Aareland) RRB Nr. 2016/1965 vom 15. Nov. 2016 (Solothurn)			
6542	RRB: Stellungnahme zu B+E Bundesbeschluss	30. Apr 2018	24. Apr 2018	RRB Nr. 2018/611 vom 24.4.2018 (Basel, Aareland, Solothurn)			
6543	Abschluss Leistungsvereinbarung	30. Nov 2019	25. Nov 2019	liegt unterschrieben vor			
6962	Umsetzung Massnahmen	31. Dez 2025					

5649	Agglomerationsprogramme 4. Generation				
Start Erarbeitung der Agglomerationsprogramme der 4. Generation					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2019	Soll-Termin	15. Jun 2021
Amt	Amt für Raumplanung				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6749	Start	31. Dez 2019	1. Jan 2019		
6963	Massnahmen entwickeln und Vernehmlassung	31. Dez 2020			
6964	RRB und Einreichung beim Bund	15. Jun 2021			

5613	Breitenbach, MFK, Ersatz Laufen, Neubau					Ziel LP	B.3.3.7
Ersatzstandort Laufen							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2023		
Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6547	RRB, B+E	30. Sep 2020					
6946	Volksabstimmung	1. Mai 2021					
6556	Fertigstellung	31. Dez 2023					

5238 Flumenthal, Zentralgefängnis, Neubau					Ziel LP	B.3.3.6		
.								
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2015	Soll-Termin	30. Jun 2027			
Amt	Hochbauamt							
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine		Ist-Termine			Nachweis/Planung	
6756	Entscheid Wettbewerb	1. Jul 2021						
5823	RRB, B+E	1. Sep 2022						
6555	Volksabstimmung	1. Jun 2023						

5652	Oensingen, Stützpunkt Kantonspolizei, Neubau					
.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2019	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6788	Gestaltungsplan	31. Dez 2021				
6951	Wettbewerb	31. Dez 2022				
6952	Vorprojekt	1. Jul 2023				
6763	RRB, B+E	1. Sep 2023				
6764	Volksabstimmung	1. Mai 2024				
6765	Fertigstellung	31. Dez 2026				

5508 Oensingen, SVKZ (Anteil Kanton), Neubau

Projekt ASTRA; Anteil Kanton SO

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **30. Jun 2023**Amt **Hochbauamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6783	RRB, B+E	30. Sep 2020		
6949	Volksabstimmung	1. Mai 2021		

5633 Olten, BBZ, Turnhallen, Neubau

Ziel LP

B.3.5.3

Turnhallen für Sportunterricht, Ersatz Ist-Situation Giroud-Olma

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2019** Soll-Termin **30. Jun 2025**Amt **Hochbauamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6787	Standort-Evaluation	31. Dez 2020		

1133 Olten, Kantonsschule, Umbau/San.

Ziel LP

B.3.5.3

. Beschluss KRB 05.12.2012

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2005** Soll-Termin **31. Dez 2023**Amt **Hochbauamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1247	RRB / B+E	31. Dez 2012	5. Dez 2012	
749	Fertigstellung kleiner Trakt	31. Dez 2019	31. Dez 2019	
6553	Fertigstellung grosser Trakt	31. Dez 2021		
6554	Fertigstellung Umgebung	31. Jul 2022		

5461 Solothurn, BBZ, Turnhallen, Neubau

Ziel LP

B.3.5.3

Turnhallen für Sportunterricht in Gehdistanz zu den Berufsfachschulen, Solothurn

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2018** Soll-Termin **30. Jun 2026**Amt **Hochbauamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6786	Standort-Evaluation	31. Dez 2020		

1149 Solothurn, Bürgerspital, Neubau

Ziel LP

B.3.2.2

. Beschluss KRB 20.03.2012

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2006** Soll-Termin **30. Jun 2024**Amt **Hochbauamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
348	Wettbewerb durchgeführt	31. Dez 2008	31. Dez 2008	
351	Vorprojekt	31. Dez 2009	30. Sep 2010	
349	RRB, B+E (Kreditbotschaft)	31. Dez 2010	31. Dez 2011	
753	Erneute Bedarfsüberprüfung und Projektoptimierung	31. Dez 2011	31. Dez 2011	
755	Volksabstimmung	17. Jun 2012	17. Jun 2012	Vorlage angenommen
350	Fertigstellung Haus 1	31. Mär 2021		
6552	Fertigstellung Haus 2	31. Dez 2024		

5505 Solothurn, Hallenbad, Neubau

Ziel LP

B.3.5.3

. Status **Sistiert** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2021**Amt **Hochbauamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6760	RRB, B+E	1. Sep 2019	17. Sep 2019	Geschäft sistiert durch UMBAWIKO

5653	Solothurn, Kantonsschule, Umbau/San.				Ziel LP	B.3.5.3
	.					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2021	Soll-Termin	31. Dez 2029
	Amt	Hochbauamt				
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6766	Wettbewerb		30. Jun 2022			
6767	RRB, B+E		30. Jun 2023			
6768	Volksabstimmung		30. Jun 2024			
6769	Fertigstellung		31. Jul 2029			
5694	Solothurn, Rechenzentrum im VESO, Umbau/San.				Beschluss	KRB 06.11.2019
	Verwaltungsschutzbau (VESO)					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2021
	Amt	Hochbauamt				
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6953	RRB, B+E		1. Jul 2019	2. Jul 2019		
6954	Baubeginn		1. Jul 2020			
6955	Fertigstellung		30. Apr 2021			
5395	Solothurn, Rosengarten, Umbau/San.				Beschluss	KRB 19.12.2018
	Umnutzung als Verwaltungsgebäude					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2015	Soll-Termin	30. Jun 2022
	Amt	Hochbauamt				
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6754	RRB, B+E		23. Aug 2016	23. Aug 2016		
6781	Bundesgerichtsurteil		8. Mär 2018	8. Mär 2018	Beschwerde abgewiesen	
6782	RRB, B+E neu		25. Sep 2018	25. Sep 2018	Neuer KR-Beschluss	
6776	Start Umbau		1. Okt 2020			
6755	Fertigstellung		30. Jun 2022			
5709	Solothurn, Staatsarchiv, Neubau					
	.					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Sep 2019	Soll-Termin	31. Dez 2027
	Amt	Hochbauamt				
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6950	Wettbewerb		31. Dez 2021			
5507	Solothurn, Zentralbibliothek, Neubau				Ziel LP	B.3.6.2
	Gesamtsanierung und Aufstockung der Zentralbibliothek in Solothurn					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2022	Soll-Termin	31. Dez 2029
	Amt	Hochbauamt				
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6770	Wettbewerb		31. Dez 2023			
6771	RRB, B+E		30. Jun 2025			
6772	Volksabstimmung		31. Dez 2025			
6773	Fertigstellung		31. Dez 2029			

5450	Wangen b/O, MFK (Ersatz Olten), Neubau					Ziel LP	B.3.3.7
	Ersatzstandort Olten					Beschluss	KRB 18.12.2019
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2022	
	Amt	Hochbauamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6758	RRB, B+E		1. Sep 2019	24. Sep 2019			
6759	Volksabstimmung		27. Sep 2020				
6947	Baubeginn		1. Okt 2021				
6948	Fertigstellung		1. Aug 2022				

5462	Wangen b./O, Werkhof, Neubau							
	Ersatzbau Werkhof Härkingen						Beschluss	KRB 20.03.2018
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2017	Soll-Termin	30. Jun 2021		
	Amt	Hochbauamt						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6753	RRB, B+E		31. Okt 2017	31. Okt 2017				
6774	Gestaltungsplan		1. Mai 2019	28. Mai 2019				
6775	Baubeginn		1. Jun 2020					
6945	Fertigstellung		31. Mai 2021					

1155	Olten, Entlastung Region Olten					Ziel LP	B.1.4.2	
	Entlastung Region Olten, Fertigstellung					Beschluss	2TK.00342/KRB	
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2021	Ist-Termin	24. Apr 2013
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
356	Baubeginn		31. Dez 2008	31. Aug 2008				
357	Inbetriebnahme		31. Dez 2013	24. Apr 2013				
358	Bauabrechnung		31. Dez 2024					

5157	Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsan. Phase 1					Ziel LP	B.1.4	
	Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsanierung inkl. Kunstbauten Phase 1					Beschluss	3TK.01075/KRB	
	Status	In Arbeit	Start-Datum	17. Mär 2014	Soll-Termin	31. Dez 2022	Ist-Termin	31. Dez 2022
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5400	Baubeginn		1. Mär 2014	17. Mär 2014				
5401	Inbetriebnahme		31. Jul 2018	31. Jul 2018				
5403	Bauabrechnung		31. Dez 2020					

Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsan. Phase 2					Ziel LP	B.1.4
Kienberg, Saalstrasse, Gesamtsanierung inkl. Kunstbauten Phase 2					Beschluss	3TK.01334/KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	4. Jun 2018	Soll-Termin	31. Dez 2022	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5953	Baubeginn	4. Jun 2018	4. Jun 2018			
5954	Inbetriebnahme	31. Dez 2022				
5955	Bauabrechnung	31. Dez 2023				

5145	Mümliswil-Ramiswil, Passwangstrasse Phase 1					Ziel LP	B.1.4	
	Mümliswil-Ramiswil u. Beinwil, Passwangstr. Nord, Gesamtanierung Phase 1					Beschluss	3TK.01076/KRB	
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2015	Soll-Termin	31. Dez 2021	Ist-Termin	31. Dez 2019
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5404	Vorarbeiten		1. Jun 2015	1. Jun 2015	Steinschlagschutz / Schutzwaldholzerei			
5821	Baubeginn		1. Mär 2016	1. Mär 2016				
5406	Inbetriebnahme		31. Dez 2019	31. Dez 2019				
5414	Bauabrechnung		31. Dez 2020					

5148	Eppenberg-Wöschnau, SBB-Überführung				Ziel LP	B.1.4	
	Eppenberg-Wöschnau, Schachenstrasse, Erneuerung SBB-Überführung				Beschluss	3TK.01146/KRB	
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Aug 2015	Soll-Termin	31. Mai 2018	Ist-Termin	31. Mai 2018
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5411	Baubeginn	1. Aug 2015	1. Aug 2015				
5412	Inbetriebnahme	31. Mai 2018	31. Mai 2018				
5413	Bauabrechnung	31. Mai 2019	31. Mär 2019				

5196	Luterbach-Zuchwil Ersatz Emmebrücken				Ziel LP	B.1.4
	Luterbach/Zuchwil, Ersatz Emmebrücken				Beschluss	3TK.01284/KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2018	Soll-Termin	1. Jun 2021	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6482	Baubeginn	1. Okt 2018	1. Okt 2018			
6484	Inbetriebnahme	1. Jun 2021				
6483	Bauabrechnung	31. Dez 2021				

5562	Mümliswil-Ramiswil, Scheltenstrasse				Ziel LP	B.1.4
	Mümliswil-Ramiswil, Scheltenstrasse, Strassenverlegung mit Lawinen-+Steinschlagschutz				Beschluss	3TK.01285/KRB
Status	In Arbeit	Start-Datum	19. Feb 2018	Soll-Termin	1. Jul 2021	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6477	Baubeginn	19. Feb 2018	19. Feb 2018			
6478	Inbetriebnahme	1. Jul 2021				
6479	Bauabrechnung	31. Dez 2021				

Derendingen, Hauptstrasse, Umgestaltung					Ziel LP	B.1.4
Derendingen, Hauptstrasse, Strassensanierung						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Sep 2019	Soll-Termin	31. Dez 2024	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5964	Baubeginn	1. Sep 2019	1. Sep 2019			
6475	Inbetriebnahme	31. Dez 2024				
6476	Bauabrechnung	31. Dez 2025				

5682	Erschwil, Passwangstr., Ersatz Lange Brücke				
	Erschwil, Passwangstrasse, Ersatz Lange Brücke				
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2020	Soll-Termin	31. Dez 2022
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6839	Baubeginn	1. Mär 2020	1. Mär 2020		
6840	Inbetriebnahme	31. Aug 2021			
6841	Bauabrechnung	31. Dez 2021			

Breitenbach, Passwangstrasse, Strassensan.				Ziel LP	B.1.4
Breitenbach, Passwangstrasse, Strassensanierung					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Apr 2021	Soll-Termin	1. Okt 2023
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6501	Baubeginn	1. Apr 2021			
6487	Inbetriebnahme	1. Okt 2023			
6486	Bauabrechnung	31. Aug 2024			

5564	Kienberg, Anwilerstrasse, Strassensanierung					Ziel LP	B.1.4
Kienberg, Anwilerstrasse, Strassensanierung							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Sep 2020	Soll-Termin	1. Jul 2025		
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6481	Baubeginn	1. Sep 2021					
6504	Inbetriebnahme	1. Jul 2025					
6505	Bauabrechnung	31. Jul 2026					

5563	Niedergösgen, Haupt-/Oltnerstrasse, Sanierung					Ziel LP	B.1.4
Niedergösgen, Haupt-/Oltnerstrasse, Sanierung							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	31. Dez 2026		
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6480	Baubeginn	1. Apr 2021					
6502	Inbetriebnahme	1. Jul 2025					
6503	Bauabrechnung	31. Dez 2026					

5490	Balsthal, Verkehrsanbindung Thal				Ziel LP	B.1.4.2
Balsthal, Verkehrsanbindung Thal (Erschliessungsplan)						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2020	Soll-Termin	31. Dez 2029	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5969	Planerische Vorabklärungen	30. Jun 2010	30. Jun 2010			
5970	Mitwirkungsverfahren	1. Jun 2015	31. Dez 2015			
5971	Bauprojekt	1. Jun 2016	1. Jan 2016			
5973	Öffentliches Planungs- und Genehmigungsverfahren	1. Sep 2017	30. Nov 2017			
5974	Finanzierungsvorlage	31. Dez 2020				
5975	Ausführungsprojekt	1. Nov 2021				
5976	Baubeginn	1. Sep 2022				

Egerkingen, Oltnerstr., Dorfeingang Ost						
Umgestaltung und Sanierung Egerkingen, Oltnerstrasse, Dorfeingang-Ost, Gebiet Winterlen						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2020	Soll-Termin	31. Dez 2023	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6836	Baubeginn	1. Okt 2020				
6837	Inbetriebnahme	1. Jun 2022				
6838	Bauabrechnung	31. Dez 2023				

Büsserach, Passwangstrasse, Strassensan.				Ziel LP	B.1.4
Büsserach, Passwang-Breitenbachstrasse, Sanierung inkl. Gehwege					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Apr 2021	Soll-Termin	31. Dez 2024
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6489	Baubeginn	1. Apr 2021			
6491	Inbetriebnahme	1. Okt 2023			
6490	Bauabrechnung	31. Aug 2024			

5486	Beinwil, Passwangstrasse, Phase 2				Ziel LP	B.1.4
Beinwil, Passwangstrasse Nord, Gesamtsanierung Phase 2						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mär 2020	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5956	Vorarbeiten	1. Jan 2017	1. Jun 2017	Schutzwald- / Sicherheitswaldholzerei Neuhüsli - Serpentinaen plus		
5957	Baubeginn	1. Mär 2021				
5958	Inbetriebnahme	31. Dez 2026				
5959	Bauabrechnung	31. Dez 2027				

5646	Neuendorf, Dorfstr., San.+Gehwegausbau					Ziel LP	B.1.4
Neuendorf, Dorfstrasse, Strassensanierung und Gehwegausbau							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mär 2020	Soll-Termin	31. Dez 2023		
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6733	Baubeginn	1. Okt 2020					
6734	Inbetriebnahme	31. Dez 2023					
6735	Bauabrechnung	31. Dez 2024					

5684	Oensingen, Autobahnzubringer A1				
Vollanschluss VEBO Nord Strassenausbau, Oensingen, Autobahnzubringer A1					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2024	Soll-Termin	31. Dez 2026
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6845	Baubeginn	1. Jun 2021			
6846	Inbetriebnahme	1. Jun 2023			
6847	Bauabrechnung	31. Dez 2023			

5685	Schönenwerd, Oltner-, Aarauer-, Gösgerstr., San.				
Sanierung Zentrumsdurchfahrt, Schönenwerd, Oltner-, Aarauer-, Gösgerstrasse					
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	31. Dez 2025
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
6848	Baubeginn	1. Jan 2022			
6849	Inbetriebnahme	31. Dez 2025			
6850	Bauabrechnung	1. Jun 2026			

5628	Olten, Trimbacherbrücke+Knoten Gösgerstr.				Ziel LP	B.1.4
Olten, Trimbacherbrücke und Knoten Gösgerstrasse						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2022	Soll-Termin	31. Mai 2024	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6730	Baubeginn	1. Okt 2022				
6731	Inbetriebnahme	31. Mai 2024				
6732	Bauabrechnung	31. Dez 2024				
5488	Dornach, Zubringer Dornach/Aesch an die H18				Ziel LP	B.1.4.2
Dornach, Umfahrung						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2023	Soll-Termin	31. Dez 2027	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5965	Vorprojekt	18. Okt 2013	18. Okt 2013			
5966	Bauprojekt	1. Mär 2023				
5365	Solothurn, Baselstrasse San. und Umgestaltung				Ziel LP	B.1.4
Solothurn, Baselstrasse						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mär 2023	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6495	Baubeginn	1. Mär 2023				
6497	Inbetriebnahme	31. Dez 2024				
6496	Bauabrechnung	31. Dez 2025				
Subingen, Luzernstrasse, San. und Umgest.					Ziel LP	B.1.4
Subingen, Luzernstrasse, Sanierung Kreisel Bahnhof						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2024	Soll-Termin	31. Dez 2027	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6492	Baubeginn	1. Mär 2023				
6494	Inbetriebnahme	1. Jun 2025				
6493	Bauabrechnung	31. Dez 2026				
5487	Olten, Bahnhofplatz				Ziel LP	B.1.4.2
Olten, Umgestaltung Bahnhofplatz						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5960	Vorprojekt	1. Jan 2021		Betriebs- und Gestaltungskonzept		
5961	Bauprojekt	1. Jan 2022				
5962	Inbetriebnahme	1. Jul 2028				
5963	Bauabrechnung	31. Dez 2029				
5632	Trimbach, Hauensteinstr., Strassensan./Hangs.+Schutzb.				Ziel LP	B.1.4
Trimbach, Hauensteinstrasse, Strassensanierung inklusive Hangsicherung und Schutzbauten						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Apr 2021	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6724	Baubeginn	1. Apr 2021				
6725	Inbetriebnahme 1. Abschnitt	31. Dez 2024				
6726	Bauabrechnung	31. Dez 2025				

5688 Erlinsbach, Hauptstrasse, San. und Umgest.

Strassensanierung und Umgestaltung, Sanierung Erzbach, Erlinsbach, Hauptstrasse

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2023** Soll-Termin **31. Aug 2026**Amt **Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6857	Baubeginn	1. Mär 2024		
6858	Inbetriebnahme	31. Aug 2026		
6859	Bauabrechnung	31. Dez 2026		

5156 HWS/Revitalisierung Aare, Olten-Aarau

Ziel LP B.2.2.1

Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen an der Aare zwischen Olten und Aarau Beschluss VB 09.06.2013

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2023**Amt **Amt für Umwelt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
498	Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	31. Dez 2012	31. Dez 2012	KRB vom 26.02.2013, SGB 198/2012
765	Volksabstimmung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	9. Jun 2013	9. Jun 2013	Verpflichtungskredit vom Volk am 9. Juni 2013 angenommen
499	Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität	30. Apr 2019	30. Apr 2019	Die Bauarbeiten des 4. und letzten Loses (Niedergösgen und Schönenwerd) befinden sich auf Kurs und werden bis Ende April 2019 abgeschlossen sein.
6248	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2023		Nachfolgebewirtschaftung der Dämme und des Uferbereiches mit der Rekultivierung des Landwirtschaftslandes.

5154 HWS/Revitalisierung Emme, ab Wehr Biberist, Realisierung

Ziel LP B.2.2.1

Realisierung Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung Beschluss VB 28. Feb 2016

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **31. Dez 2025**Amt **Amt für Umwelt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6251	Sanierung Deponien abgeschlossen	30. Jun 2018	31. Mär 2018	Die Sanierung der Bioschlammdeponie und der Deponien Schwarzweg und Rüti wurden im März 2018 abgeschlossen.
495	Realisierung Wehr Biberist - Aare	31. Dez 2022		Mit den ersten Arbeiten wurde anfangs März 2016 begonnen. Spatenstich: 8. April 2016
6252	Wasserbau abgeschlossen	31. Dez 2022		Nach dem Abschluss der Deponie-Sanierungen wurden ab April 2018 die eigentlichen Wasserbauarbeiten in Angriff genommen.
6253	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2023		

5483 HWS/Revit. Dünnern Oensingen - Olten

Ziel LP B.2.2.1

Vorstudien, Planung, Projektierung und Realisierung von Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen entlang der Dünnern Beschluss KRB 08.12.2015

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2016** Soll-Termin **31. Dez 2032**Amt **Amt für Umwelt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5944	Vorstudie Oensingen-Oberbuchsiten	31. Dez 2016	28. Feb 2017	Es wurde eine umfassende Vernehmlassung zur Vorstudie durchgeführt. Die Vorstudie wird plausibilisiert und weitere Lösungsmöglichkeiten evaluiert.
5945	Projektierung Herbetswil	30. Sep 2020		Die Projektauflage erfolgt im 1. Semester 2019.
5946	Baubeginn Herbetswil	1. Jan 2021		
5947	Realisierung und Abschluss Herbetswil	31. Dez 2022		
6254	Projektierung Oensingen-Olten	31. Dez 2025		Eventuell werden die Massnahmen in Oensingen vorgezogen.
6255	Baubeginn Oensingen-Olten	1. Jan 2026		Für die Vergleichbarkeit der Varianten wurde der Projektperimeter bis Olten ausgedehnt.
6256	Realisierung und Abschluss Oensingen-Olten	31. Dez 2032		Realisierung etappenweise, Abschluss des Projektes offen.

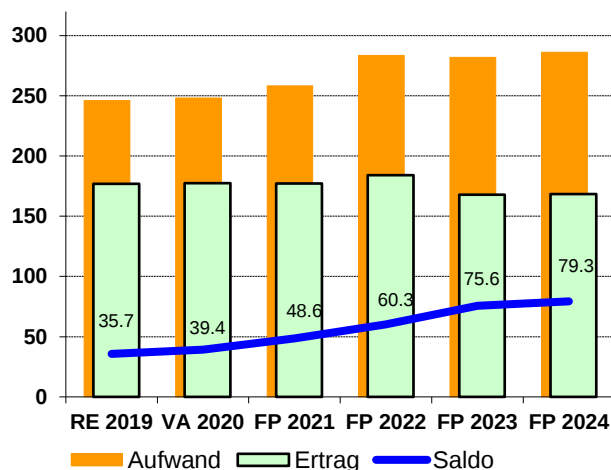
1182 Schwermetallsanierung Schiessanlagen					Ziel LP	B.2.2.2
Schwermetallsanierung Schiessanlagen					Beschluss	RG 0088/2017
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Dez 2038	
Amt	Amt für Umwelt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
373	Einbau Kugelfänge	31. Dez 2013	31. Dez 2013	Abgeschlossen		
5656	B+E z. Hd. KR (gesetzliche Grundlage)	31. Dez 2017	1. Jan 2018	Das seit dem 1. Januar 2018 gültige, revidierte GWBA regelt die Kostentragung. Nach Abzuge der Bundesbeiträge trägt der Kanton sämtliche Kosten.		
5657	Abschluss der Sanierungsarbeiten	31. Dez 2038		Nach der Voruntersuchung und Planung 2018 wird im Sommer 2019 mit der Sanierung von 13 Anlagen in der Pilotregion Wasseramt begonnen.		

5550 Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Stadt Olten						
Publikation						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6260	Publikation	31. Dez 2026				

5551 Dauerausstellung Archäologie im Haus der Museen in Olten						
Ausstellungserneuerung						
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2019	Ist-Termin 23. Nov 2019
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6261	Ausstellungseröffnung	30. Nov 2019	23. Nov 2019	Eröffnung Haus der Museen		

Finanzen in Mio. Franken Bau - und Justizdepartement

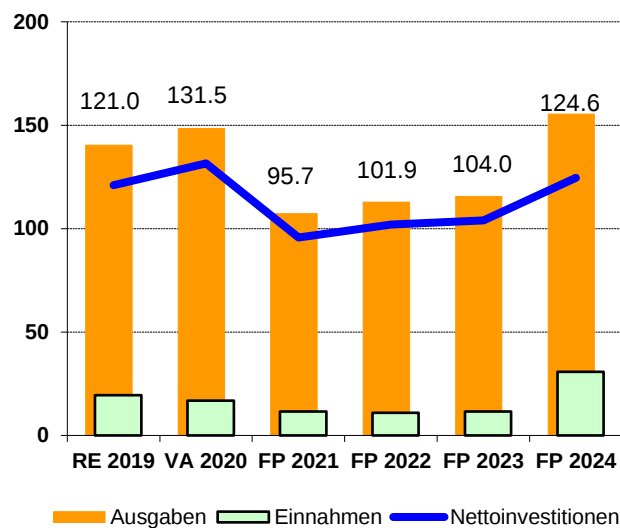
Erfolgsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Globalbudgets						
Aufwand	166.2	170.8	175.4	178.6	179.3	180.1
Ertrag	-58.2	-56.4	-56.5	-57.1	-56.7	-57.0
Globalbudgetsaldo	108.0	114.4	118.9	121.5	122.6	123.1
Verrechnungen	-29.3	-27.5	-28.0	-27.8	-28.4	-28.2
Saldo	78.7	86.9	90.9	93.7	94.2	94.9
Finanzgrössen						
Aufwand	79.9	77.4	82.8	104.8	102.6	106.1
Ertrag	-118.7	-121.0	-120.6	-127.1	-111.3	-111.6
Verrechnungen	-4.2	-3.9	-4.5	-11.1	-9.9	-10.1
Saldo	-43.0	-47.5	-42.3	-33.4	-18.6	-15.6
Saldo total	35.7	39.4	48.6	60.3	75.6	79.3



Während die Saldi der Globalbudgets im Bau- und Justizdepartement in ihrer Summe leicht anwachsen, muss im Bereich der Finanzgrössen mit grösserem Mehraufwand gerechnet werden.

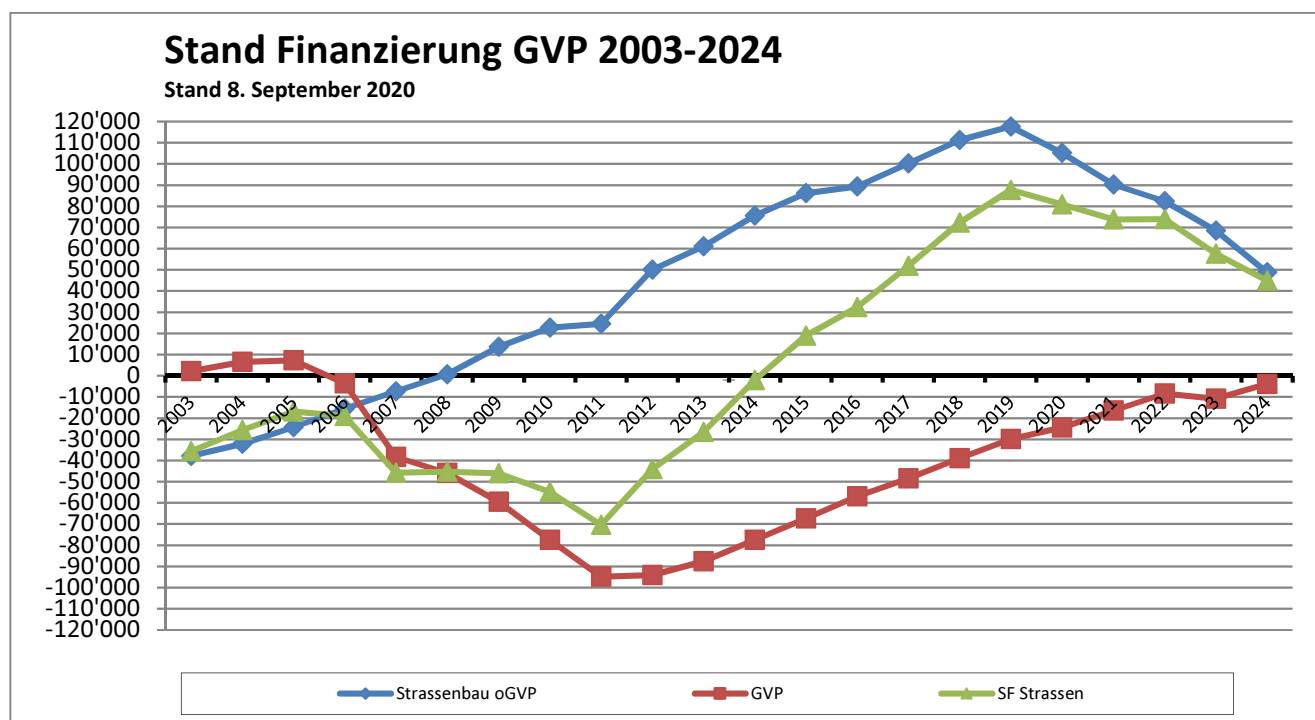
Im Bereich der Globalbudgets fällt ein höherer Aufwand an. Dieser setzt sich unter anderem aus höheren Personalkosten (u.a. Staatsanwaltschaft), höherem Gebäudeunterhalt sowie höheren Abgeltungen bei den öffentlichen Transportunternehmungen zusammen. Der Saldo der Finanzgrössen verschlechtert sich massgeblich durch höheren Aufwand bei der Bearbeitung von Altlasten («Stadtmist») sowie höheren Abschreibungen beim Strassenbau. Die internen Verrechnungen sind unter anderem abhängig von den Zuweisungen der LSWA-Gelder in den Strassenbaufonds bzw. die Strassenrechnung.

Investitionsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Total						
Ausgaben	140.4	148.3	107.3	112.8	115.6	155.4
Einnahmen	19.4	16.8	11.6	10.9	11.6	30.8
Nettoinvestitionen	121.0	131.5	95.7	101.9	104.0	124.6
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Spitalbauten	60.9	45.4	7.5	10.5	23.5	24.5
Hochbau: Bildungs- und allg. Bauten	27.4	30.8	33.0	34.3	24.2	42.3
Hochbau: Motorfahrzeugkontrolle	0.7	4.5	7.3	10.9	0.5	0.0
Kantonsstrassenbau	29.5	47.5	44.0	44.0	54.0	52.5
Öffentlicher Verkehr	0.8	-0.7	-0.8	-0.8	-0.7	-0.5
Umwelt: Wasserbau	3.0	3.8	4.5	2.8	2.3	5.6



Der Plafond von durchschnittlich 125 Mio. Franken für Nettoinvestitionen kann für die Finanzplanjahre 2021-2024 eingehalten werden. Mit dem Abschluss der ersten Phase des Bürgerspitals Solothurn und der zunehmenden Fertigstellung der grossen Wasserbauprojekte ergibt sich eine vergleichsweise tiefe Investitionstätigkeit. Verschiedene Grossprojekte im Strassen-, Hoch- und Wasserbau gelangen voraussichtlich ab dem Jahr 2024 in Ausführung.

Entwicklung Strassenbaurechnung



Die prognostizierten Werte sind nach dem heutigen Wissensstand übernommen.

Gemäss dem Massnahmenplan 2013 sind die Investitionen im BJD auf rund 125 Mio. Franken plafoniert (netto). Grosse laufende Vorhaben, wie insbesondere der Spitalneubau, hatten somit zur Folge, dass grössere anstehende Kantonsstrassenprojekte entsprechend später realisiert werden. Die Bruttoinvestitionen steigen ab dem Jahr 2020 an. Dies aufgrund anstehender grösserer Sanierungsprojekte mit Baubeginn ab 2020 sowie der Verkehrsanbindung Thal mit voraussichtlichem Baubeginn 2023. Auf der Einnahmeseite ist die per 1. Januar 2019 gesetzlich in Kraft getretene Beitragsbefreiung der Gemeinden an die Kosten des Kantonsstrassenbaus resp. die entsprechende Einnahmenminderung berücksichtigt.

Für die Jahre 2019 bis 2021 ist der Anteil der Zuweisung der LSVA-Einnahmen im Rahmen des Budgetprozesses auf 50 % reduziert worden. Ab dem Jahr 2022 werden wiederum 100 % der Einnahmen budgetiert. Der verbindliche Beschluss erfolgt jährlich durch den Kantonsrat.

Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn / Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15 % erhoben. Der Zuschlag entfällt, sobald die dem Kanton anfallenden Projektkosten durch den Zuschlag gedeckt sind, spätestens aber nach 20 Jahren, d.h. im Jahr 2022.

1 Departement für Bildung und Kultur

1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen sollen die gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnisse aufnehmen und entsprechend weiter entwickeln. Das Bildungsangebot soll dabei möglichst landesweit harmonisiert werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben. Der Kanton beteiligt sich an den Besoldungskosten. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sonderpädagogik und der Sekundarstufe II. Die Einwohnergemeinden beteiligen sich vorläufig bis zum 31.7.2022 mit einem Schulgeld an den sonderschulischen Angeboten gemäss § 37bis Volksschulgesetz, VSG (Unterricht in Sonderschulen, ISM, heilpädagogische und therapeutische Stützmassnahmen, behinderungsbedingte ausser schulische Betreuung, behinderungsbedingte Schulheimaufenthalte, behinderungsbedingte Schülertransporte und ausserkantonale Schulung gemäss der interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen [IVSE] vom 20.9.2002). In Zukunft sollen für das ganze Leistungsfeld die zu erbringenden Leistungen und die daraus resultierenden Kosten aus einer (kantonalen) Hand erfolgen. Diese Umstellung umfasst ein Transfervolumen von den Einwohnergemeinden zum Kanton von rund 20 Mio. Franken. Die Klärung der Entflechtungen und Aufgabenzuweisung wird mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) gemeinsam angegangen. Eine konsensfähige Lösung dazu wird innerhalb einer Frist von vier Jahren erwartet. Der Absatz 1bis wonach sich die Einwohnergemeinden mit einem Schulgeld an den Angeboten gemäss § 37bis beteiligen, wurde deshalb rechtlich als Auslaufklausel ("Sunset Clause") in Kraft gesetzt. Sollte innert der vierjährigen Frist dem Kantonsrat keine solche Lösung zur Beschlussfassung vorgelegt werden, kann der Kantonsrat die Geltungsdauer der "Sunset Clause" einmalig um weitere vier Jahre, d.h. bis 31.7.2026 verlängern, was den Anreiz aufrechterhält, eine politische Lösung für die angestrebte Finanzierungsentflechtung im Bereich der Sonderschulung zu finden.

Die Bildungsangebote der Tertiärstufe werden vom Kanton teils geführt, teils mit Schulgeldern mitfinanziert.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

3.4 Bildungspotenziale fördern und -barrieren abbauen

- 3.4.1 Die duale Berufsbildung weiter stärken, Übergänge optimieren und durchlässig machen
- 3.4.2 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz weiter entwickeln
- 3.4.3 Qualität und Angebot der gymnasialen Bildung sichern

3.5 Informatische Bildung ausbauen

- 3.5.1 '1:1 Computing' an der Volksschule einführen
- 3.5.2 Informatik-Strategie Sekundarstufe II implementieren
- 3.5.3 Zweckmässige Infrastrukturen für die kantonalen Schulen sichern

3.6 Kulturelle Vielfalt pflegen

- 3.6.1 Stärkung der kulturellen Partnerschaften
- 3.6.2 Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) infrastrukturell und konzeptionell stärken

1.3 Politische Ziele und Leistungen

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- laufende Optimierungen des Übergangs Schule / Berufswelt.

Mit der Einführung der Schülerpauschalen konnte der indirekte Finanzausgleich abgeschafft werden, was zu einer Kostentransparenz führte. Die Steuerung des Bildungssystems muss aufgrund der Wirksamkeit weiter entwickelt werden (Vergleichbarkeit der Schulen herstellen/Einführung von Leistungsmessungen [Checks]). Der zweite Bildungsbericht Schweiz wurde vorgelegt. Er ist ein Produkt des langfristig angelegten Bildungsmonitorings, das Bund und Kantone in Ausführung von Artikel 61 a Absatz 1 der Bundesverfassung lanciert haben. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidungsträgern faktengestützte Grundlagen liefert für die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und ihre Investitionen in das Bildungswesen.

Die Ziele der Fachhochschule Nordwestschweiz sind im vierkantonalen Leistungsauftrag festgehalten. Dieser wird für die Jahre 2021-2024 erneuert (RRB Nr. 2020/817 vom 2.6.2020). Die Fachhochschule erstattet jährlich zuhänden des Kantonsrates Bericht.

Als Quelle des Austauschs, der Erneuerung, der Kreativität, der persönlichen Entfaltung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind das kulturelle Erbe und die kulturelle Vielfalt für Mensch und Gesellschaft wichtig und bedeutsam. Der Kanton soll sich deshalb für konkrete Projekte der Kulturförderung, der Kulturpflege und der Kulturvermittlung gezielt und weitsichtig engagieren. Die strategischen Ziele und Massnahmen werden in einem Kulturleitbild festgehalten.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung im Bereich der Gesundheitsförderung, der Prävention und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist evident. Die Sportfachstelle erfüllt im Rahmen von Jugend und Sport Vollzugs- und Koordinationsaufgaben. Darüber hinaus soll in Kooperation mit Bund, Gemeinden, Schulen, Sportvereinen und anderen Organisationen der Breitensport aktiv gefördert und mitgestaltet werden.

Der Bericht zum Projekt "Neuer Finanzausgleich Kirchen im Kanton Solothurn" wurde mit RRB Nr. 2017/1226 am 4.7.2017 genehmigt und der Kantonsrat hat das Gesetz über den Finanzausgleich der Kirchgemeinden (FIAG KG) mit Beschluss Nr. 0149a/2018 am 19.3.2019 verabschiedet. Die gesetzlich festgelegten und bisher vom DBK ausgerichteten Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen werden unverändert rund 1,0 Mio. Franken jährlich betragen.

1.4 Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

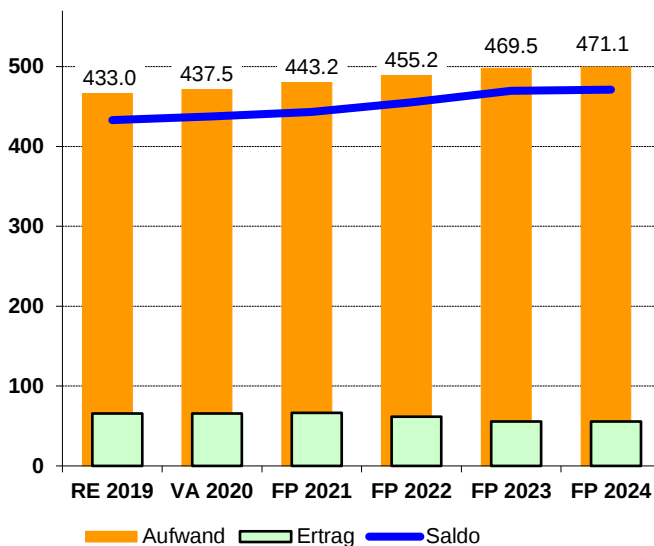
714	Bildungsraum Nordwestschweiz					Ziel LP	B.1.4.2.
	Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E					Beschluss	RRB 2017/1827
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2021	
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6706	Umsetzung der Projekte gemäss Regierungsvereinbarung RRB Nr. 2017/1827 vom 31.10.2017.		31. Dez 2019	31. Dez 2019	Die Projekte werden planmässig umgesetzt.		
6454	Die institutionelle Akkreditierung bis spätestens Ende 2022 ist gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz HFKG Voraussetzung für die Bezeichnung als Hochschule und für die Finanzierung durch den Bund. Die FHNW strebt diese im Jahr 2020 an.		31. Dez 2020				
696	HarmoS					Ziel LP	B.1.4
	HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9.Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen.					Beschluss	RRB 2009/2450
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2017	Ist-Termin 31. Aug 2018
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6448	Die Ergebnisse zu den Grundkompetenzen in der Erstsprache Deutsch und in der Fremdsprache Französisch werden im 4. Quartal 2018 veröffentlicht.		31. Aug 2018	31. Aug 2018	Gemäss Planung der Erziehungsdirektorenkonferenz wurden die Ergebnisse im Sommer 2019 veröffentlicht.		
986	Lehrplan 21					Ziel LP	B.1.4.1
	Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsschranken.					Beschluss	RRB 2010/931
	Status	Erledigt	Start-Datum	4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2018	Ist-Termin 31. Jul 2018
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5743	Weiterbearbeitung gemäss kantonaler Planung.		31. Jul 2018	31. Jul 2018	Der Lehrplan wurde eingeführt.		
5543	Sonderpädagogik						
	Die im Nachgang zur Kantonalisierung der heilpäd. Sonderschulen eingeläutete Konsolidierung des Platzangebotes ist voranzutreiben. Die kant. Steuerung soll bis ca. 2020 im Rahmen der Angebotsplanung 2020ff noch stärker wahrgenommen werden.						
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2020	
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6709	Im Rahmen des Projektes Optimierung Sonderschulen (OptiSO+) werden das Pauschalmodell, die Angebotsplanung sowie die Qualitätsprozesse erarbeitet. Der Schlussbericht soll im Dezember 2019 vorliegen.		31. Dez 2019	31. Mär 2020	Der Schlussbericht wurde erarbeitet und mit RRB Nr. 2020/523 vom 31.3.2020 durch den Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Die Projektorganisation wurde aufgelöst und das weitere Vorgehen wurde beschlossen.		
6904	Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung der Planung gemäss Schlussbericht. Die Ausschreibung der Angebote wird vorbereitet.		31. Dez 2020				
5546	Förderung Kinder im Vorschulalter						
	Projekt mit vier Pilotgemeinden zur Deutschförderung vor dem Kindergarten. Es handelt sich um ein Projekt des Amtes für soziale Sicherheit. Das Volksschulamt ist in der Begleitgruppe						
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021	
	Amt	Volksschulamt					
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6710	Mitarbeit innerhalb der Projektstruktur des Ddl.		31. Dez 2019	31. Dez 2019	Die Arbeiten schreiten planmässig voran.		
6936	Projektabschluss per 31.12.2020.		31. Dez 2020				

5591	'1:1 Computing' an der Volksschule einführen				Ziel LP	B 3.5.1
	Alle SchülerInnen von der 3. Primarschulklasse bis Ende Sekundarstufe I sind mit einem eigenen mobilen Computer nach den Vorgaben der Schulstufe ausgerüstet und nutzen diesen als persönliches Schulmaterial.				Beschluss	RRB 2017/1803
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021
	Amt	Volksschulamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6711	Aufbau Netzwerk Profilschulen (lernen voneinander); Planung Fachtagung informatische Bildung für alle Schulen "Good Practice" ist ein Schwerpunkt der Weiterbildungsplanung des Instituts für Weiterbildung (IWB) der FHNW.	31. Dez 2019	31. Dez 2019	Die Fachtagung fand im Mai statt, Aufbau der Profilschulen ist erfolgt, ebenso wurde die Plattform sonetwork eingerichtet.		
6906	Aufbau eines physischen Netzwerkes mit Schulen, Anbietern von Soft- und Hardware und Weiterbildung.		31. Dez 2020			
5469	Beschaffung der kantonalen Schulverwaltungssoftware Projekt KASCHUSO				Ziel LP	B.1.2
	Ersatz der bestehenden Schulverwaltungssoftware durch eine neue, technisch aktuelle. Die neue Software soll als einzige strategische Schulverwaltungssoftware für alle kantonalen Schulen im AIO betrieben werden.				Beschluss	SGB 194/2014
	Status	Erledigt	Start-Datum	16. Dez 2014	Soll-Termin	31. Dez 2017
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen			Ist-Termin	31. Dez 2017
					Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6204	Erfolgreiche Migration und Einführung an Berufsbildungszentren ist abgeschlossen.	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Die Einführung wurde per Ende Oktober 2017 an allen BBZ (inkl. EBZ/HF) sowie Wallierhof abgeschlossen. Die Applikation wurde in den Produktivbetrieb überführt.		
5544	Informatikstrategie kantonale Schulen Sekundarstufe II				Ziel LP	B.3.5.2
	Informatikstrategie Sekundarstufe II implementieren.				Beschluss	RRB 2017/521
	Status	In Arbeit	Start-Datum	21. Mär 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6712	Erarbeitung Studie für einen breitbandigen gemeinsamen Internetanschluss. Normative Vorgaben für Standards definieren.	31. Dez 2019	31. Dez 2019	Vertrag für gemeinsamen Internetanschluss läuft ab 1.12.2019. Die Schulen werden ab diesem Zeitpunkt stufenweise umgestellt. Nutzungsreglement für Lernende und Lehrpersonen, Geräte-Empfehlungen sowie weitere Empfehlungen erlassen.		
6907	Awareness Kampagnen Lehrpersonen/SchülerInnen und Erarbeitung einer Verbindlichkeitserklärung sowie Umsetzung der Minimalstandards für alle Schulen im Zusammenhang mit der Prävention vor der Cyberkriminalität.		31. Dez 2020			
5595	Duale Berufsbildung weiter stärken, Übergänge optimieren+durchlässig machen				Ziel LP	B. 3.4.1
	Alle im Kanton niedergelassenen Jugendliche und Erwachsene erwerben einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Abschluss auf der Sek II Stufe mit einem Anschluss an die Tertiärstufe. Für Personen ohne Berufsabschluss werden gezielte Angebote geschaffen.				Beschluss	RRB 2017/1803
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6453	Konsolidierung Lehrgang "Passerelle Berufsmaturität - Fachmaturität - universitäre Hochschulen"; Überführung des vierjährigen Schulversuchs in ein Definitivum.	31. Jul 2019	31. Jul 2019	Mit RRB Nr. 2018/1635 vom 22.10.2018 wurde die Verordnung über die Passerellenverordnung beschlossen und per 1.8.2019 in Kraft gesetzt. Erledigt.		
6908	Förderung der Berufsabschlüsse Erwachsene.		31. Dez 2020			

5592	Qualität und Angebot der gymnasialen Bildung sichern				Ziel LP	B.3.4.3
	Festlegung von basalen fachlichen Kompetenzen für allg. Studierfähigkeit in Erstsprache und Mathematik im kant. Lehrplan für das Gymnasium. Überführung des Schulversuchs "Schwerpunktfach Englisch" in ein Definitivum auf ganzem Kantonsgebiet.				Beschluss	RRB 2017/1803
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6455	Überprüfung Deutsch und Mathematik im Lehrplan Gymnasium.	31. Dez 2019	31. Dez 2019	Gezielter Einbezug der basalen fachlichen Kompetenzen für allgemeine Studierfähigkeit gemäss Rahmenlehrplan EDK ist erfolgt.		
6912	Implementierung der basalen fachlichen Kompetenzen für allgemeine Studierfähigkeit im Unterricht.	31. Dez 2020				
5593	Zweckmässige Infrastrukturen für die kantonalen Schulen sichern				Ziel LP	B.3.5.3
	Gesamtsanierung der Kantonsschule Olten und die Sanierung des BBZ Olten und der Kantonsschule Solothurn gem. Investitionsprogramm des Hochbauamtes realisieren und die Durchführung des Sportunterrichts auf der Sek II Stufe langfristig sichern.				Beschluss	RRB 2017/1803
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6459	Konzept langfristige Nutzung Turn-/Sporthalle Sekundarstufe II (Olten/Solothurn) gem. Hochbauamt erarbeiten.	31. Dez 2019	31. Dez 2019	Mit RRB Nr. 2019/924 wurden die organisatorischen und räumlichen Mindestanforderungen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben gemäss Auftrag definiert und den potentiellen Interessenten zur Verfügung gestellt.		
6910	Nutzwertanalyse der möglichen Standorte für den Berufsschulsport am BBZ Solothurn-Grenchen sowie Empfehlung zuhanden des Regierungsrates liegen vor.	31. Dez 2020				
5600	Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) infrastrukturell und konzeptionell stärken				Ziel LP	B.3.6.2
	Sicherstellung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf Stufe Trägerschaft zwischen Kanton, Region und Stadt Solothurn, damit Investitionen zur Sanierung und Digitalisierung ermöglicht werden.				Beschluss	RRB 2017/1803
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021
	Amt	Amt für Kultur und Sport				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6713	Weitere öffentl. und wissenschaftl. Digitalisierungsprojekte umsetzen. Nachbearbeitung der Daten der Vollmigration zu Informationsverbund IDS Basel/Bern in wesentl. Teilen abschliessen. Vorplanung der Migration zu Swiss Library Service Plattform.	31. Dez 2019	31. Dez 2019	Die Datenmigration in die neue Bibliothekssoftware Aleph erfolgte Anfang 2019. Die migrierten Daten werden nachbearbeitet. Die ZBS ist auf den vier wichtigsten nationalen Plattformen vertreten.		
6474	RFID-basierte Ausleihe mit Selbstverbuchung durch Benutzende soll Ende 2020 umsetzungsreif sein.	31. Dez 2020	31. Dez 2019	Die RFID-basierte Selbstausleihe steht seit Sommer 2019 zur Verfügung und wird vom Publikum gut genutzt.		
6914	Integration in die Swiss Library Service Plattform (SLSP).	31. Dez 2020				
5594	Stärkung der kulturellen Partnerschaften				Ziel LP	B.3.6.1
	Eine Auslegeordnung der sol. Kulturlandschaft soll die Grundlage zur Definition weiterführender strategischer Ziele und Massnahmen im Hinblick auf eine gezielte, zukunftsgerichtete Stärkung, Förderung und Pflege der kulturellen Partnerschaften bilden.				Beschluss	RRB 2017/1803
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2017	Soll-Termin	31. Jul 2021
	Amt	Amt für Kultur und Sport				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6714	Kulturleitbild gemäss Planung entwickeln.	31. Dez 2019	31. Dez 2019	An vier Regionalforen wurden die Wünsche, Bedürfnisse und Anliegen der verschiedenen Anspruchsgruppen erfragt und diskutiert. Die inhaltlichen Stossrichtungen wurden in der Bildungs- und Kulturkommission (BIKUKO) diskutiert und positiv bestätigt.		
6461	Verabschiedung Kulturleitbild Kanton Solothurn durch den Regierungsrat.	31. Okt 2020				

Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

Erfolgsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Globalbudgets						
Aufwand	222.5	224.4	191.1	192.9	193.8	194.5
Ertrag	-57.9	-58.1	-58.6	-53.9	-47.8	-47.7
Globalbudgetsaldo	164.6	166.3	132.5	139.0	146.0	146.8
Verrechnungen	27.1	27.2	27.9	27.3	27.4	27.5
Saldo	191.7	193.5	160.4	166.3	173.4	174.3
Finanzgrössen						
Aufwand	248.9	251.7	290.6	296.7	303.9	304.6
Ertrag	-7.8	-7.7	-7.8	-7.8	-7.8	-7.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	241.3	244.0	282.8	288.9	296.1	296.8
Saldo total	433.0	437.5	443.2	455.2	469.5	471.1

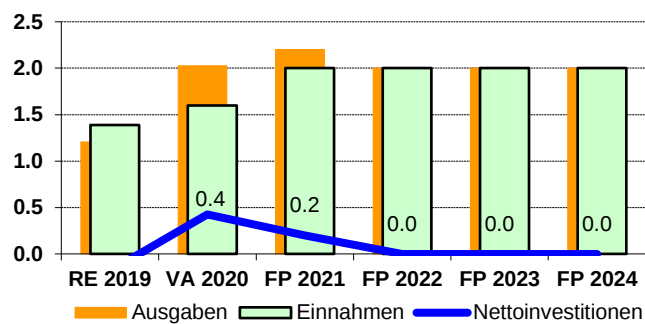


Die Globalbudgetsaldi ab 2021 sinken, weil für die Beiträge an die Fachhochschule Nordwestschweiz ab 2021 die Anforderungen an ein Globalbudget nicht mehr gegeben sind. Sie werden neu unter den Finanzgrössen geführt.

Mehr Studierende an den Universitäten und mehr Klassen an den Mittelschulen sowie Mehraufwand für die sonderschulischen Angebote führen zum Anstieg in den Finanzplänen 2021-2024. Die Einwohnergemeinden beteiligen sich vorläufig bis zum 31.7.2022 mit einem Schulgeld an den sonderschulischen Angeboten gemäss Volksschulgesetz (VSG) § 37^{bis}. In Zukunft sollen für das ganze Leistungsfeld die zu erbringenden Leistungen und die daraus resultierenden Kosten aus einer (kantonalen) Hand erfolgen. Diese Umstellung umfasst ein Transfervolumen von den Einwohnergemeinden zum Kanton von rund 20 Mio. Franken. Die Klärung der Entflechtungen und Aufgabenzuweisung wird mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) gemeinsam angegangen. Eine konsensfähige Lösung dazu wird innerhalb einer Frist von vier Jahren erwartet. Sollte innert der vierjährigen Frist dem Kantonsrat keine solche Lösung zur Beschlussfassung vorgelegt werden, kann der Kantonsrat die Geltungsdauer der "Sunset Clause" § 44^{quater}, Absatz 1^{bis} VSG einmalig um weitere vier Jahre, d.h. bis 31.7.2026 verlängern, was den Anreiz aufrechterhält, eine politische Lösung für die angestrebte Finanzierungsentflechtung im Bereich der Sonderschulung zu finden.

Weiter soll der Sockelbeitrag aus dem Lotteriefonds zugunsten des Amtes für Kultur und Sport ab 2021 gesenkt werden. Die Erträge sinken entsprechend.

Investitionsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Total						
Ausgaben	1.2	2.0	2.2	2.0	2.0	2.0
Einnahmen	-1.4	1.6	2.0	2.0	2.0	2.0
Nettoinvestitionen	-0.2	0.4	0.2	0.0	0.0	0.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Stipendien	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0



Im 2019 wurden weniger Darlehen ausbezahlt. In den Jahren 2020 und 2021 sind mehr Darlehen und höhere Investitionsbeiträge an Ausbildungszentren für überbetriebliche Kurse budgetiert.

4 Finanzdepartement

4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämter im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben. Alle Dienststellen werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:
Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:
Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:
Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:
Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:
Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen und kantonale Steuern.

4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.4. Nachhaltige Finanzpolitik

1.4.1 Eigenkapital und somit Handlungsspielraum erhalten

4.3 Politische Ziele und Leistungen

Die vergangene Legislaturperiode war prioritär vom Ziel der Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichtes geprägt. Um das seit 2012 bestehende strukturelle Defizit von rund 150 Mio. Franken zu beseitigen, wurden zwei Massnahmenpläne 2013 und 2014 verabschiedet. Sie führten zu finanziellen Verbesserungen von rund 30 Mio. Franken (Massnahmenplan 2013) und rund 110 Mio. Franken (Massnahmenplan 2014) und haben den Finanzhaushalt stabilisiert. Eine nachhaltige Finanzpolitik und die Sicherstellung der Finanzierbarkeit der Staatstätigkeit auf allen Ebenen ist weiterhin zentral um die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn zu stärken.

In diesem Umfeld ist auch die vom Bund vorgegebene Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) umzusetzen. Ziel dieser Steuerreform ist der Erhalt der steuerlichen Attraktivität des Unternehmensstandortes Schweiz unter gleichzeitiger Abschaffung international nicht anerkannter Steuerpraktiken.

Am 19. Mai 2019 wurde die STAF auf Bundesebene angenommen. Die Änderungen im Bundessteuerrecht traten per 1. Januar 2020 definitiv in Kraft.

Im Kanton Solothurn hingegen wurden die Vorschläge für die kantonale Umsetzung der Steuervorlage (STAF) am 19. Mai 2019 vom Stimmvolk abgelehnt. Am 12. November 2019 hat der Kantonsrat die neue Vorlage des Regierungsrates mit einigen Änderungen beschlossen (RG 0142/2019). Diese wurde vom Souverän am 9. Februar 2020 angenommen. Mit der Annahme wurden die Steuersenkungen für die Unternehmensgewinne sowie die Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen rückwirkend auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt. Die Umsetzung der Erhöhung der Vermögenssteuer sowie die Erhöhung der Teilbesteuerung der Dividenden erfolgt auf den 1. Januar 2021. Dasselbe gilt für die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge für die Finanzierung der Ergänzungsleistungen für Familien. Der Kantonsrat hat der Volksinitiative "jetz si mir draa" am 2. September 2020 zugestimmt. Gleichzeitig

wird der Regierungsrat beauftragt, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Im IAFP 2021 - 2024 ist weder die Initiative noch der Gegenvorschlag finanziell abgebildet, da die entsprechenden Vorlagen erst für das Jahr 2022 geplant sind.

4.4 Massnahmen Finanzdepartement

5707	Digitalisierungsstrategie Kanton Solothurn erarbeiten							
Digitalisierungsstrategie für die Verwaltung des Kantons Solothurn erarbeiten und dazu Handlungsfelder sowie einen Massnahmenkatalog definieren.								
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2020	Soll-Termin	30. Jun 2021			
Amt	Departementssekretariat FD+ASI							
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung				
6930	Initialisierung mit Grossgruppenworkshop	31. Mär 2020	19. Feb 2020	Grossgruppenworkshop mit Vertretern der Departemente, der Staatskanzlei und der Gerichte wurde durchgeführt und damit der Strategieprozess gestartet.				
6931	IST-Analyse Workshops	30. Sep 2020						
6932	Strategiepapier erstellt	31. Mär 2021						
6933	Verabschiedung durch Regierungsrat	30. Jun 2021						
5554	Teilrevision WoV-Gesetz (Spezialfinanzierung)							
Anpassen des WoV-Gesetzes zur Minimierung der Spezialfinanzierungen.								
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	1. Mai 2018	Ist-Termin	1. Mai 2018	
Amt	Departementssekretariat FD+ASI							
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung				
6269	Entwurf B+E	31. Mär 2017	30. Jun 2017	Entwurf des WoV-Gesetzes wurde erarbeitet. Mitberichtsverfahren durchgeführt.				
6270	RRB und KRB	30. Jun 2017	31. Dez 2017	Der Kantonsrat hat der Gesetzesänderung am 20.12.2017 zugestimmt (RG 0183/2017).				
6271	Inkrafttreten	1. Mai 2018	1. Mai 2018	Das revidierte Gesetz tritt am 1. Mai 2018 in Kraft.				
5611	Teilrevision WoV-Gesetz (Kantonale Finanzkontrolle)							
Anpassen des WoV-Gesetzes zur Stärkung der Kantonalen Finanzkontrolle.								
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	1. Jan 2019	Ist-Termin	1. Jun 2019	
Amt	Departementssekretariat FD+ASI							
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung				
6538	Entwurf B+E	30. Jun 2018	30. Nov 2018	Vorlage erarbeitet				
6539	Verabschiedung RRB und KRB	31. Dez 2018	31. Dez 2018	Der Kantonsrat hat der Gesetzesänderung am 19.12.2018 zugestimmt (RG 0130/2018)				
6540	Inkrafttreten	1. Apr 2019	1. Jun 2019	Das revidierte Gesetz tritt am 01.06.2019 in Kraft.				
5654	Revision Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn							
Anpassen der gesetzlichen Grundlagen im Zusammenhang mit den Vorsorgeplänen der PKSO für die Aktivversicherten (Finanzierung).								
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2019	Soll-Termin	1. Jan 2022			
Amt	Departementssekretariat FD+ASI							
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung				
6789	Entwurf B+E	30. Sep 2019	30. Sep 2019	Entwurf des Pensionskassen-Gesetzes wurde erarbeitet und das Vernahmassungsverfahren gestartet				
6790	Verabschiedung RRB und KRB	31. Dez 2020		Der Regierungsrat hat die Gesetzesänderung mit RRB 2020/733 am 12.05.2020 verabschiedet.				
6791	Inkrafttreten	1. Jan 2022						

5415 SAP Redesign

Aufsetzung und Bereinigung aller SAP-Module auf neues System. Umsetzung in zwei Lose:
Human Ressources (HR) und Finanzen, Logistik, Basis (Finanzen + Basis)

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2021**
Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5936	Einführung HR	1. Jan 2017	1. Jan 2017	Das Modul HR konnte termingerecht in Betrieb genommen werden.
5939	Einführung Finanzen + Basis	1. Jan 2018	1. Jan 2018	Das Los 2 mit den Modulen aus dem Bereich Finanzen und die Basissoftware wurde am 1. Januar 2018 in Betrieb genommen.
6537	Vorstudie Kreditorenworkflow	31. Dez 2019	31. Dez 2019	Nachfolgeprojekt im Rahmen der IT-Mehrjahresplanung. Vorstudie erarbeitet und Submissionsverfahren für externen Dienstleister durchgeführt.
5940	Einführung Kreditorenworkflow	31. Dez 2021		

5610 Budgetprozess neu gestalten

Der Budgetprozess soll im zeitlichen Ablauf neu gestaltet werden mit dem Ziel, aktuellere und zeitnähere Budgetzahlen zu erhalten.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Okt 2017** Soll-Termin **30. Sep 2018** Ist-Termin **30. Sep 2018**
Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6533	Vorabklärungen	31. Dez 2017	31. Dez 2017	
6534	Entscheid Büro Kantonsrat	31. Mär 2018	31. Dez 2018	Das Büro des Kantonsrates hat entschieden, am heutigen Prozess festzuhalten.

5704 Revision Steuergesetz 2021

Revisionen des Steuergesetzes in den Bereichen:
- Besteuerung der öffentlich-rechtlichen Anstalten und
- Einkommensteuertarif

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2020** Soll-Termin **1. Jan 2021**
Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6921	B+E an Kantonsrat	30. Jun 2020	30. Jun 2020	
6922	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2020		
6923	Inkrafttreten	1. Jan 2021		

5363 Totalrevision Katasterschätzung

Eine Totalrevision der Katasterschätzung durchführen mit dem Ziel, eine rechtsgleiche, bundesrechtskonforme Bewertung von Liegenschaften zu erreichen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2014** Soll-Termin **1. Jan 2023**
Amt **Steueramt** Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5625	Datenerhebung	31. Mär 2015	31. Mär 2015	Datenerhebung wurde abgeschlossen.
5626	Konzept für Neubewertung	31. Mär 2021		Aufgrund anderweitigen Gesetzgebungsarbeiten und wegen der rechtlichen Unklarheit, wie es mit der Eigenmietwertbesteuerung auf Bundesebene weitergeht, verzögert sich die Teilrevision.
5627	Vernehmlassungsentwurf	30. Jun 2021		
5628	B+E an Kantonsrat	31. Dez 2021		
5629	Kantonsratsbeschluss	30. Jun 2022		
5630	Volksabstimmung	30. Sep 2022		
5631	Inkrafttreten	1. Jan 2023		
7025	Umsetzung	31. Dez 2023		

5478 SOTAXX neue Steuersoftware

Die bestehende Steuerlösung INES muss abgelöst werden. Evaluation einer Standardlösung, welche die geforderten Anforderungen erfüllt und anschliessend Realisierung, Migration und Produktivbetrieb.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **31. Dez 2020** Ist-Termin **30. Jun 2020**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5941	Ausschreibung	31. Dez 2015	31. Dez 2015	Ausschreibung erfolgt, zwei Lieferanten haben Offerten eingereicht.
5980	Zuschlagsentscheid mittels RRB	30. Jun 2016	30. Jun 2016	Mit RRB 2016/750 vom 26. April 2016 wurde der Auftrag vergeben.
5981	Kreditbewilligung durch KR	30. Sep 2016	8. Nov 2016	Der Kantonsrat hat dem Verpflichtungskredit für die Ersatzbeschaffung am 8. November 2016 zugestimmt (SGB 0130/2016).
5983	Projektstart Kickoff	10. Apr 2017	10. Apr 2017	Der Projektstart mit dem Kickoff-Meeting hat stattgefunden.
6263	Konzeptphase beendet	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Die Konzeptphase konnte Ende 2017 abgeschlossen werden.
6262	Realisierungsphase abgeschlossen (Testbereit)	30. Jun 2019	30. Jun 2019	Der Projektausschuss hat die Realisierungsphase abgeschlossen und die Testbereitschaft erteilt
5984	Produktivbetrieb aufnehmen	1. Jan 2020	1. Jan 2020	Die Migration der Steuerdaten war erfolgreich und die Anwendung wurde am 6.1.2020 produktiv in Betrieb genommen.
6915	Projektabschluss	30. Jun 2020	30. Jun 2020	Der Projektausschuss hat am 30.06.2020 den Abschlussbericht genehmigt und das Projekt SOTAXX abgeschlossen.

5607 Gesetzesgrundlage für eFiling

Für die elektronische Eingabe von Steuererklärungen muss die rechtliche Grundlage geschaffen werden.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **1. Jan 2020** Ist-Termin **1. Jan 2020**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6521	Konzept erarbeiten	31. Mär 2019	31. Mär 2019	Das Konzept wurde erarbeitet.
6522	Entwurf B+E	30. Jun 2019	30. Jun 2019	Entwurf der Gesetzesänderung wurde erarbeitet.
6523	RRB und KRB	30. Sep 2019	30. Sep 2019	Der Kantonsrat hat der Gesetzesänderung am 03.09.2019 zugestimmt (RG 0118/2019).
6524	Inkrafttreten	1. Jan 2020	1. Jan 2020	Das revidierte Gesetz ist am 01.01.2020 in Kraft getreten.

5608 Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)

Umsetzung der Unternehmenssteuerreform (Steuerreform und AHV-Finanzierung STAF) des Bundes im Kanton Solothurn.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2017** Soll-Termin **1. Jan 2020** Ist-Termin **1. Jan 2020**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6527	B+E an Kantonsrat	31. Dez 2018	31. Dez 2018	Mit RRB 2018/2031 vom 18.12.2018 wurde B+E an Kantonsrat verabschiedet.
6528	Kantonsratsbeschluss 1	31. Mär 2019	7. Mär 2019	Der Kantonsrat hat der Gesetzesänderung am 07.03.2019 zugestimmt (RG 0167/2018).
6917	Volksabstimmung 1	31. Mai 2019	19. Mai 2019	Das Stimmvolk hat die Gesetzesänderung am 19.05.2019 an der Urne abgelehnt.
6916	Kantonsratsbeschluss 2	31. Dez 2019	12. Nov 2019	Der Kantonsrat hat der überarbeiteten Gesetzesänderung am 12.11.2019 zugestimmt (RG 0142/2019).
6529	Volksabstimmung 2	30. Sep 2019	9. Feb 2020	Das Stimmvolk hat am 09.02.2020 der Gesetzesänderung zugestimmt
6530	Inkrafttreten	1. Jan 2020	1. Jan 2020	Die Gesetzesänderung ist am 01.01.2020 in Kraft getreten.

5703 Revision Quellensteuerrecht

Revision des Quellensteuerrechts für die Umsetzung von geltendem Bundesrecht.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2020** Soll-Termin **1. Jan 2021**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6918	B+E an Kantonsrat	30. Jun 2020	30. Jun 2020	
6919	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2020		
6920	Inkrafttreten	1. Jan 2021		

5708 Pilotprojekt Einheitsbezug

Der Bezug der direkten Steuern (Staats-, Bundes-, Gemeinde- und Kirchensteuern) soll als Dienstleistung vom Kantonalen Steueramt angeboten und vollzogen werden.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2020** Soll-Termin **31. Dez 2022**
 Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6937	Konzept erarbeiten	30. Mär 2021		
6938	Detaillkonzept mit Pilotgemeinde	31. Dez 2021		
6939	Realisierung Pilotgemeinde	31. Dez 2022		

5609 IKT-Strategie Kt. Solothurn

Anstelle der bestehenden IT-Strategie eine neue IKT-Strategie erarbeiten (Informations- und Kommunikationstechnologie).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **31. Dez 2020**
 Amt **Amt für Informatik und Organisation**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6531	Vorgehen Strategieerarbeitung festlegen	30. Jun 2019	30. Jun 2019	Das Vorgehen wurde festgelegt und ein externer Dienstleister evaluiert.
6532	Strategie durch RR verabschieden	31. Dez 2020		

5417 Desktop 2016

Evaluation und Ablösung des Desktop 2011.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2015** Soll-Termin **30. Sep 2018** Ist-Termin **30. Sep 2018**
 Amt **Amt für Informatik und Organisation**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5777	Architekturentscheid	30. Jun 2015	30. Jun 2015	Architektur wurde konzipiert und festgelegt.
5779	RRB und KRB	30. Jun 2016	30. Jun 2016	Kein KRB notwendig, genehmigt mit RRB 2016/709 vom 26. April 2016.
5985	Realisierung	31. Dez 2016	31. Dez 2016	System aufgebaut und im Amt für Informatik und Organisation in Betrieb genommen.
5986	Migration Verwaltung	30. Sep 2018	30. Sep 2018	Migration und Einführung neuer Desktop abgeschlossen.

5705 Technische Umsetzung iGovPortal

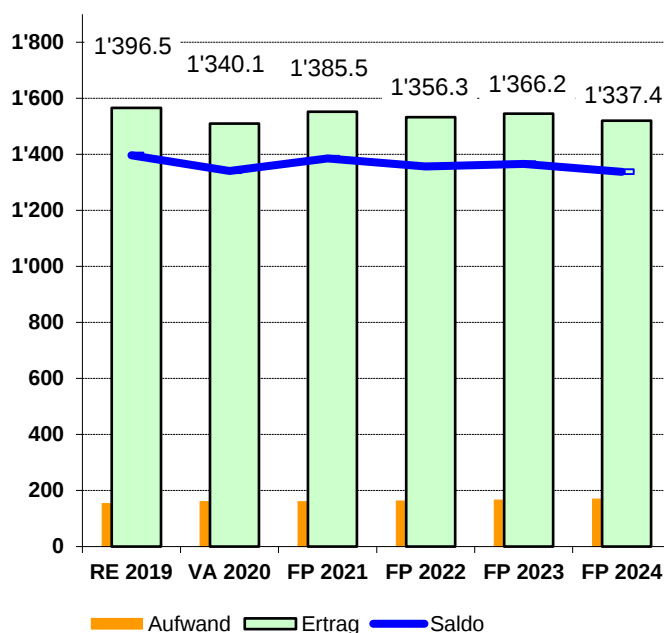
Das iGovPortal aufbauen und in Betrieb nehmen und damit Online-Dienste für Bürger, Bürgerinnen und Unternehmen anbieten.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2019** Soll-Termin **31. Dez 2020**
 Amt **Amt für Informatik und Organisation**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6935	Einführungsphase abschliessen	30. Jun 2020	2. Jul 2020	Die Einführungsphase konnte abgeschlossen werden.
6925	Produktivbetrieb aufnehmen	31. Dez 2020		Bis zur Aufnahme des Produktivbetriebs werden verschiedene Tests durchgeführt.

Finanzen in Mio. Franken Finanzdepartement

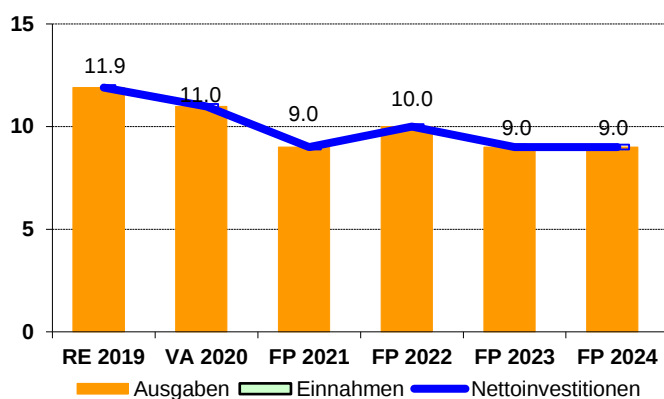
Erfolgsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Globalbudgets						
Aufwand	86.2	90.6	92.7	92.7	93.3	93.3
Ertrag	-62.6	-61.6	-61.0	-61.0	-61.1	-61.0
Globalbudgetsaldo	23.6	29.0	31.7	31.7	32.2	32.3
Verrechnungen	-5.3	-5.1	-8.4	-7.3	-6.8	-6.6
Saldo	18.3	23.9	23.3	24.4	25.5	25.7
Finanzgrössen						
Aufwand	67.7	69.2	68.0	69.7	72.4	76.2
Ertrag	-1'502.9	-1'447.7	-1'490.9	-1'471.0	-1'483.6	-1'458.9
Verrechnungen	20.4	14.5	14.1	20.6	19.5	19.6
Saldo	-1'414.8	-1'364.0	-1'408.8	-1'380.7	-1'391.7	-1'363.1
Saldo total	-1'396.5	-1'340.1	-1'385.5	-1'356.3	-1'366.2	-1'337.4



In der Erfolgsrechnung sind bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen die Auswirkungen der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF II) mitberücksichtigt. Die Auswirkungen der Covid19-Pandemie sind sowohl bei den juristischen als auch bei den natürlichen Personen spürbar und sind entsprechend als Mindererträge in den Jahren 2021 bis 2024 berücksichtigt. Beim NFA und beim Anteil am Reingewinn der SNB kann bis 2023 mit einem Anstieg der Ausschüttungen gerechnet werden. Ab 2024 wird mit einem rückläufigen Anteil am NFA gerechnet, unter dem Vorbehalt, dass die NFA-Prognosen schwierig sind.

Ausgabenseitig ist in der Rechnung einerseits bei den Zinsen und andererseits bei den Ausgaben im Informatikbereich mit höheren Kosten zu rechnen.

Investitionsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Total						
Ausgaben	11.9	11.0	9.0	10.0	9.0	9.0
Einnahmen	0.	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	11.9	11.0	9.0	10.0	9.0	9.0



Der erhöhte Investitionsbedarf in den Jahren 2019 und 2020 resultiert von Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den „End of Life Zyklus“ erreicht haben und dringend abgelöst werden müssen. Aufgrund deren Fertigstellung nehmen die Investitionsbeträge bis 2024 kontinuierlich ab. Für kommende Digitalisierungsprojekte ist zudem ab 2021 ein jährlicher Investitionsbetrag enthalten.

5 Departement des Innern

5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, die Aufsicht über die Leistungserbringer im Gesundheitswesen, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien, etc. sowie die Prävention.

2. Soziale Sicherheit

Die Präambel der Kantonsverfassung verdeutlicht, dass eine Gesellschaftsordnung angestrebt werden soll, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit der Menschen dient. Nach Art. 22 Kantonsverfassung sind ergänzend zur privaten Initiative und Verantwortung sowie im Rahmen der Zuständigkeitsordnung und der finanziellen Möglichkeiten die Sozialziele zu erreichen. Entsprechend gilt es gemäss § 1 des Sozialgesetzes:

- die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbstständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut und soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überleben zu gewähren
- den Missbrauch von Leistungen zu verhindern und bekämpfen

3. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen kriminalpolizeiliche Ermittlungstätigkeiten zur Verfolgung von Straftaten. Polizeipräsenz (mobil und an 17 Standorten) sowie rasche Interventionen im öffentlichen Raum sowie zielgruppenorientierte Präventionstätigkeiten dienen der sicherheitspolizeilichen Aufgabe der Verhinderung von Straftaten und der Gefahrenabwehr und stärken das Sicherheitsgefühl. Für die Verbesserung der Verkehrssicherheit kommen sowohl präventive wie repressive Mittel zur Anwendung. Der Vollzug der Waffengesetzgebung dient der Verhinderung der missbräuchlichen Verwendung von Waffen. Weiter zählt zur öffentlichen Sicherheit der risikoorientierte und rechtskonforme Vollzug sämtlicher Haftarten (bspw. strafprozessualer oder ausländerrechtlicher) sowie der durch die Gerichte ausgesprochenen Strafen und Massnahmen mit dem primären Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Auch ausländerrechtliche Massnahmen sowie der Vollzug von gerichtlich angeordneten Landesverweisungen dienen der öffentlichen Sicherheit.

5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

- 3.1.1 Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern
- 3.1.2 Integration ausländischer Wohnbevölkerung verstärken
- 3.1.3 Armut und Armutsgefährdung bekämpfen
- 3.1.4 Ambulante Angebote stärken
- 3.1.5 Ambulante Pflege reorganisieren
- 3.1.6 Häusliche Gewalt reduzieren
- 3.1.7 Neustrukturierung Asyl umsetzen
- 3.1.8 Familien finanziell entlasten
- 3.1.9 Eltern stärken und befähigen
- 3.1.10 Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung in der sozialen Sicherheit abschliessen

3.2 Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht sicherstellen

- 3.2.1 Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen
- 3.2.2 Spitalplanung 2012-2025 abschliessen
- 3.2.3 Grundsatz "ambulant vor stationär" fördern

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.3.1 Wirksame Kriminalitätsbekämpfung weiter entwickeln
- 3.3.2 Prävention optimieren - Sicherheitsvertrauen stärken
- 3.3.3 Subjektive Sicherheit stärken und objektive Sicherheit erhöhen
- 3.3.5 Sicherheit im Strassenverkehr verbessern
- 3.3.6 Neues Zentralgefängnis planen und bauen

5.3 Politische Ziele und Leistungen

1. Gesundheit

Das Jahr 2020 ist von der Bekämpfung und von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie geprägt. Dies dürfte auch für die IAFP-Periode 2021-24 gelten. Dabei ist die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Auswirkungen gross. Der Kanton Solothurn hat die Pandemie bisher vergleichsweise gut bewältigt. Pro Einwohner/in lagen Fallzahlen, Hospitalisationen und Todesfälle unter dem schweizerischen Durchschnitt und die für die Behandlung von COVID-19-Patienten und -Patientinnen aufgebauten zusätzlichen Spitalbehandlungskapazitäten mussten nicht in Anspruch genommen werden. In Abhängigkeit von der Entwicklung der Lage wird der Kanton Solothurn möglichst in Koordination mit anderen Kantonen weiterhin die erforderlichen Massnahmen beschliessen, um die Bevölkerung zu schützen.

2020 wurde die neue Finanzgrösse «COVID-19 Gesundheitskosten» implementiert, welche nicht geplante Ausgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie enthält (z.B. COVID-19-Tests, Infrastrukturbeiträge an ambulant-dezentrale Testzentren, mobile Einsatzteams der Lungenliga, kantonale Lagerhaltung von Schutzmaterial und Beatmungsgeräten zur Pandemievorsorge, Abgeltung von Ertragsausfällen und Mehrkosten der Spitäler etc.). Angesichts der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie lassen sich die Kosten kaum schätzen.

Auch bezüglich der für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erforderlichen personellen Ressourcen (Contact Tracing, Fachstab Pandemie etc.) besteht grosse Unsicherheit.

2019 wurde das Krebsregister Bern Solothurn implementiert. 2020 folgt das Krebs-Früherkennungsprogramm Mammografie-Screening (Verpflichtungskredit für 2020-2029 vom Kantonsrat am 3. Juli 2019 beschlossen, vgl. KRB SGB 0093/2019). Die Implementierung des Krebs-Früherkennungsprogramms Darmkrebs-Screening (vgl. KRB Nr. A 0220/2017 vom 12. September 2018) hängt von der weiteren Entwicklung der COVID-19-Pandemie ab. Ein zehnjähriger Verpflichtungskredit soll dem Kantonsrat 2021 unterbreitet werden.

Die Spitalplanung erfolgt für eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren, damit sich die beteiligten Partner (Leistungserbringer, Krankenversicherer, Kantone) langfristig darauf ausrichten können (Investitionsschutz, Rechtssicherheit). Es ist geplant, die Spitalplanung 2012-2025 mit der Aktualisierung der Spitalliste im Bereich Psychiatrie abzuschliessen. Die Solothurner Spitäler AG (soH) wird die stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie ab 1. Januar 2021 nicht mehr anbieten. Um die stationäre Versorgung ohne Lücke zu gewährleisten, umfasst die Spitalliste bereits per 1. Juli 2020 neu zusätzlich die Leistungen der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern sowie die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie (vgl. RRB Nr. 2020/996 vom 30. Juni 2020).

Gemäss KVG sind die Vergütungen für die stationären Leistungen seit 1. Januar 2017 zu mindestens 55% von den Kantonen zu übernehmen (Krankenversicherer höchstens 45%). Dies gilt für alle Spitäler, die auf der Spitalliste eines Kantons aufgeführt sind und zudem unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Spitäler handelt. Der Regierungsrat hat am 31. Januar 2017 beschlossen, den Kantonsanteil ab 2018 weiterhin auf dem bundesgesetzlichen Minimum von 55% zu belassen (RRB Nr. 2017/180).

2. Soziale Sicherheit

Familien sind eine wichtige Kernstruktur der Gesellschaft. Sie brauchen aber gute Rahmenbedingungen und Ressourcen, um erfolgreich funktionieren zu können. Dazu gehören eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie finanzielle Entlastungen. Zu denken ist an höhere Familienzulagen, Ergänzungsleistungen für Familien (FamEL), Zugang zu bezahlbaren Fremdbetreuungsangeboten, eine ausreichende Verbilligung der Krankenkassenprämien und genügend hohe Abzüge bei den Steuern. So erhalten Kinder aus allen Schichten chancengleich die Gelegenheit, ihre Ressourcen zu entfalten.

Präventionsarbeit verhindert Sozialkosten. Entsprechend sollen die Menschen frühzeitig dafür sensibilisiert werden, was einem stabilen, unabhängigen und gesunden Leben zuträglich ist. Dies gelingt, wenn Schulen in die Präventionsarbeit eingebunden sind, wenn Sucht, Gewalt und Probleme im Umgang mit Geld durch spezifische Programme zurückgedrängt werden und wenn vermittelt wird, was zu einer gesunden Lebensweise gehört.

Eine gute Integration der Migrationsbevölkerung, von Minderheiten sowie Randgruppen, führt zu einer tragfähigen und toleranten Gesellschaft. Die Migrationsbewegungen in den vergangenen Jahren, aber auch gesellschaftliche Ausschlussprozesse verlangen Investitionen in Strukturen und eine intensive interinstitutionelle Zusammenarbeit, damit allen Bedarfsgruppen die Chance zur Integration gewährt werden kann. Gleichzeitig soll Integration eingefordert und entgegengesetztes Verhalten konsequent sanktioniert werden. Die Grundlagen dafür bietet das Integrationsmodell des Kantons Solothurn.

Die Sozialhilfequote im Kanton Solothurn liegt über dem schweizerischen Schnitt. Dem ist mit einer gesamtkantonal koordinierten Strategie zu begegnen. Insbesondere der Armutsgefährdung der Alleinerziehenden und älteren Arbeitslosen ist entgegen zu wirken. Gleichzeitig sind die vorhandenen Strukturen effizient und schlank zu halten. Weiter müssen sich die Behörden auf neue Problemlagen, ein komplexeres rechtliches Umfeld und veränderte Bedürfnisse in der Bevölkerung einstellen. Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, sind die bereits angegangene Organisationsentwicklung auf kommunaler und kantonaler Ebene sowie die Revisionsvorhaben auf gesetzlicher Ebene weiterzuverfolgen. So werden nicht nur Strukturen bereinigt, sondern auch möglicher Missbrauch minimiert.

Die Ausgaben des Kantons für die Soziale Sicherheit sind in den vergangenen Jahren weniger stark, aber dennoch gewachsen. Dieser Trend ist weiterhin mit fairen Massnahmen positiv zu beeinflussen. Die Steuerung soll über eine enge Planung der stationären Angebote, das Festlegen verbindlicher Taxen, die eine wirtschaftliche Führung der Angebote fördern, sowie über das Stärken ambulanter Angebote erfolgen. Klare Verantwortlichkeiten und Lastenverteilung tragen zum sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Mitteln bei. Entsprechend ist die Aufgabenentflechtung in der sozialen Sicherheit weiterzuführen und abzuschliessen. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit zwischen Kanton

und Gemeinden so auszugestalten, dass diese in der Lage sind, kommunale Leistungsfelder gesamtheitlich zu regeln und zu steuern.

3. Öffentliche Sicherheit

Kantonspolizei

Wichtigstes Ziel ist die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung. Mit einem Leistungspaket an präventiven und repressiven Massnahmen im Rahmen eines ganzjährigen 24-Stunden Betriebes soll dieses Ziel erreicht werden.

Eine zeitgemässe Sicherheitspolitik richtet den Fokus nicht mehr alleine auf die objektive Sicherheit. Es ist auch Aufgabe des Staates, Massnahmen zu ergreifen, welche die subjektive Sicherheit stärken. Rasche Interventionen mit Hilfe eines adäquaten Patrouillendispositivs und sichtbare Präsenz an Brennpunkten und Veranstaltungen tragen zu einem guten Sicherheitsgefühl bei. Optimierte Organisationsstrukturen berücksichtigen die Sicherheitsbedürfnisse, u.a. mit einem Polizeiposten im Ortszentrum von Derendingen und dem Schwerverkehrskontrollzentrum (SVKZ) in Oensingen. Die sich ständig verändernde Sicherheitslage erfordert in verstärktem Mass eine laufende Lagebeurteilung sowie eine Einsatzbereitschaft, die das rasche Ergreifen der notwendigen Massnahmen sicherstellt. Unerlässlich ist eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Polizeikörpern, dem Grenzwachtkörper und weiteren Partnern, um bei Bedarf auch gemeinsam angemessen reagieren zu können.

Eine zielgruppenorientierte und rasche Präventions- und Informationsarbeit wirken unterstützend bei der zunehmend wichtigen polizeilichen Aufgabe der Gefahrenabwehr und Straftatenverhinderung. Das bewährte kantonale Bedrohungsmanagement (KBM) und die neu geschaffene Fachstelle Brückenbauer / Radikalisierung als Teil dieser Arbeit unterstützen die Bemühungen, Gefahren und Straftaten möglichst frühzeitig zu erkennen und die Bevölkerung, Privatpersonen sowie Verwaltungsangestellte durch geeignete Massnahmen vor zielgerichteten schweren Gewalttaten zu schützen. Die zur schengenkonformen Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie erfolgten Änderungen der Waffengesetzgebung bezwecken den verbesserten Schutz der Bevölkerung vor Waffengewalt.

Zur Verhinderung der Etablierung von kriminellen Strukturen, welche den Rechtsstaat gefährden, ihm finanzielle Mittel entziehen und zu Opfern führen, sind konzentrierte Ermittlungen notwendig. Die Bekämpfung der strukturellen (Clan-)Kriminalität (z.B. organisierter Menschen- und Drogenhandel, illegales Glücksspiel sowie Internetkriminalität mit meist stark internationalem Bezug und zunehmender technischer Komplexität) erfordert neben den nötigen Rechtsgrundlagen modernste technische Massnahmen, Vernetzung und grosse Personalressourcen. Eine gewisse Priorisierung der Ermittlungsverfahren ist daher unumgänglich, aber auch, weil die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Polizeiarbeit weiter zunehmen. Deshalb kommen der neu zweijährigen Aus- und der regelmässigen Weiterbildung grosses Gewicht zu. Insbesondere im technischen Bereich ist eine weitere Spezialisierung unerlässlich. Mit angepassten Organisationsstrukturen und dem notwendigen Personal (Sonderkommissionen) wird auf die neuen Herausforderungen reagiert. Ein steter Kontrolldruck kann zudem eine nachhaltige Wirkung der gerichtspolizeilichen Ermittlungen und Erfolge gewährleisten.

Zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr liegt der Schwerpunkt der polizeilichen Massnahmen bei der Beeinflussung des gefährlichen (strafbaren) Fahrverhaltens. Der Betrieb des neuen SVKZ an zentraler Lage ergänzt optimal die Bemühungen, die Sicherheit im Strassenverkehr zu erhöhen und insbesondere die Risiken des zunehmenden (internationalen) Schwerverkehrs zu reduzieren. Die Federführung liegt beim Bund (ASTRA). Die Inbetriebnahme ist für 2023 geplant.

Die Verfügbarkeit einer zeitgemässen Infrastruktur sowie sachgerechter und moderner Führungs- und Einsatzmittel ist eine Voraussetzung, um die vielfältigen Polizeiaufgaben effektiv und effizient bewältigen zu können. Seit 1999 betreibt die Polizei Kanton Solothurn eine interdisziplinäre Alarmzentrale, von welcher sämtliche Interventionsdienste aufgeboden und geführt werden. Zur betrieblichen Optimierung (Wartung, Aufwendungen im technischen und administrativen Bereich) wird anstelle der zwei Einsatzleitsysteme (Polizei und Sanität) auf ein einheitliches Einsatzleitsystem für alle Blaulichtorganisationen gewechselt.

Ein neuer Polizeistützpunkt in Oensingen unterstützt die notwendigen Optimierungen der Polizei-

infrastruktur (Raumbedürfnisse, Zentralisierung von Diensten, etc.). Die mögliche räumliche Integration des Rettungsdienststützpunktes Balsthal der soH schafft dabei Synergien. Der Standortwechsel ist eine Folge der Beeinträchtigung des Polizeibetriebs am alten Standort durch den Ausbau des Werkhofs durch die Nationalstrassen Nordwestschweiz AG (NSNW AG).

Für eine zeitgemässe Schiessausbildung ist die Sicherstellung eines an die Risiken angepassten Ausbildungsstandards und damit einhergehend einer hohen Einsatzbereitschaft unabdingbar. Deshalb braucht es für das Echtschusstraining eine neue Schiessanlage (Ersatz für die absehbare Schliessung der alten Anlage infolge Lärmbelastung) sowie für die taktische Einsatzschulung einen Ersatz der für das Taser-Training nicht mehr ausbaubaren optischen Raumschiessanlage aus dem Jahre 2003/2008.

Justizvollzug

Die weitere Professionalisierung des Justizvollzugs ist zu unterstützen, da dies einen wesentlichen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit leistet.

Der Justizvollzugsalltag ist vermehrt geprägt von einem generellen Zuwachs an Betreuungsintensivität, sei es personeller, rechtlicher oder gesundheitlicher Natur. Die Umsetzung von bundesrechtlichen Vorgaben und allgemein anerkannten Empfehlungen und Standards führen z.B. dazu, dass in den Untersuchungsgefängnissen höhere personelle Ressourcen eingesetzt werden müssen (u.a. Erhöhung der Sicherheit in der Nacht, Verbesserung der pflegerischen Grundversorgung mit einer Spätschicht).

Die Vollzugsbehörde (Straf- und Massnahmenvollzug) ist darauf auszurichten, den Wiedereingliederungsauftrag risikoorientiert umsetzen zu können. Die Einführung des risikoorientierten Sanktionenvollzuges (ROS) trägt massgeblich zur Professionalisierung des Justizvollzuges bei. Die damit zusammenhängenden strukturellen Veränderungen werden höhere Kosten zur Folge haben.

Die Justizvollzugsanstalt Solothurn (JVA Solothurn) ist die einzige geschlossene Institution für den Massnahmenvollzug im Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz. Die entsprechenden Kompetenzen sind zu erhalten und weiter zu entwickeln. Auf die Kernkompetenzen aufbauend sind die zwei konkordatlichen Spezialvollzugsprojekte (Integrationsvollzug; Verwahrungsvollzug in Kleingruppen) in Abhängigkeit der konkordatlichen Evaluation weiterzuführen.

Im Zusammenhang mit dem Projekt Beratungsstelle Gewalt tragen die spezialisierten Mitarbeitenden der Bewährungshilfe bereits niederschwellig, d.h. vor einer Verurteilung oder einer polizeilichen Intervention, zur Spezialprävention bei.

Die Auslastung der Untersuchungsgefängnisse bewegt sich nach wie vor in einer kritischen Höhe. Die Arbeiten im Hinblick auf den Neubau eines Zentralgefängnisses sind in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt voranzutreiben.

Auf nationaler Ebene werden namentlich die Projekte in den Bereichen Electronic Monitoring und Risikoorientierter Sanktionenvollzug (ROS) weiterentwickelt. Zudem wird eine Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz (HIS) in den Kantonen angestrebt.

Ausweisschriften und Migration

Der Ersatz des bisherigen „Ausweisbüchleins“, das noch für EU/EFTA-Staatsangehörige sowie Personen aus dem Asylbereich verwendet wird und neu im Kreditkartenformat ausgestellt wird, soll ab November 2020 erfolgen.

Die Einführung der neuen Passfamilie (ordentlicher Pass, Notpass und Reisedokumente) hat das fedpol frühestens für 2021 vorgesehen. Im Ausweiszentrum muss die bisherige Biometrieerfassungs-Infrastruktur komplett ersetzt werden.

5.4 Massnahmen Departement des Innern

5523	Neues Zentralgefängnis planen und bauen	Ziel LP	B.3.3.6
------	--	---------	---------

Die betrieblichen Interessen (inkl. Administrativhaftplätze) der heutigen Untersuchungsgefängnisse und die Nutzung von Synergien mit der JVA sind Ddl-intern geklärt. Das HBA ist in seinen Planungs- und Bauarbeiten unterstützt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **15. Nov 2016** Soll-Termin **31. Dez 2026**

Amt **Amt für Justizvollzug**

Kategorie **Projekt mit LP-Ziel verknüpft**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6357	Rahmenkonzept von Ddl genehmigt (Bedarf Administrativhaftplätze geklärt)	30. Apr 2018	3. Apr 2018	Erledigt.
6230	Wettbewerb ist durchgeführt	30. Jun 2021		Verzögerte sich aufgrund raumplanungsrechtlichen Unsicherheiten.
6232	Auftragserteilung ist erfolgt	1. Dez 2021		
6975	Volksabstimmung ist durchgeführt	31. Mai 2023		

5596 Teilrevision Gesetz über den Justizvollzug

Vorschriften zur Erhöhung der Öffentlichen Sicherheit und zur Optimierung der Bereiche Kosten und Datenschutz sind geschaffen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Feb 2018** Soll-Termin **31. Dez 2021**

Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6471	RRB öffentliche Vernehmlassung ist beschlossen	31. Okt 2019	29. Okt 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/1650 vom 29. Oktober 2019.
6563	B+E zuhanden KR ist beschlossen	31. Aug 2020	30. Jun 2020	Erledigt. RRB Nr. 2020/995 vom 30. Juni 2020
6565	Inkrafttreten	1. Jul 2021		

5565 Teilrevision KapoG

Erweiterung Aufgabenbereich der Pol. Sicherheitsassistenten, Schaffung einer ges. Grundlage für rechtmässiges Befahren durch Patrouillenfahrzeuge im Zs. mit der polizeilichen Aufgabenerfüllung, Änderung der Voraussetzung für den Eintritt als Polizist.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Aug 2017** Soll-Termin **31. Dez 2021**

Amt **Polizei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6642	B+E mit RRB in Vernehmlassung	30. Jun 2019	2. Jul 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/1056 vom 2. Juli 2019
6324	B+E zuhanden Kantonsrat beschlossen	31. Jan 2020	27. Jan 2020	Erledigt. RRB Nr. 2020/153 vom 27. Januar 2020
6752	Inkrafttreten	1. Jan 2021		

5677 Lotteriede- und Sportfondsgesetz

Das Schweizerische Geldspielgesetz ist eingeführt und umgesetzt. Das Lotteriede- und Sportfondsgesetz ist erarbeitet und in Kraft.

Status **In Arbeit** Start-Datum **5. Jun 2019** Soll-Termin **1. Jan 2021**

Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6820	RRB öffentliche Vernehmlassung ist beschlossen	31. Okt 2019	29. Okt 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/1648 vom 29. Oktober 2019.
6821	RRB B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	28. Apr 2020	4. Mai 2020	Erledigt. RRB Nr. 2020/684 vom 4. Mai 2020
6822	Inkrafttreten	1. Jan 2021		

5679 Ratifikation des gesamtschweizerischen Geldspielkonkordates (GSK)

Das Schweizerische Geldspielgesetz ist eingeführt und umgesetzt. Der Kanton ist dem GSK beigetreten.

Status **In Arbeit** Start-Datum **5. Jun 2019** Soll-Termin **1. Jan 2021**

Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6826	RRB B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	28. Apr 2020	4. Mai 2020	Erledigt. RRB Nr. 2020/685 vom 4. Mai 2020
6827	Kanton ist Mitglied des GSK	1. Jan 2021		

5678 Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung (IKV 2020)

Das Schweizerische Geldspielgesetz ist eingeführt und umgesetzt. Der Kanton ist der Interkantonalen Vereinbarung (IKV 2020) beigetreten (regionales Swisslos-Konkordat).

Status **In Arbeit** Start-Datum **5. Jun 2019** Soll-Termin **1. Jan 2021**
 Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6824	Kanton ist Mitglied der IKV 2020	1. Jan 2021		

5699 Aufhebung der Oberämter

Der Regierungsrat prüft, ob die Aufgaben der Oberämter effizienter und billiger durch andere kantonale oder kommunale Dienststellen übernommen werden könnten (Auftrag Rolf Sommer KRB Nr. A 0229/2017 vom 12. September 2018).

Status **In Arbeit** Start-Datum **12. Sep 2018** Soll-Termin **31. Dez 2020**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6894	Arbeitsgruppe ist eingesetzt	30. Nov 2018	27. Nov 2018	Erledigt. RRB Nr. 2018/1855 vom 27. November 2018.
6944	Bericht und Empfehlung an Regierungsrat liegen vor	30. Sep 2020		

5604 Teilrevision Sozialgesetz

Optimierungen im Bereich Sozialhilfe, insbesondere im Bereich Rückerstattungen.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **31. Mär 2020** Ist-Termin **1. Jan 2020**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6518	B+E zuhänden Kantonsrat ist beschlossen	31. Mai 2019	28. Mai 2019	Erledigt. KRB Nr. RG 0094a/2019 vom 11. September 2019, RRB Nr. 2019/848 vom 28. Mai 2019.
6519	Inkrafttreten	1. Jan 2020	1. Jan 2020	Erledigt.

5513 Totalrevision Gesundheitsgesetz

Gesundheitsgesetz ist an die aktuelle Gesetzgebung des Bundes angepasst (Gesundheitsberufegesetz, Krebsregistrierungsgesetz, Epidemiengesetz, Heilmittelgesetz etc.) und die Systematik des Gesetzestextes ist optimiert.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Aug 2016** Soll-Termin **1. Sep 2019** Ist-Termin **1. Sep 2019**
 Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6087	RRB öffentliche Vernehmlassung ist beschlossen	30. Nov 2017	14. Nov 2017	Erledigt. RRB Nr. 2017/1903 vom 14. November 2017.
6111	B+E zuhänden KR ist beschlossen	30. Jun 2018	29. Mai 2018	Erledigt. RRB Nr. 2018/820 vom 29. Mai 2018.
6685	Ausführungsverordnungen sind beschlossen	31. Mai 2019	30. Apr 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/720, 2019721 und 2019/722 vom 30. April 2019
6564	Inkrafttreten	1. Sep 2019	1. Sep 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/1052 vom 2. Juli 2019.

5575 Konzept Palliative Care

Ein Behandlungs- und Betreuungskonzept ist erarbeitet (KRB Nr. A 033/2017).

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Nov 2017** Soll-Termin **31. Mär 2019** Ist-Termin **10. Dez 2018**
 Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6372	Auftrag formuliert und Arbeitsgruppe eingesetzt	28. Feb 2018	20. Feb 2018	Erledigt. RRB Nr. 2018/207 vom 20. Februar 2018.
6373	Konzept ist erarbeitet	31. Dez 2018	10. Dez 2018	Erledigt. RRB Nr. 2018/1968 vom 10. Dezember 2018.

5577	Spitalplanung 2012 - 2025 abschliessen					Ziel LP	B.3.2.2
Spitallisten Psychiatrie und Rehabilitation sind aktualisiert.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	30. Jun 2021		
Amt	Gesundheitsamt					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6445	RRB Aktualisierung Spitalliste Akutsomatik beschlossen	31. Dez 2017	28. Nov 2017	Erledigt. RRB Nr. 2017/2005 vom 28. November 2017.			
6697	1. Entwurf "Versorgungsplanung Psychiatrie Kanton Solothurn" liegt vor	30. Nov 2020					
6698	Schlussbericht "Versorgungsplanung Psychiatrie Kanton Solothurn" ist durch den Regierungsrat genehmigt	31. Mär 2021					
5205	Mammografie-Screening						
Einführen Krebsfrüherkennungsprogramm Mammografie-Screening (Auftrag Susan von Sury-Thomas A 0220/2017).							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2018	Soll-Termin	31. Dez 2020		
Amt	Gesundheitsamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5223	B + E Verpflichtungskredit zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Aug 2019	28. Mai 2019	Erledigt. KRB SGB Nr. 0093/2019 vom 3. Juli 2019 (RRB Nr. 2019/846 vom 28. Mai 2019).			
5291	Mammografie-Screening eingeführt	1. Okt 2020					
5650	Darmkrebs-Screening						
Einführen Krebsfrüherkennungsprogramm Darmkrebs-Screening (Auftrag Susan von Sury-Thomas A 0220/2017).							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2018	Soll-Termin	30. Jun 2022		
Amt	Gesundheitsamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6750	B + E Vepflichtungskredit zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Mär 2021					
6751	Darmkrebs-Screening eingeführt	1. Apr 2022					
5576	Grundsatz "ambulant vor stationär" fördern					Ziel LP	B.3.2.3
Massnahmen, welche die Quote ambulanter medizinischer Eingriffe erhöhen, sind evaluiert bzw. umgesetzt.							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	31. Dez 2020	Ist-Termin	17. Dez 2019
Amt	Gesundheitsamt					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6568	Liste ambulant durchzuführender elektiver Eingriffe gemäss Bundesrecht ist umgesetzt	1. Jan 2019	3. Feb 2019	Leistungserbringer (LE) im Kanton Solothurn sind über das Vorgehen informiert. Unterlagen zur administrativen Umsetzung sind erarbeitet und auf Homepage aufgeschaltet.			
6561	Inkrafttreten Spitalgesetz mit Grundlage für erweiterte Liste ambulant vorzunehmender Eingriffe	1. Sep 2019	1. Sep 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/1052 vom 2. Juli 2019.			
6893	RRB Erweiterung AvoS-Liste beschlossen	17. Dez 2019	17. Dez 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/2016 vom 17. Dezember 2019.			
6374	Massnahmen zur Erhöhung der Quote ambulanter medizinischer Eingriffe sind evaluiert bzw. umgesetzt	30. Nov 2020	17. Dez 2019	Mit der Erweiterung der AvoS-Liste per 1. Januar 2020 ist dieses Ziel erreicht.			

5442 ePatientendossier Kanton Solothurn (EPD)

Die Voraussetzungen zur Einführung des Patientendossier (EPD) sind im Kanton Solothurn erfüllt (kantonale Rechtsgrundlagen angepasst, Kanton ist Teil der Cantosana AG und hat Anschubfinanzierung an axsana AG geleistet).

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jul 2015** Soll-Termin **31. Dez 2020** Ist-Termin **6. Jan 2020**
 Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6349	Verpflichtung zur Umsetzung ePD in Leistungsvereinbarung mit Spitälern integriert	30. Nov 2017	27. Nov 2017	Erledigt. Leistungsvereinbarungen unterzeichnet am 27.11.2017.
6934	Rechtliche Grundlagen zur Einführung EPD sind vorhanden	31. Jul 2019	1. Sep 2019	Erledigt mit Inkrafttreten des totalrevidierten Gesundheitsgesetzes (vgl. RRB Nr. 2018/820 vom 29. Mai 2018).
6828	B+E "Mitglied Cantosana AG und Anschubfinanzierung axsana AG" zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Aug 2019	20. Aug 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/1229 vom 20. August 2019, KRB SGB 0150/2019 vom 11. Dezember 2019
6829	Vereinbarung über die Anschubfinanzierung ist unterzeichnet	15. Jan 2020	6. Jan 2020	Erledigt.

5204 Krebsregister

Führung eines Krebsregisters gemäss Krebsregistrierungsgesetz des Bundes

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jul 2017** Soll-Termin **30. Jun 2019** Ist-Termin **1. Jan 2019**
 Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6159	Rechtsgrundlagen im Entwurf Gesundheitsgesetz enthalten (siehe Projekt Nr. 5513)	31. Jul 2017	31. Jul 2017	Erledigt.
6320	Krebsregister Bern-Solothurn operativ	1. Feb 2019	1. Jan 2019	Erledigt.

5578 Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern

Ziel LP B.3.1.1

Finanzhilfen des Bundes für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung sowie für Projekte zur besseren Abstimmung von Familie und Erwerbstätigkeit sind erschlossen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2018** Soll-Termin **31. Mär 2021**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit** Kategorie **Projekt mit LP-Ziel verknüpft**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6375	Grundlagen und Gesamtkonzept gemäss den Verordnungen des Bundes sind erstellt	30. Apr 2019	31. Mär 2019	Erledigt. Dokument liegt vor.
6376	Gemeinden, Verbände und Institutionen sind über die Bedingungen, Kriterien und Vorgehensweise informiert	30. Jun 2019	30. Jun 2019	Erledigt.
6378	Bundessubventionen sind beantragt	31. Jul 2020	31. Jul 2020	Erledigt.
6377	Alle Subventionserhöhungen der Gemeinden und allenfalls Dritter sind erfasst; Mitberichte für die Projektfinanzierungen sind erstellt	30. Sep 2020		Vorabklärung läuft.
6379	Steigerung der KITA Platzzahl 2020 im Vergleich zu 2017 um 10%	31. Mär 2021		

5584 Integration ausländische Wohnbevölkerung verstärken

Ziel LP B.3.1.2

Massnahmen zur Integrationsförderung gemäss Integrationsprogramm sind umgesetzt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Nov 2017** Soll-Termin **30. Sep 2021**
 Amt **Amt für Soziale Sicherheit** Kategorie **Projekt mit LP-Ziel verknüpft**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6399	Programmvereinbarung mit Bund über KIP II (2018-2021) ist abgeschlossen und unterzeichnet	22. Dez 2017	19. Dez 2017	Erledigt. RRB-Nr. 2017/2160 vom 19. Dezember 2017.
6517	"start.integration" im ganzen Kanton eingeführt	21. Dez 2018	21. Dez 2018	Erledigt. In 98/109 Gemeinden eingeführt.
6999	Evaluation von start.integration: Schlussbericht liegt vor	31. Dez 2020		
7000	KIP 2bis 2022-2023 ist beim SEM eingegeben	30. Apr 2021		
7001	KIP 2bis 2022-2023 ist durch den Regierungsrat genehmigt	30. Sep 2021		

5638	Umsetzung Integrationsagenda Schweiz	Ziel LP	B.3.1.2
Der Kanton verfügt über ein auf dem Regelstrukturansatz und der Integrationsagenda Schweiz aufbauendes kantonales Integrationsmodell sowie eine interinstitutionelle Steuerung und Zusammenarbeit in der Integrationsförderung im Kanton.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2018
		Soll-Termin	31. Okt 2020
Amt	Amt für Soziale Sicherheit	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
6644	Arbeitsgruppe ist eingesetzt	15. Dez 2018	18. Dez 2018
		Erledigt. RRB Nr. 2018/2026 vom 18. Dezember 2018.	
6647	Integrationsagenda ist abgeschlossen und Zusatzvereinbarung zum KIP II ist unterzeichnet	30. Sep 2019	24. Sep 2019
		Erledigt. RRB Nr. 2019/1424 vom 17. September 2019.	
6868	Anhörungsverfahren Integrales Integrationsmodell nach Vorgaben der Integrationsagenda (IAS) und des KIP II ist abgeschlossen.	28. Feb 2020	31. Jan 2020
		Erledigt.	
6869	Integrales Integrationsmodell nach Vorgaben der IAS und des KIP II inkl. Umsetzungskonzept ist beim Staatssekretariat für Migration eingereicht	30. Jun 2020	12. Jun 2020
		Erledigt.	
6645	Integrales Integrationsmodell nach Vorgaben der IAS und des KIP II ist erarbeitet und genehmigt	31. Okt 2020	
6648	Umsetzungskonzept für integrales Integrationsmodell ist genehmigt	31. Okt 2020	

5586	Armut und Armutsgefährdung bekämpfen	Ziel LP	B.3.1.3
Strategie und Massnahmenplan zur Bekämpfung der Armut ist erarbeitet und wird umgesetzt.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mär 2019
		Soll-Termin	31. Dez 2022
Amt	Amt für Soziale Sicherheit	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
6813	Grundlagenpapier "Alleinerziehende" liegt vor	31. Okt 2019	31. Okt 2019
		Erledigt.	
6815	Umsetzungskonzept "Alleinerziehende" liegt vor; Massnahmen sind definiert	31. Jan 2020	31. Jan 2020
		Erledigt.	
6814	Grundlagenpapier "50+" liegt vor	31. Jan 2020	31. Jan 2020
		Erledigt.	
6816	Umsetzungskonzept "50+" liegt vor; Massnahmen sind definiert	31. Aug 2020	31. Jan 2020
		Erledigt.	
6437	Programme liegen vor; Umsetzung ist gestartet	31. Dez 2022	
		Verzögerungen wegen COVID-19.	

5723	Ambulante Angebote im Bereich Behinderung stärken	Ziel LP	B.3.1.4
Die Planung über stationäre Angebote im Bereich Behinderung liegt vor und wird umgesetzt. Ambulante Angebote werden gleichzeitig gestärkt (vgl. Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung in der sozialen Sicherheit, Projekt Nr. 5589). Ersetzt Projekt Nr.5583.			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2019
		Soll-Termin	31. Dez 2021
Amt	Amt für Soziale Sicherheit	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
7020	Versorgungskette in den Bereichen Alter und Behinderung ist geklärt	31. Dez 2019	4. Sep 2019
		Erledigt. KRB Nr. RG 0092b/2019 vom 4. September 2019. Ab 1. Januar 2020 wird der Bereich Behinderung vollumfänglich dem Kanton zugewiesen. Eine Auslegeordnung wird erstellt und Arbeitsgruppenmitglieder definiert.	
7021	Eine Angebotsübersicht über die ambulanten Unterstützungsangebote im Bereich Behinderung wird erstellt	30. Jun 2020	30. Apr 2020
		Erledigt. Bericht liegt vor.	
7022	Moderates Wachstum der Platzzahlen bei stationären Angeboten im schweizweiten Vergleich	31. Dez 2021	
7023	Ein Konzept zur Erhöhung der Durchlässigkeit und selbstbestimmten Lebensführung, zur Förderung der ambulanten Angebote im Bereich Behinderung liegt vor	31. Dez 2021	

5722	Ambulante Angebote im Bereich Alter stärken				Ziel LP	B.3.1.4
Die Planung über stationäre Angebote im Bereich Alter liegt vor und wird umgesetzt. Ambulante Angebote werden gleichzeitig gestärkt (vgl. Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung in der sozialen Sicherheit, Projekt Nr. 5589). Ersetzt Projekt Nr. 5583.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2019	Soll-Termin	31. Dez 2022	
Amt	Amt für Soziale Sicherheit				Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7018	Versorgungskette in den Bereichen Alter und Behinderung ist geklärt	31. Dez 2020	4. Sep 2019	Erledigt. KRB Nr. RG 0092b/2019 vom 4. September 2019. Ab 1. Januar 2020 wird der Bereich Behinderung vollumfänglich dem Kanton zugewiesen. Eine Auslegeordnung wird erstellt und Arbeitsgruppenmitglieder definiert.		
7019	Arbeitsgruppe zur Angebotsplanung ist eingesetzt	30. Apr 2020	31. Mär 2020	Erledigt.		
7028	Ambulante Angebotsplanung Alter liegt vor	31. Dez 2022				
5587	Ambulante Pflege reorganisieren				Ziel LP	B.3.1.5
Leistungsaufträge sind vereinheitlicht, Restfinanzierung nach KVG ist geregelt, Subjektfinanzierung ist umgesetzt. Die Grundlagen für eine definitive Festlegung der Taxen sind erarbeitet.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2021	
Amt	Amt für Soziale Sicherheit				Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6284	Vereinbarung Spitexverband und VSEG abgeschlossen	30. Apr 2017	20. Apr 2017	Erledigt. Zustimmung Vorstand VSEG und Spitexverband zu Mustervereinbarungen.		
6413	B+E zu Handen Kantonsrat ist beschlossen	30. Jan 2018	23. Jan 2018	Erledigt. RRB Nr. 2018/0099 vom 23. Januar 2018.		
6414	Publikation regierungsrätliche Taxempfehlung	30. Nov 2018	10. Dez 2018	Erledigt. RRB Nr. 2018/1976 vom 10. Dezember 2018.		
6415	Berechnung Medianwerte 2018	30. Jun 2019	30. Jun 2019	Erledigt.		
6416	Berechnung Medianwerte 2019	30. Jun 2020	30. Jun 2020	Erledigt.		
6417	Berechnung Medianwerte 2020	30. Jun 2021				
6418	Modell ist flächendeckend eingeführt; die Taxen sind verbindlich festgelegt	31. Dez 2021				
5581	Neustrukturierung Asyl umsetzen				Ziel LP	B.3.1.7
Planungen zu den Unterbringungsstrukturen auf kantonaler Ebene, Umverteilung schutzsuchender Menschen auf die Gemeinden und Vollzugsstrukturen auf kantonaler Ebene sind auf den Betrieb eines Bundesasylzentrums angepasst.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	30. Jun 2021	
Amt	Amt für Soziale Sicherheit				Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6388	Die Zusammenarbeit im Bereich MNA in der Asylregion ist geklärt	30. Sep 2018	30. Sep 2018	Erledigt. Fallübergabekonzept ist erstellt, erste Übergaben haben stattgefunden.		
6387	Die Umverteilung der Schutzsuchenden ist angepasst und per 1.1.2020 in Kraft gesetzt	30. Apr 2019	14. Mai 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/782 vom 14. Mai 2019.		
7029	Bundesasylzentrum (BAZ) ist realisiert	30. Sep 2019	14. Sep 2019	Erledigt. Eröffnung BAZ am 14. September 2019.		
6386	Unterbringungsplanung (inkl. Notfallkonzept) ist vom Regierungsrat genehmigt	31. Jan 2020	14. Jan 2020	Erledigt. RRB Nr. 2020/43 vom 14. Januar 2020.		
6440	Strukturplanung liegt vor, Umverteilungssystem ist eingeführt	30. Jun 2021		Strukturplanung inkl. Umverteilungssystem in Bearbeitung (Verzögerung aufgrund COVID-19).		

5588	Familien finanziell entlasten					Ziel LP	B.3.1.8
Familien sind im Rahmen der Steuervorlage 17 entlastet; Entlastungssysteme für Familien (Zulagen, FamEL, IPV, Fremdbetreuung, Senkung Steuerlast) sind überprüft und optimiert.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mär 2019	Soll-Termin	31. Jul 2021		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6441	Familien sind im Rahmen der Steuervorlage 17 entlastet	9. Feb 2020	9. Feb 2020	Erledigt. Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 zur Steuerreform und AHV-Finanzierung mit 73,5% Ja-Stimmen angenommen.			
7026	Prämienverbilligung für Kinder ist erhöht: Sozialverordnung ist angepasst	15. Okt 2020					
7027	Prämienverbilligung für Kinder ist erhöht: B+E Beitrag des Kantons zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Okt 2020					
6442	Entlastungssysteme für Familien sind überprüft und optimiert	31. Jul 2021					
5579	Eltern stärken und befähigen					Ziel LP	B.3.1.9
Niederschwellige Angebote der Elternbildung, -beratung und -unterstützung sind langfristig gesichert. Die Zuständigkeit und die Finanzierung der Angebote sind geklärt.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2019	Soll-Termin	31. Jul 2021		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6380	Bericht mit Situationsanalyse und Bedarfsnachweis zur Elternbildung und (-unterstützung) ist erstellt	31. Dez 2019	31. Jul 2019	Erledigt.			
6381	Anpassung Sozialgesetz ist geprüft	31. Mär 2020	28. Feb 2020	Erledigt.			
6968	B+E z.H. Kantonsrat	31. Okt 2020					
6443	Familien sind über Unterstützungsangebote informiert und nehmen Hilfe zur Selbsthilfe in Anspruch	31. Jul 2021					
5589	Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung soziale Sicherheit					Ziel LP	B.3.1.10
Prozess der Aufgabenentflechtung in der sozialen Sicherheit ist abgeschlossen. Aufgabenfelder sind demjenigen zugeteilt, der sie am effizientesten erledigen kann.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	31. Dez 2020		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6419	B+E zu Handen Kantonsrat ist beschlossen	30. Apr 2019	28. Mai 2019	Erledigt. RG Nr. 0092b/2019, RRB Nr. 2019/845 vom 28. Mai 2019.			
6420	Neue Aufgabenverteilung nach Auflösung EL-Verteilschlüssel ist in Kraft gesetzt	1. Jan 2020	1. Jan 2020	Erledigt. RG Nr. 0092b/2019, RRB Nr. 2019/845 vom 28. Mai 2019. Prozesse sind definiert.			
6422	Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung ist vollzogen	31. Dez 2020					
5582	Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen					Ziel LP	B.3.2.1
Umsetzung des laufenden kantonalen Aktionsprogramms 17-21 (KAP III) wird abgeschlossen. Angebote/Massnahmen sind auf Suchtprävention abgestimmt. Viertes kantonales Aktionsprogramm 22 – 25 (KAP IV) ist erarbeitet und wird ab 2022 umgesetzt.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	30. Nov 2021		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6391	Konzept für die Organisation der jährlichen Aktionstage Psychische Gesundheit ist überprüft und Organisation geregelt	31. Dez 2018	31. Dez 2018	Erledigt. Werden weitergeführt.			
6806	Verlängerung Programmvereinbarung um ein Jahr bis Ende 2021 mit GFCH geprüft und vereinbart	30. Nov 2020					
6395	KAP IV ist genehmigt und implementiert	30. Nov 2021					

5606 Kantonale Demenzstrategie

Kantonale Demenzstrategie mit Zielen und Massnahmen erarbeiten (Auftrag Susan von Sury-Thomas, KRB Nr. A 0105/2016 vom 7. März 2017).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2017** Soll-Termin **31. Okt 2020**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6520	Grundlagen kantonale Demenzstrategie sind erarbeitet	30. Apr 2018	30. Apr 2018	Erledigt.
6592	Arbeitsgruppe ist eingesetzt	31. Jul 2018	31. Jul 2018	Erledigt.
7017	"Kantonale Demenzstrategie" ist vom Regierungsrat genehmigt	31. Okt 2020		

5663 Staat und Religion

Der Regierungsrat wird beauftragt, durch eine Expertise abzuklären, welche rechtlichen Formen und Instrumente es für den Umgang mit anderen, öffentlich-rechtlich nicht anerkannten Religionsgemeinschaften gibt (Auftrag SP/Junge SP, KRB Nr. A 0227/2017)

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Mär 2019** Soll-Termin **31. Dez 2021**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6807	Projektplan ist erstellt	31. Aug 2019	26. Sep 2019	Erledigt.
6880	Regelungsbedarf ist festgelegt	31. Okt 2020		
6881	Massnahmenkatalog liegt vor	31. Mai 2021		
6882	Auftrag "Juristische Expertise" ist vergeben	30. Jun 2021		

5702 Wenn Pflegekinder erwachsen werden (Care Leaver)

Eine Handlungsanleitung für die Vorbereitung und Begleitung von Pflegekindern in die Selbstständigkeit ist erstellt (Auftrag Felix Lang, KRB Nr. A 0218/2017 vom 12. September 2018).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Nov 2019** Soll-Termin **31. Dez 2020**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6901	Umsetzungskonzept ist erstellt und Begleitgruppe ist installiert	31. Dez 2019	31. Dez 2019	Erledigt.
6903	Handlungsanleitung ist erstellt und den relevanten Zielgruppen bekannt	31. Dez 2020		

5580 Häusliche Gewalt reduzieren

Ziel LP

B.3.1.6

Ein Gewaltpräventionsprogramm mit Schwerpunkt Häusliche Gewalt liegt vor.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2018** Soll-Termin **30. Apr 2019**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Ist-Termin

5. Mär 2019

Kategorie

Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6383	Entscheid über Antrag zur Schaffung einer Gewaltberatungsstelle liegt vor	31. Jul 2018	31. Mai 2018	Erledigt. Gewaltberatungsstelle wird geschaffen.
6382	Arbeitsgruppe Prävention Häusliche Gewalt ist eingesetzt	31. Jul 2018	30. Jun 2018	Erledigt. Departemental geregelt.
6384	Gewaltpräventionsprogramm mit Schwerpunkt Häusliche Gewalt 2019-2022 ist durch RR beschlossen	30. Apr 2019	5. Mär 2019	Erledigt. RRB Nr. 2019/357 vom 5. März 2019.

1425 Wirtschaftlichkeit Heime und Werkstätten

Wirtschaftlichkeit auf der Basis von Grundangebot und Basisqualität aller solothurnischer Heime und Werkstätten in Zusammenarbeit mit den Kantonen NWCH überprüfen.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2021**

Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Ist-Termin

31. Dez 2018

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5935	Umsetzung Konzept erfolgt	31. Dez 2018	31. Dez 2018	Erledigt. Planung Heime und Werkstätten erfolgt; Steuerung Taxen laufend; auf die RE 2018 stellen alle Heime auf Swiss GAAP FER 21 um.

5511 Zusätzlicher Auftrag im Rückkehrbereich für Bundesasylzentrum in Flumenthal

Das Migrationsamt wird für den Rückkehrbereich des im Rahmen der Neustrukturierung des Asylverfahrens errichteten Bundesasylzentrums zuständig sein. Somit fallen zusätzlich die Aufgaben der Rückkehrberatung sowie des Wegweisungsvollzugs an.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **31. Mär 2021**

Amt **Migrationsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6243	Grobkonzept ist erstellt	31. Dez 2017	31. Dez 2017	Erledigt.
6747	Zusatzkredit ist durch Kantonsrat bewilligt	12. Dez 2018	12. Dez 2018	Erledigt. SGB 0129/2018 vom 12. Dezember 2018, RRB Nr. 2018/1698 vom 30. Oktober 2018.
6244	Detaillkonzept ist erstellt	31. Dez 2020		
6246	Geschäftsprozesse sind implementiert	31. Dez 2020		

5647 Sicherer und rechtskonformer Freiheitsentzug Untersuchungsgefängnisse

Die bundesrechtlichen Vorgaben im Bereich Freiheitsentzug sind umgesetzt. Sie bedingen, dass in den Untersuchungsgefängnissen höhere personelle Ressourcen eingesetzt werden müssen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Mär 2019** Soll-Termin **31. Dez 2026**

Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6744	Pflegerische Grundversorgung UG (Spätschicht) 1. Stao aufgebaut	31. Dez 2020		
6737	Erhöhung Sicherheit (Nachtschicht) 1. Stao umgesetzt	28. Feb 2021		
6738	Erhöhung Sicherheit (Nachtschicht) 2. Stao umgesetzt	31. Dez 2021		
6818	Pflegerische Grundversorgung UG (Spätschicht) 2. Stao aufgebaut	31. Dez 2021		
6741	"Haftbedingungen verbessern" 1. Stao umgesetzt (kurzer Sanktionenvollzug)	31. Dez 2022		
6742	"Haftbedingungen verbessern" 2. Stao umgesetzt (kurzer Sanktionenvollzug)	31. Dez 2023		

5522 Umsetzung Risikoorientierter Sanktionenvollzug

Ab 01.01.2018 führt der Kanton Solothurn ROS ein.

Status **Erledigt** Start-Datum **15. Nov 2016** Soll-Termin **30. Jun 2021** Ist-Termin **30. Jun 2020**

Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6153	Grundschulung Mitarbeitende erfolgt	11. Jan 2018	11. Jan 2018	Erledigt.
6351	Detailschulung Mitarbeitende abgeschlossen	31. Dez 2019	30. Sep 2019	Erledigt.
6152	ROS ist im Kanton Solothurn institutionalisiert	31. Aug 2020	30. Jun 2020	Erledigt.

5627 Erkennen und Verhindern von Radikalisierung im Justizvollzug

Frühwarnsystem/Erkennen von Risiken im Bereich Radikalisierung.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Mai 2018** Soll-Termin **30. Jun 2020** Ist-Termin **31. Dez 2019**

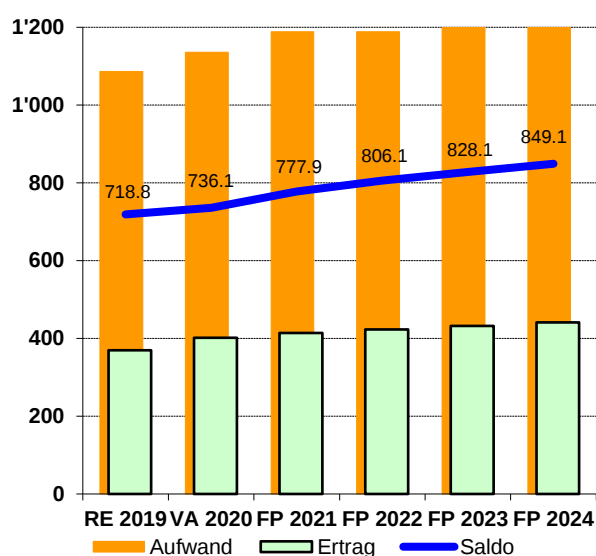
Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6618	Koordinationsverantwortlicher Radikalisierung ist bestimmt	30. Apr 2018	30. Apr 2018	Erledigt.
6623	Handbuch/Verfahrensanweisungen für Anstalten im Zusammenhang mit (relig.) Radikalisierung ist genehmigt	28. Feb 2019	28. Feb 2019	Erledigt. Handbuch und Verfahrensanweisungen durch Amtschef genehmigt.
6624	Ausbildung MA UG/JVA zum Thema Radikalisierung ist erfolgt	31. Dez 2019	31. Dez 2019	Schulungen grundsätzlich per Ende Dezember 19 abgeschlossen. Mitarbeiter, welche nicht teilnehmen konnten (betrifft nur wenige Mitarbeiter) werden an den kommenden Schulungen für neue Mitarbeiter teilnehmen.

5571	Wirksame Kriminalitätsbekämpfung weiter entwickeln					Ziel LP	B.3.3.1
	Etablieren eines interkantonalen Datenaustauschs im Verbund mit anderen Kantonen.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2018	Soll-Termin	31. Dez 2021		
Amt	Polizei					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6360	Konzeptentwurf liegt vor	31. Dez 2018	30. Okt 2018	Erledigt.			
6361	Entscheid Departement über Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung	31. Jul 2019	31. Jul 2019	Erledigt.			
6870	B+E mit RRB in Vernehmlassung	31. Dez 2020					
6362	B+E zuhänden Kantonsrat zum Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung ist beschlossen	31. Mär 2021					
6431	Inkrafttreten der interkantonalen Vereinbarung	1. Jul 2021					
5572	Prävention optimieren – Sicherheitsvertrauen stärken					Ziel LP	B.3.3.2
	Massnahmen sind in einem Präventionskonzept erarbeitet und umgesetzt.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2018	Soll-Termin	30. Jun 2021		
Amt	Polizei					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6364	Präventionskonzept erstellt	31. Dez 2020					
6365	Präventionskonzept umgesetzt	30. Jun 2021					
5573	Subjektive Sicherheit stärken und objektive Sicherheit erhöhen					Ziel LP	B.3.3.3
	Die Polizei orientiert sich in ihrer Organisation und ihrem Handeln an den Bedürfnissen und Herausforderungen der Gesellschaft, um unter Berücksichtigung der vorhandenen knappen Ressourcen eine hohe subjektive und objektive Sicherheit zu gewährleisten.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	31. Mär 2021		
Amt	Polizei					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6366	Kleine Organisationsanpassung (Einsatz der zusätzlichen Personalressourcen gem. KR-Entscheid)	30. Jun 2018	31. Mai 2018	Erledigt. 2018-er Kontingent zugewiesen.			
6368	Inbetriebnahme des neuen Regionenpostens in Grenchen	31. Mär 2019	28. Feb 2019	Erledigt.			
6367	Erarbeiten einer Postenstrategie	31. Dez 2020					
6369	Inbetriebnahme des neuen Polizeipostens in Derendingen	31. Mär 2021					
6432	Kriminalitätsbelastung (STGB-Delikte)/1'000 EW im Durchschnitt 2017-2020 < 2013-2016 (<61.4)	31. Mär 2021					
5574	Sicherheit im Strassenverkehr verbessern					Ziel LP	B.3.3.5
	Die Verkehrssicherheitsarbeit erfolgt risiko- und unfallursachenorientiert und unter Verwendung moderner Technik. Die Verkehrsunfälle der Jahre 2017-21 liegen im Durchschnitt tiefer als im Jahr 2016.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2017	Soll-Termin	31. Dez 2021		
Amt	Polizei					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6433	Zahl der Verkehrsunfälle 2017 ist 10% unter dem Wert von 2016 (<1'216 Unfälle)	31. Mär 2018	6. Mär 2018	2017: 1295 Unfälle			
6370	Umsetzen des neuen Radarkonzepts (2013-2016)	31. Dez 2018	31. Mär 2018	Erledigt.			
6434	Zahl der Verkehrsunfälle 2018 ist 10% unter dem Wert von 2016 (<1'216 Unfälle)	31. Mär 2019	31. Mär 2019	2018: 1277 Unfälle (Ziel nicht erreicht)			
6435	Zahl der Verkehrsunfälle 2019 ist 10% unter dem Wert von 2016 (<1'216 Unfälle)	31. Mär 2020	31. Mär 2020	2019: 1442 Unfälle (Ziel nicht erreicht)			
6371	Repressive und präventive Schwerpunktsetzung gestützt auf die Analyse der Unfallursachen und Unfallörtlichkeiten	30. Jun 2020	30. Jun 2020	Erledigt. Analyse insbesondere in Bezug auf Verkehrsunfälle an Fussgängerstreifen, mit E-Bike, infolge Ablenkung und FiaZ. Präventive und repressive Massnahmen werden laufend umgesetzt.			
6436	Zahl der Verkehrsunfälle 2020 ist 10% unter dem Wert von 2016 (<1'216 Unfälle)	31. Mär 2021					

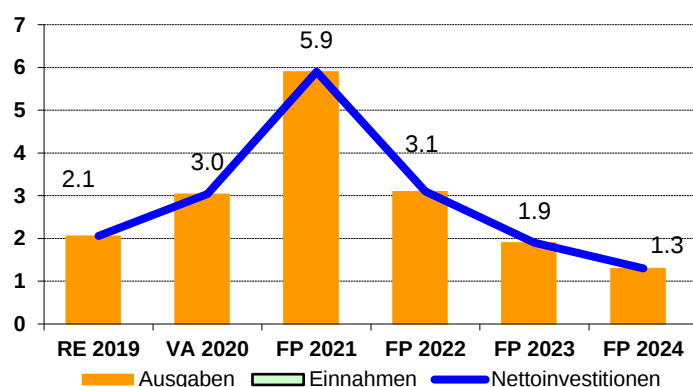
Finanzen in Mio. Franken Departement des Innern

Erfolgsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Globalbudgets						
Aufwand	190.9	196.7	206.0	211.5	214.4	216.1
Ertrag	-44.1	-46.6	-45.0	-44.9	-45.1	-45.3
Globalbudgetsaldo	146.8	150.1	161.0	166.6	169.3	170.8
Verrechnungen	29.5	28.8	31.9	31.6	32.0	32.3
Saldo	176.3	178.9	192.9	198.2	201.3	203.1
Finanzgrössen						
Aufwand	895.7	938.9	982.5	1'015.2	1'042.8	1'071.1
Ertrag	-325.3	-354.7	-368.5	-378.3	-387.0	-396.1
Verrechnungen	-27.9	-27.0	-29.0	-29.0	-29.0	-29.0
Saldo	542.5	557.2	585.0	607.9	626.8	646.0
Saldo total	718.8	736.1	777.9	806.1	828.1	849.1



Der FP 2021 weist gegenüber der RE 2019 eine Aufwandsteigerung von 59,1 Mio. Fr. aus. Die Hauptgründe liegen in der Gesundheit mit 36,9 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG 15,8 Mio. Fr., COVID-19 +10 Mio. Fr., GB Gesundheitsversorgung 8,1 Mio. Fr., Ärztliche Weiterbildung 2,4 Mio. Fr.), in der Sozialen Sicherheit mit 13,8 Mio. Fr. (Prämienverbilligung 11,5 Mio. Fr., Verlustscheine KVG 1,9 Mio. Fr.) und in der Öffentlichen Sicherheit mit 7,0 Mio. Fr. (GB Migration 2,3 Mio. Fr., GB AJUV 2,0 Mio. Fr., GB Polizei 1,8 Mio. Fr.). Die hauptsächlichen Gründe der Aufwandsteigerung von 41,8 Mio. Fr. des FP 2021 gegenüber dem VA 2020 liegen in der Gesundheit mit 29,6 Mio. Fr. (Spitalbehandlungen gemäss KVG 10,0 Mio. Fr., COVID-19 +10 Mio. Fr., GB Gesundheitsversorgung 7,6 Mio. Fr., Ärztliche Weiterbildung 2,0 Mio. Fr.), in der Sozialen Sicherheit mit 4,7 Mio. Fr. (Prämienverbilligung) und in der Öffentlichen Sicherheit mit 6,6 Mio. Fr. (GB AJUV 1,7 Mio. Fr., GB Polizei 1,0 Mio. Fr., Kostgelder Vollzug 2,0 Mio. Fr., Busseneinnahmen Polizei 1,0 Mio. Fr.). Die Aufwandsteigerungen ab 2022 begründen sich durch höhere Kosten in der Gesundheit (Spitalbehandlungen gemäss KVG) und in der Sozialen Sicherheit (EL IV, IPV) und der Öffentlichen Sicherheit (UG's, Polizei).

Investitionsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Total						
Ausgaben	2.1	3.0	5.9	3.1	1.9	1.3
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.1	3.0	5.9	3.1	1.9	1.3



Die Nettoinvestitionen des DdI betreffen nur die Polizei Kanton Solothurn. Sie beinhalten im Finanzplan 2021 Investitionen in die automatisierte Verkehrsüberwachung mit 1,0 Mio. Fr., in die technische Infrastruktur mit 1,7 Mio. Fr., insbesondere Informatik, in Bauten mit 0.5 Mio. Fr., sowie Funkanlagen/Polycom mit 2,8 Mio. Fr.. In den Jahren 2022 bis 2024 sinken die Investitionen, insbesondere im Bereich der automatisierten Verkehrsüberwachung sowie bei den Funkanlagen.

6 Volkswirtschaftsdepartement

6.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Haus- und Landwirtschaftsschule Wallierhof und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementssekretariat mit der Stiftungsaufsicht und dem Bereich Partnerschaft nach aussen.

Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle sowie die Solothurner Gebäudeversicherung als selbständige Anstalten.

6.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.2 Attraktivität zum Leben und Investieren stärken

- 1.2.1 Für Innovationsförderung und Wachstumsimpulse sorgen
- 1.2.2 Ländlichen Raum stärken
- 1.2.3 Liegenschaften im Finanzvermögen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes nutzen
- 1.2.4 Standortentwicklung und -Promotion fördern
- 1.2.5 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

1.3 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen optimieren

- 1.3.1 Aufgabenentflechtung Kanton - Einwohnergemeinden (AFE) vornehmen
- 1.3.2 Finanzausgleich Kirchgemeinden nach NFA-Grundsätzen neu gestalten

2.1 Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

- 2.1.2 Ökologische Ausgleichsflächen fördern
- 2.1.3 Wertvolles Kulturland (Fruchtfolgeflächen) erhalten

2.3 Effizienten Einsatz von Energie fördern

- 2.3.1 Versorgung sichern; Energieeffizienz und erneuerbare Energie fördern

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.3.4 Verantwortlichkeiten und Kompetenzen im Falle einer besonderen oder ausserordentlichen Lage (Katastrophe, Notlage) neu regeln.

6.3 Politische Ziele und Leistungen

Der Kanton Solothurn soll im nationalen und internationalen Vergleich durch eine hohe Standortattraktivität noch wettbewerbsfähiger werden. Günstige Rahmenbedingungen sollen eine leistungsfähige Wirtschaft und einen höchstmöglichen Beschäftigungsgrad gewährleisten. Die Stellensuchenden sollen rasch und dauerhaft (wieder) in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Die leistungsfähige und innovative Wirtschaft soll jedem Individuum unserer Gesellschaft die Möglichkeit bieten, seine Existenz mit seinen Neigungen und Fähigkeiten angemessenen Arbeit zu sichern. Der Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnstandort Solothurn will seine Innovationskraft und Nachhaltigkeit u.a. durch die Förderung von Synergien zwischen Bildung, Forschung und Wirtschaft stärken. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollen stetig verbessert und an die nationalen und internationalen Herausforderungen angepasst werden. Auf diese Weise soll die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gesichert und ausgebaut werden sowie die Wertschöpfung und die Wirtschaftsdynamik erhöht werden. Globale Megatrends in der Wirtschaft werden im Kanton Solothurn aufgenommen und adäquat verfolgt.

Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik fordert eine konsequente Nutzung einheimischer Ressourcen zur Sicherstellung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung unter gleichzeitiger Reduktion der Abhängigkeit von Importen.

Mit der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 wurde die kantonale Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF2020) gutgeheissen. So erfolgt ein Gemeindeausgleich für die erwarteten

Steuerausfälle der Einwohnergemeinden über neu geschaffene Gefässe im innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleich. Insgesamt fliessen so den Gemeinden in den ersten acht Jahren gegen 200 Mio. Franken aus dem Kantonshaushalt zu. Rund 50% dieser Summe betreffen die Jahre der IAFP-Periode 2021-2024. Das Projekt zur Entflechtung von Aufgaben und Finanzen zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden wurde anfangs 2019 unter Einbezug von externer Projektunterstützung im Rahmen einer breit abgestützten Projektorganisation gestartet. Bis Ende 2020 werden die konkreten Ergebnisse zur Lasten- und Ausgleichsbilanz und zum relevanten Entflechtungspotential zwischen den beiden Staatsebenen vorliegen. Es wird davon ausgegangen, dass die politisch-strategische Würdigung der Ergebnisse im Verlauf des Jahres 2021 durch den Steuerungsausschuss und den Regierungsrat erfolgt.

Die flächendeckende Einführung des harmonisierten Rechnungslegungsmodell HRM2 für die Bürger- und Kirchgemeinden wird infolge der Corona-Pandemie um ein Jahr auf das Rechnungsjahr 2022 verschoben. Entsprechend sind vor- und nachgelagert Aktivitäten wie Versuchsbetriebe mit Pilotgemeinden oder Schulungs- und Einführungsinstruktionen für Finanzverwaltungen und Behördenmitglieder der über 200 Gemeinwesen am Laufen.

Seit der Sistierung des gesetzlichen Anspruchs auf Fusionsbeiträge im Rahmen des Massnahmenplans 2014 gab es keine Zusammenschlüsse unter Einwohnergemeinden mehr. Obwohl sich die Gemeindelandschaft im Kanton Solothurn äusserst kleinräumig präsentiert, die Aufgaben der Gemeinden komplexer werden und die Anforderungen der Gesetzgebung und der Bevölkerung steigen, sind bei den Einwohnergemeinden Hemmschwellen für einen Zusammenschluss spürbar. Ein Staatsbeitrag wird Gemeinden Anreiz bieten, sich mit einem Zusammenschluss vertieft zu befassen, sodass entsprechende finanzielle Mittel wieder in die Planung aufgenommen wurden. Gegenwärtig ist zu dieser Thematik ebenfalls ein entsprechender Vorstoss im Kantonsrat hängig (A 0125/2019). In konkreter Erwartung dieses Beitrages haben die Gemeinden Rohr und Stüsslingen die Fusion per 01.01.2021 beschlossen.

Der IAFP im Bereich Wald, Jagd und Fischerei basiert auf dem Globalbudget 2020-2022 und dieses wiederum auf den Programmvereinbarungen 2020-2024 mit dem Bund. Die von der Regierung 2019 zusätzlich beschlossenen Massnahmen im Bereich Forstschutz sowie die steigenden Ausgaben für klimabedingte Waldpflege-Massnahmen haben im IAFP Niederschlag gefunden und führen zu einer moderaten Ausgabensteigerung; diese wird teilweise durch den Forstfonds abgedeckt. Teilweise noch als Nachwehen des Sturms Burglind von 2018 sind die Beiträge für Wegsanierungen stark angestiegen; ab 2022 werden die Ausgaben wieder rückläufig budgetiert. Zur Finanzierung von grossen Schutzbautenprojekten wurde 2021 eine neue Finanzgrösse eröffnet; als erstes Projekt soll der Steinschlagschutz von Kleinlützel daraus mitfinanziert werden. Das in der aktuellen Legislaturplanung angelegte Folgeprogramm „Biodiversität im Wald 2021 – 2032“ mit entsprechendem Verpflichtungskredit wird dem Kantonsrat Ende 2020 vorgelegt. Es soll fondsbasiert finanziert werden. Die Vorarbeiten für die Aktualisierung der kantonalen Waldgesetzgebung sind ebenso angelaufen wie diejenigen für eine kleine Anpassung des Fischereigesetzes.

Sowohl die Aufgaben der Produktgruppe Agrarpolitische Massnahmen wie auch jene des Veterinärdienstes umfassen hauptsächlich den Vollzug von Vorgaben des Bundes. Die mit der Agrarpolitik 22plus neu vorgesehenen Massnahmen erfordern entsprechende Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten. Zur langfristigen Sicherstellung der Infrastruktur im ländlichen Raum sowie der Produktions- und Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Nutzflächen werden die personellen Ressourcen in diesem Bereich gestärkt.

Der Grundauftrag der Schlachttier- und Fleischuntersuchung in Schlachtbetrieben wird laufend durch tierseuchenrechtliche Untersuchungen erweitert. Im Veterinärdienst müssen deshalb Prozesse und Ressourcen im Bereich Lebensmittelsicherheit dementsprechend angepasst und ausgebaut werden. Der Veterinärdienst nimmt hier in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz Aufgaben von nationaler Bedeutung wahr.

Die dynamische Entwicklung der Exportmöglichkeiten der Lebensmittelindustrie und der zunehmende Reiseverkehr mit Tieren erfordert eine erhöhte Bereitschaft, kurzfristig und jederzeit externe Prozesse zu überprüfen und Proben zu untersuchen, um Zertifikate ausstellen zu können. Die neuen Tierverkehrsbestimmungen für Kleinwiederkäuer und das geplante Bekämpfungsprogramm "Moderhinke" werden bezüglich personellen und finanziellen Ressourcen einen noch nicht abschätzbaren Mehraufwand bewirken. Die Globalisierung birgt eine erhöhte

Seucheneinschleppungsgefahr, was eine stete Bereitschaft zum unverzüglichen Handeln bei Gefahr erfordert.

Im Bildungsbereich sind die Angebote in der Grundbildung, den weiterführenden Bildungsgängen sowie im Bereich Weiterbildung und Information gut nachgefragt. Die vom Bund auf Anfang 2020 in Kraft gesetzten revidierten Bestimmungen zur Pflanzengesundheit erfordern grössere Anstrengungen in Überwachung und Bekämpfung von besonders gefährlichen Schadorganismen. Für die Umsetzung sind die kantonalen Pflanzenschutzdienste zuständig.

Der IAFP im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz basiert auf dem Globalbudget 2019 – 2021. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln wird eine hohe Einsatzbereitschaft des Verbundsystems Bevölkerungsschutz sichergestellt. Das Projekt "Evakuierung und Notkommunikation Kanton Solothurn" (Notfalltreffpunkte) wie auch das Projekt «SCHERTIE» (Tierseuche) konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

Der IAFP für das Departementssekretariat basiert auf dem Globalbudget 2020 – 2022. Die klassischen Stiftungen werden durch die Abteilung Stiftungsaufsicht im Departementssekretariat beaufsichtigt. Die BVG-Stiftungen werden durch die BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Aargau beaufsichtigt. Die interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Raum Nordwestschweiz und Oberrhein wird mit angemessener Zurückhaltung gepflegt.

6.4 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

5494 Teilrevision Gebäudeversicherungsgesetz

Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes: dringende Anpassungen; insbesondere Anpassung an die per 1. Januar 2019 einzuführende neue IT-Plattform GemDat Rubin.

Status **Erledigt** Start-Datum **2. Nov 2017** Soll-Termin **1. Apr 2019** Ist-Termin **31. Jul 2019**
 Amt **Departementssekretariat VWD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6038	Ausarbeiten 1. Entwurf	14. Dez 2017	14. Dez 2017	
6039	Mitberichtsverfahren	20. Mär 2018	20. Mär 2018	
6041	Vernehmlassungsverfahren	30. Jul 2018	30. Jul 2018	
6470	Auswertung Vernehmlassung	16. Nov 2018	4. Dez 2018	
6042	Behandlung durch den Kantonsrat	31. Mär 2019	20. Mär 2019	
6043	Inkrafttreten	1. Apr 2019	1. Apr 2019	
6044	Nacharbeiten / Abschluss	31. Jul 2019	31. Jul 2019	

5350 Neugestaltung Finanzausgleich Kirchgemeinden

Neuer Finanzausgleich der Kirchgemeinden unter Anlehnung der Funktionsweise an die des NFA SO bei den Einwohnergemeinden; Deckelung der Zuweisung aus der Finanzausgleichssteuer auf 10 Mio. Franken indexiert.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Mär 2015** Soll-Termin **1. Jan 2020** Ist-Termin **1. Jan 2020**
 Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5585	Vernehmlassung	30. Sep 2018	3. Jul 2018	
5588	Behandlung durch Kantonsrat	31. Mär 2019	19. Mär 2019	
5586	Erarbeitung Verordnung und Umsetzung	21. Okt 2019	21. Okt 2019	
5590	Inkrafttreten	1. Jan 2020	1. Jan 2020	

5631 Einführung HRM2 BG / KG SO

Einführung von HRM2 bei den Bürger- und Kirchgemeinden

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **31. Mär 2023**Amt **Amt für Gemeinden**Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6625	Umsetzungsplanung + Projektorganisation	31. Mai 2018	30. Apr 2018	
6626	Vorbereitung und Begleitung Gemeinden	31. Jul 2018	31. Jul 2018	
6627	Technik / Pilotierung	31. Dez 2020		
6628	Schulung und Instruktionen, Neubewertung FV, Revisionswesen	31. Mär 2022		
6629	Einführung flächendeckend	31. Dez 2021		
6630	Produktivsetzung	30. Jun 2022		
6631	Gemeindefinanzstatistik	31. Mär 2022		
6632	Projektabschluss	31. Mär 2023		

5655 Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung (AFE) zwischen Kanton und EG

Ziel LP

B 1.3.1.

Gesamtstaatliche Übersicht der Aufgaben- und Lastenverschiebungen zwischen Kanton und EG und Aufzeigen der Verschiebungen als Aufgaben- und Lastenbilanz. Wo Schnittstellen bestehen, öffentliche Leistungen bürgerfreundlich und effizient erbringen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **31. Jan 2018** Soll-Termin **30. Jun 2021**Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6792	Bericht Vorstudie	30. Apr 2018	30. Jun 2018	
6793	Auftragserteilung	31. Okt 2018	13. Nov 2018	
6794	Aufgaben- und Entlastungsbilanz	31. Dez 2020		
6795	Entflechtungspotential	31. Dez 2020		
6796	Mechanismen / Ausgleich / Lastenverschiebung	31. Mär 2021		
6797	Abschluss / Folgeprojekte	30. Jun 2021		

5558 Evakuierung und Notkommunikation Kanton Solothurn

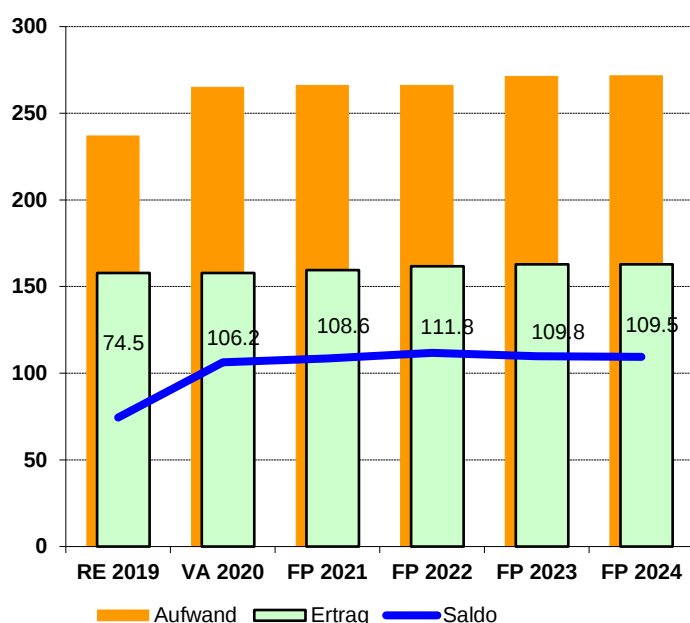
Erarbeitung eines Evakuierungs- und Notkommunikationskonzepts für den Kanton Solothurn und damit Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2017** Soll-Termin **31. Okt 2020**Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6289	Initialisierung	31. Jan 2017	31. Jan 2017	
6290	Voranalyse	1. Mär 2017	1. Mär 2017	
6291	Evaluation / Konzept / Projekt	31. Jan 2019	31. Jan 2019	
6292	Implementation / Realisierung / Ausführung	31. Dez 2019	31. Dez 2019	
6293	Einführung / Inbetriebnahme	28. Feb 2020	28. Feb 2020	
6294	Abschluss	31. Okt 2020		

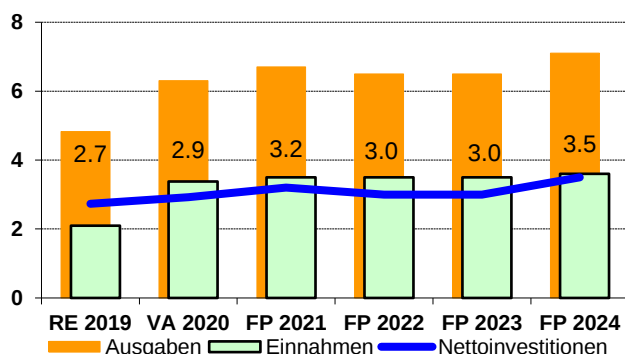
Finanzen in Mio. Franken Volkswirtschaftsdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Globalbudgets						
Aufwand	139.7	143.2	146.4	147.4	148.5	148.6
Ertrag	-115.8	-118.0	-120.2	-121.2	-122.3	-122.4
Globalbudgetsaldo	23.9	25.2	26.2	26.2	26.2	26.2
Verrechnungen	6.7	7.1	7.2	7.3	7.4	7.6
Saldo	30.6	32.3	33.4	33.5	33.6	33.8
Finanzgrössen						
Aufwand	96.9	121.6	119.7	123.9	122.7	123.0
Ertrag	-41.8	-39.6	-39.4	-40.4	-40.5	-40.4
Verrechnungen	-11.2	-8.1	-5.1	-5.2	-6.0	-6.9
Saldo	43.9	73.9	75.2	78.3	76.2	75.7
Saldo total	74.5	106.2	108.6	111.8	109.8	109.5



Der Globalbudgetsaldo bleibt verglichen mit dem Voranschlag 2020 praktisch unverändert. In den Finanzgrössen beim Finanzausgleich Gemeinden und Kirchgemeinden wirkt sich ab 2020 die Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung (STAF) aus.

Investitionsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Total						
Ausgaben	4.8	6.3	6.7	6.5	6.5	7.1
Einnahmen	-2.1	-3.4	-3.5	-3.5	-3.5	-3.6
Nettoinvestitionen	2.7	2.9	3.2	3.0	3.0	3.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.8	0.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Zufahrten zu Berghöfen	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.1	0.1	0.5	0.3	0.3	0.4
Landwirtschaft	1.4	2.2	2.1	2.1	2.1	2.5



Im IAFP 2021 – 2024 gibt es gegenüber dem Budget 2020 keine wesentlichen Abweichungen. Die Steigerung bei den Investitionen kommt aufgrund von unregelmässig anfallenden Investitionsbeiträgen, im Wesentlichen für Wegbauten und – sanierungen im Wald zustande.

7 Gerichte

7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten. Im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Das Obergericht: Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und andere Zwangsmassnahmen sowie Haftentlassungsgesuche.
- Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung und Beschwerden betreffend Grundeigentümerbeiträge.

7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

0.0.0 Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

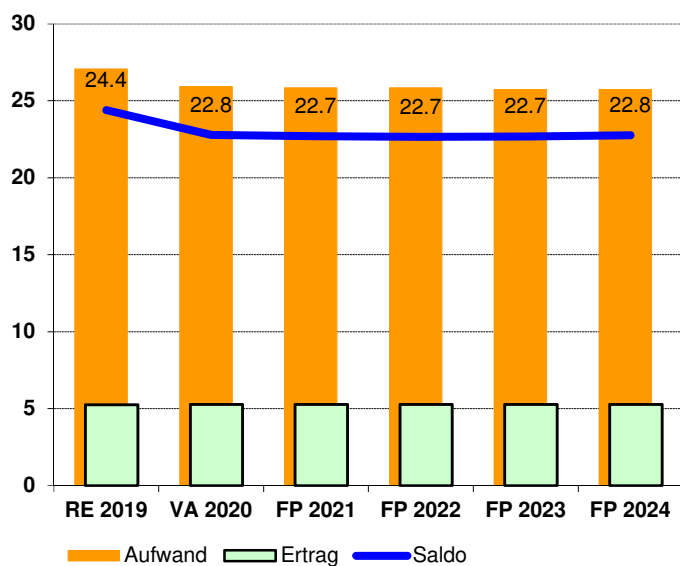
7.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Die Arbeitsweise der Gerichte ist durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.

Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ angemessene Entscheidungen bieten können.

Finanzen in Mio. Franken Gerichte

Erfolgsrechnung	RE 2019	VA 2020	FP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024
Globalbudgets						
Aufwand	21.7	22.2	22.1	22.0	22.0	22.0
Ertrag	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	16.6	17.1	17.0	16.9	16.9	16.9
Verrechnungen	2.6	2.1	2.1	2.2	2.2	2.3
Saldo	19.2	19.2	19.1	19.1	19.1	19.2
Finanzgrössen						
Aufwand	5.4	3.8	3.8	3.8	3.8	3.8
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	5.2	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6
Saldo total	24.4	22.8	22.7	22.7	22.7	22.8



Bei der Budgetierung der Finanzplanung 2021-2024 wurden die Werte des Voranschlages 2020 weitergeführt.

Amt für Finanzen
4509 Solothurn

Impressum und Bezugsquelle:

Amt für Finanzen
Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 96
so.ch
afin@fd.so.ch